



Aussendung

Landesdelegiertenkonferenz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen

14. Dezember 2024

Hotel Wienecke XI.

Hildesheimer Str. 380

30519 Hannover

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG

ab 09.00 Uhr: Ausgabe der Delegiertenkarten

Achtung: Bitte Personalausweis bereit halten!

10.00 Uhr: Neudelegiertentreffen im Kleinen Saal

11.00 Uhr Beginn der LDK

TOP 1 Begrüßung / Wahl des Präsidiums / Beschluss über die Tagesordnung

11.30 Uhr Beginn der Wahlversammlung / Wahlformalia Formalia

TOP 2 Aufstellung der niedersächsischen Landesliste für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag

2.1. Formalia

2.1.1. Eintritt in die Versammlung und allgemeine Formalia

2.1.2. Bestellung der Versammlungsleitung

2.1.3. Bestellung des*der Schriftführer*in

2.1.4. Bestellung der Personen zur Versicherung an Eides statt

2.1.5. Bestellung der Vertrauenspersonen

2.1.6. Beschluss über die Wahlordnung/Wahlverfahren

11.45 Uhr 2.2 Wahl der Listenplätze

21.00 Uhr (ca.) Ende der Versammlung

Organisatorisches

Tagungsort und Anreise

Hotel Wienecke XI.

Hildesheimer Str. 380
30519 Hannover

Stadtbahnlinie 1 oder 2 (15 Minuten ab Hbf). Die Haltestelle „Wiehbergstraße“ befindet sich direkt vor dem Hotel.

Delegiertenschlüssel [hier](#) herunterladen

Personalausweis nicht vergessen - und bei der Delegiertenkartenausgabe bereithalten.

Geschäftsordnung Landesdelegiertenkonferenz - [hier](#) herunterladen.

[Satzung](#) vom LV B90/DIE GRÜNEN

Unser einziger Tagesordnungspunkt ist die Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl im Februar 2025. Die LDK beginnt um 11 Uhr, damit wir ausreichend Zeit für die Vorstellung und die Wahl der Kandidat*innen haben. Es kann sein, dass wir deutlich bis nach 20 Uhr tagen, ggf. sollten, insbesondere diejenigen mit längerem Fahrtweg, vorsorglich eine Übernachtung in Hannover einplanen. (z.B. direkt bei <https://www.wienecke.de/>)

Bewerbungsfristen

Bewerbungen sind grundsätzlich bis zum Beginn des Tagesordnungspunktes möglich. Wir verschicken alle Bewerbungen, die bis zum **8. Dezember 24** eingegangen sind per Mail an die gemeldeten Delegierten und Ersatzdelegierten.

Barrierefreiheit

Die Halle ist barrierefrei ausgestattet. Bei Bedarf an Unterstützungsleistungen (Dolmetschung, Assistenz,...) wendet euch bitte rechtzeitig an die Landesgeschäftsstelle.

[Geschäftsordnung LDK | Landesverband Niedersachsen B90/DIE GRÜNEN](#)

Gäste

Gäste müssen zwingend angemeldet werden: [Anmeldung Gäste und Ersatzdelegierte](#)

Gäste sitzen bitte hinten, ebenso Ersatzdelegierte, die keine Stimmkarte haben.

Haustiere dürfen nicht zur LDK mitgebracht werden.

Kinderbetreuung

Für die Planung unserer Kinderbetreuung, meldet eure Kinder bis zum 12.12.24 bei uns an.

landesverband@gruene-niedersachsen.de

(11-18.00 Uhr für Kinder ab 1 Jahr)

Neudelegiertentreffen

Wie üblich werden wir wieder einen Neuentreff für die Delegierten anbieten, die zum ersten Mal an einer LDK teilnehmen und mit den Ritualen und Verfahren noch nicht vertraut sind.

Das Infotreffen beginnt am Samstag um 10 Uhr im Kleinen Saal. Der Treffpunkt wird ausgeschildert.

Awareness-Team

Das Team bietet Unterstützung gegen Diskriminierung, übergriffiges Verhalten und sexualisierte Gewalt.

Die Erreichbarkeit (Mobilnummer) wird auf der LDK bekannt gegeben, bzw. wird auch auf der Stimmkarte angegeben sein.

Verpflegung

Auf dieser LDK werden ein kleiner Mittagsimbiss sowie Getränke kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Kontakt

Bei Fragen wende dich gerne an die Landesgeschäftsstelle.

landesverband@gruene-niedersachsen.de 0511-1260850

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen

Geschäftsordnung für Landesdelegiertenkonferenzen

I. Präsidium

1. Die Versammlung wählt zu Beginn auf Vorschlag des Landesvorstandes ein paritätisch besetztes Präsidium. In ihm sollen Landesvorstand, gastgebender Kreisverband und Landtagsfraktion vertreten sein. Der Vorschlag des Landesvorstands soll gesellschaftliche Vielfalt im Sinne des Vielfaltsstatuts widerspiegeln.
2. Wird der Vorschlag abgelehnt, muss die Versammlung durch Zuruf Personen benennen. Über jede einzelne Person wird mit einfacher Mehrheit abgestimmt.
3. Das Präsidium leitet die Versammlung unparteiisch und übt das Hausrecht aus.

II. Tagesordnung

1. Das Präsidium legt den Entwurf des Landessvorstandes für die Tagesordnung vor.
2. Die Tagesordnung muss eine klare zeitliche Festlegung für eventuelle Anträge zur Änderung der Satzung enthalten.
3. Die Landesdelegiertenkonferenz entscheidet zu Beginn über die Tagesordnung. Änderungsanträge sind zulässig und werden in der Regel nach einer Pro- und Kontrarede abgestimmt. Anschließend findet eine Schlussabstimmung statt.

III. Antragskommission

1. Bei schwieriger Antragslage setzt der Landesvorstand eine Antragskommission ein.
2. Die Antragskommission prüft Anträge auf ihre formale Zulässigkeit und bringt sie in sinnvolle Zusammenhänge. Hierzu sollten grundsätzlich Treffen der Antragsteller*innen stattfinden. Die Antragskommission darf keine inhaltlichen Empfehlungen zu Abstimmungen der Versammlung geben.

IV. Mandatsprüfungskommission

1. Für Landesdelegiertenkonferenzen, auf denen eine Liste für Wahlen gewählt wird, setzt der

Landesvorstand eine Mandatsprüfungskommission ein. In ihr soll juristischer Fachverstand vertreten sein.

2. Die Mandatsprüfungskommission prüft bei allen Delegierten das ordnungsgemäße Zustandekommen ihres Mandats. Kann die ordnungsgemäße Wahl nicht nachgewiesen werden, ist das Stimmrecht zu versagen.

V. Anträge

1. Alle Anträge, auch Initiativ- und Änderungsanträge und Wahlvorschläge, werden schriftlich beim Landesvorstand eingereicht. Die Angabe enthält Name und Kreisverband der beantragenden Mitglieder und Wortlaut des Antrages.

Antragsberechtigung und Antragsfrist richten sich nach § 12 Abs. 1 der Landessatzung.

2. Änderungsanträge können bis zum Redaktionsschluss der Tischvorlage gestellt werden.

Lediglich Änderungsanträge, die sich auf modifizierte Anträge oder auf Anträge in der Tischvorlage beziehen, können noch während der Beratung des Tagesordnungspunktes eingebracht werden.

3. Initiativanträge müssen spätestens zu Beginn der Versammlung eingereicht sein. In besonders dringlichen Fällen kann davon abweichend die LDK eine Zulassung auch noch zu einem späteren Zeitpunkt beschließen. Eine derartige Dringlichkeit liegt nur dann vor, wenn das Ereignis, auf das sich der Dringlichkeitsantrag bezieht, nach dem Antragschluss eingetreten ist.

4. Finanzwirksame Beschlüsse bedürfen des Votums des Landesfinanzrates und müssen vor der Versammlung diesem vorgelegt werden.

5. Änderungsanträge sind in der Regel vor Beschlussfassung des Antrages, auf den sie sich beziehen, zu beraten und abzustimmen. Der weitestgehende Änderungsantrag ist zuerst abzustimmen. Auf Antrag ist es möglich, Anträge alternativ abzustimmen bzw. Meinungsbilder über verschiedene alternative Anträge zu erstellen. Danach folgt die Schlussabstimmung.

6. Geschäftsordnungsanträge sind sofort zu behandeln. Alles weitere regelt Punkt VI.

7. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunktes zulässig.

8. Soweit die Satzung nichts anderes vorsieht, entscheidet die Landesdelegiertenkonferenz mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen als abgegebene Stimmen gelten, ungültige Stimmen hingegen nicht.

9. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt. Das Präsidium kann die Debatte an diesem Punkt wieder aufnehmen.

10. Soll über einen bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunkt eine erneute Aussprache und Beschlussfassung stattfinden, ist ein Rückholungsantrag zu stellen. Dieser muss schrift-

lich beim Präsidium beantragt werden, ist sofort zu befassen, und benötigt zur Annahme die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten.

VI. Geschäftsordnungsanträge

1. Das Präsidium sowie jede*r Stimmberechtigte der Versammlung kann jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung stellen.
2. Anträge zur Geschäftsordnung sind ausschließlich solche
 - auf Nichtbefassung
 - auf Schluss der Debatte
 - auf Schluss der Redeliste
 - auf Wiedereröffnung der Debatte
 - auf Abwahl des Präsidiums oder eines seiner Mitglieder
 - auf Abwahl der Antragskommission oder eines ihrer Mitglieder
 - auf Änderung der Tagesordnung
 - auf eine Pause
 - auf Begrenzung der Redezeit
 - auf nochmalige Abstimmung
 - auf nochmalige Verlesung der zur Abstimmung anstehenden Anträge
 - auf Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - darauf, jemandem außerhalb der Redeliste oder von außerhalb der Versammlung das Wort zu erteilen
3. Ein Geschäftsordnungsantrag wird unmittelbar nach Beendigung des laufenden Redebeitrags verhandelt.
4. Zu einem Geschäftsordnungsantrag ist je eine höchstens einminütige Begründung und Gegenrede zugelassen.
5. Ein GO-Antrag ist mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen.
6. Ein GO-Antrag, der die inhaltliche Behandlung von Fragen des Themengebietes eines bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunktes zum Ziel hat, bedarf der 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

VII. Rederecht

1. Das Präsidium kann jederzeit eine Begrenzung der Debatte nach Zeit oder Anzahl der Wortbeiträge vorschlagen. Bei Widerspruch aus der Versammlung ist über den Vorschlag abzustimmen.
2. Eine Redeliste wird nur solange fortgeführt, wie die Quotierung eingehalten werden kann.
3. Das Präsidium erteilt aufgrund der Meldungen im Rahmen einer quotierten Redeliste und unter Berücksichtigung von Beschränkungen nach Absatz 1 das Wort.

4. Jeder Antrag darf zu Beginn seiner Befassung durch die/den Antragsteller/in begründet werden. Das Recht auf Antragsbegründung kann ausschließlich durch Beschluss auf Nichtbefassung eines Antrages genommen werden.
5. Redeberechtigt im Rahmen der Redeliste sind neben den Stimmberechtigten die von einem Tagesordnungspunkt oder Antrag direkt Betroffenen. Gästen kann durch das Präsidium Rederecht erteilt werden, bei Widerspruch aus der Versammlung ist darüber abzustimmen.
6. Persönliche Erklärungen können nur zum Ende eines Tagesordnungspunktes mit einer Zeitbegrenzung von einer Minute abgegeben werden.

WO1 Wahlverfahren für die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2025

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 04.12.2024
Tagesordnungspunkt: 2.1.6. Beschluss über die Wahlordnung/Wahlverfahren

Antragstext

1 Die Neuenquote gemäß § 15.4 der Landessatzung besagt, dass das Wahlverfahren so
2 zu gestalten ist, dass mindestens jeweils einer von fünf Listenplätzen mit
3 eine*r Kandidat*in besetzt wird, die*der noch nie länger als eine halbe
4 Wahlperiode dem Bundestag, Landtag oder Europäischem Parlament angehört hat. Die
5 Besetzung dieser Plätze erfolgt mindestquotiert und alternierend. Sollte keine
6 solche Kandidat*in für den Platz kandidieren, entscheidet die Wahlversammlung
7 über das weitere Vorgehen.

8 Unter Berücksichtigung der weiteren Satzungsregelungen und der gesetzlichen
9 Vorschriften wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

10 1. Liste

- 11 • Es wird eine Liste mit bis zu 30 Listenkandidat*innen für den 21.
12 Deutschen Bundestag gewählt.
- 13 • Die ersten 20 Plätze der Liste werden in Einzelwahl besetzt.
- 14 • Vor dem 21. Platz wird in einer (kurzen) Pause eine Arbeitsgruppe aus
15 Landesvorstand (die Landesvorsitzenden Greta Garlichs und Max Strautmann)
16 und Präsidium (zwei Mitglieder) in Abstimmung mit den Kandidat*innen ein
17 Vorschlag für die verbliebenen Listenplätze erarbeitet. Hierfür soll eine
18 Direktkandidatur vorliegen, da die Aufnahme auf der Liste auch eine
19 Anerkennung für die Wahlkampfaktivitäten vor Ort sein soll.
20 Es werden außerdem folgende Kriterien berücksichtigt:
 - 21 1. Regionale Verteilung der Listenkandidat*innen
 - 22 2. Stimmenergebnisse bei den vorherigen Wahlgängen
 - 23 3. Berücksichtigung des Frauen- und Vielfaltsstatuts

24 Die Plätze werden nur in der schriftlichen Schlussabstimmung mit abgestimmt.

25 2. Kandidaturen

- 26 • In einem Wahlgang sind alle Personen ohne Einschränkung zuzulassen, die
27 nach Aufforderung durch das Präsidium und rechtzeitig vor Beginn der Wahl
28 ihre Kandidatur angemeldet haben oder von eine*r stimmberechtigten
29 Teilnehmer*in der Versammlung vorgeschlagen wurden.
- 30 • Gemäß § 6 der Satzung werden Wahllisten zur Bundes- und Landtagswahl
31 alternierend mit Frauen und Männer besetzt, wobei den Frauen die ungeraden

32 Plätze zur Verfügung stehen. Frauen können auch auf den geraden Plätzen
33 kandidieren.

34 • Vor der Vorstellung der Kandidierenden der Plätze 5, 10, 15, prüft das
35 Präsidium jeweils, ob bereits bei den vier davor gewählten Plätzen ein*e
36 Kandidat*in die Anforderung der Neuenquote nach § 15.4 der Landessatzung
37 erfüllt.

38 Vor Platz 5 und 15 ist zu prüfen, ob bereits eine „neue Frau“ auf den
39 Plätzen eins bis vier (bzw. 11 bis 14) gewählt worden ist. Ist dies nicht
40 der Fall, kann für diese Plätze nur gewählt werden, wer noch nie länger
41 als eine halbe Wahlperiode dem Bundestag, Landtag oder Europäischem
42 Parlament angehört hat.

43 Vor Platz 10 ist zu prüfen, ob bei Platz 6 bis 9 bereits eine Person
44 gewählt wurde, die noch nie länger als eine halbe Wahlperiode dem
45 Bundestag, Landtag oder Europäischem Parlament angehört hat. Falls nicht,
46 kann auf Platz 10 nur so eine Person gewählt werden.

47 • Die Reihenfolge der Kandidat*innen für die Plätze ab 16 wird ebenfalls vom
48 Präsidium auf die Einhaltung der „Neuenquote“ geprüft.

49 3. Vorstellung der KandidatInnen

50 • Die Kandidat*innenvorstellung erfolgt auf den jeweilig zu vergebenden
51 Listenplätzen in alphabetischer Reihenfolge (Vorname). Jede*r Kandidat*in
52 hat maximal 7 Minuten Zeit, sich vorzustellen.

53 • Unmittelbar nach der Vorstellung beantworten die Kandidat*innen maximal 4
54 vom Präsidium quotiert ausgeloste und verlesene Fragen innerhalb von 3
55 Minuten

56 • Während der Vorstellung der Kandidat*innen können Meldungen für die
57 Befragung beim Präsidium abgegeben werden.

58 • Fragen an die Kandidat*innen müssen schriftlich unter Angabe des
59 Kreisverbandes eingereicht werden.

60 • Alle Bewerber*innen stellen sich nur einmal vor und können nur einmal
61 Fragen beantworten, und zwar vor der Wahl des Listenplatzes, für den sie
62 zuerst antreten. Erneut auf einem späteren Listenplatz antretende
63 Bewerber*innen*innen werden durch das Präsidium genannt.

64 4. Wahl

65 • Die Wahl ist geheim. Die Delegierten stimmen mit Abstimmgeräten ab. Allein
66 die schriftliche Schlussabstimmung wird von der Zählkommission ausgezählt.
67 Das Wahlverfahren richtet sich nach § 13.4-6 der Landessatzung (s.u.).

68 • Plätze der Landesliste für die Wahl zum Deutschen Bundestag können in
69 einem verbundenen Wahlgang besetzt werden, wenn es für jeden Platz nur
70 eine Bewerbung gibt. Wird dabei ein*e Bewerber*in nicht gewählt, so muss
71 die Wahl für diesen und die folgenden Plätze wiederholt werden. (§15 (6)
72 Landessatzung)

73 5. Zählkommission

- 74 • Die Stimmzettel der Schlussabstimmung werden von der Zählkommission
75 ausgezählt. Der Zählkommission können keine Personen angehören, die zur
76 Wahl stehen. Über die Zusammensetzung der Zählkommission stimmt die
77 Versammlung ab.

78 Satzungsauszug § 13. (Wahlen)

- 79 • Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen
80 erhält.
- 81 • Bei einem erforderlichen zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten der
82 gültigen Stimmen erhält, mindestens aber von 25 Prozent der Abstimmenden
83 gewählt wurde.
- 84 • Bei Stimmgleichheit wird eine Stichwahl durchgeführt. Ist auch diese
85 ohne Ergebnis, entscheidet das Los.
- 86 • Für den zweiten Wahlgang werden nur KandidatInnen zugelassen, die im
87 ersten Wahlgang mindestens 10 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten
88 haben.
- 89 • Wird im zweiten Wahlgang kein*e Bewerber*in gewählt, entscheidet die
90 Versammlung über das weitere Verfahren.
- 91 • Wahlen in mehrere gleichartige Positionen können in einem Wahlgang
92 durchgeführt werden. Dabei hat jede*r Stimmberechtigte so viele Stimmen
93 wie Positionen zu besetzen sind.

Bewerbungsübersicht BTW Listenaufstellung 14.12.2024

Frauen				
Nr.	Vorname Name	Kreisverband	Wahlkreis	Seite
BTW2	Lena Krause	Wolfenbüttel	049 Salzgitter – Wolfenbüttel	3
BTW3	Karo Otte	Northeim/Einbeck	052 Goslar – Northeim – Osterode	6
BTW4	Swantje Michaelsen	Hannover	WK 42 Stadt Hannover II	9
BTW5	Jessica Peine	Hannover	WK 043 Hannover-Land I	12
BTW7	Julia Verlinden	Lüneburg	WK 037 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg	16
BTW10	Viola von Cramon-Taubadel	Göttingen	WK 053 Göttingen	24
BTW12	Lisa-Marie Jalyschko	Braunschweig	WK 050 Braunschweig	30
BTW13	Christina-Johanne Schröder	Wesermarsch	WK 028 Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land	32
BTW14	Filiz Polat	Osnabrück-Land	WK 038 Osnabrück-Land	35
BTW15	Luca Theresa Wirkus	Osnabrück-Stadt	WK 039 Stadt Osnabrück	37
BTW17	Ulrike Maus	Wittmund	WK 026 Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund	42
BTW19	Dr. Lena Gumnior	Verden	WK 024 Osterholz – Verden	50
BTW24	Canina Ruzicka	Rotenburg/Wümme	WK 035 Rotenburg I – Heidekreis	60

Offene Plätze				
Nr.	Vorname Name	Kreisverband	Wahlkreis	Seite
BTW1	Thomas Heidemann	Diepholz	033-Diepholz – Nienburg I	1
BTW6	Dr. Michael Steinke	Hannover	WK 047 Hannover – Land II	14
BTW8	Joachim Fuchs	Stade	WK 030 Stade I – Rotenburg II	18
BTW9	Ottmar von Holtz	Hildesheim	WK 048 Hildesheim	20
BTW11	Helge Limburg	Holzminden	WK 046 Hameln-Pyrmont – Holzminden	27
BTW16	Dr. Alaa Alhamwi	Oldenburg-Stadt	WK 027 Oldenburg-Ammerland	39

BTW18	Sven Frings-Michalek	Schaumburg	WK 040 Nienburg II – Schaumburg	45
BTW20	Danny Prieske	Peine	WK 045 Gifhorn – Peine	52
BTW21	Timon Dzienus	Hannover	WK 041 Stadt Hannover I	54
BTW22	Christopher Jesse	Cuxhaven	WK 029 Cuxhaven – Stade II	56
BTW23	Julian Pahlke	Leer	WK 025 Unterems	58
BTW25	Frerk Meyer	Harburg-Land	WK 036 Harburg	62
BTW26	Marcel Richter	Braunschweig	WK 051 Helmstedt – Wolfsburg	66
BTW27	Daniel Beer	Celle	WK 044 Celle-Uelzen	69

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 22. November 2022 wurde ich zum Direktkandidaten für den Wahlkreis Diepholz- Nienburg I gewählt. Mit großer Überzeugung und voller Tatendrang bewerbe ich mich daher nun auch um einen Listenplatz für die Bundestagswahl 2025 auf der niedersächsischen Landesliste. Als aktives Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und durch mein Engagement in verschiedenen politischen und beruflichen Feldern bin ich überzeugt, dass ich die richtigen Kompetenzen und die notwendige Leidenschaft mitbringe, um Niedersachsen erfolgreich im Bundestag zu vertreten.

Warum ich kandidiere

Die Zeiten, in denen wir leben, stellen uns vor beispiellose Herausforderungen. Der Klimawandel, die zunehmende soziale Ungleichheit und die Sicherung von Demokratie und Menschenrechten erfordern entschlossenes politisches Handeln. Als Steuerberater und vereidigter Buchprüfer mit jahrzehntelanger Erfahrung habe ich nicht nur ein tiefes Verständnis für wirtschaftliche und finanzpolitische Zusammenhänge, sondern auch den Blick dafür, wie eine gerechte und nachhaltige Finanzpolitik aussehen kann. Mein Ziel ist es, diese Expertise in den Bundestag einzubringen und die Grundlage für eine Wirtschaftspolitik zu schaffen, die sowohl ökologisch als auch sozial verantwortlich ist.

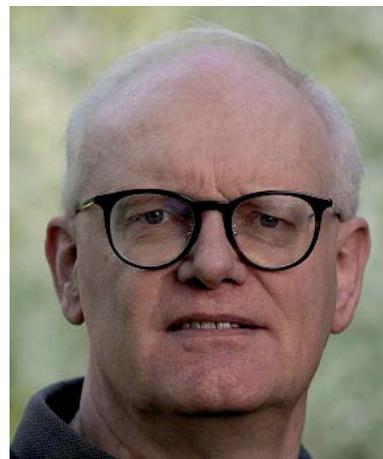
Ich bin fest davon überzeugt, dass unser Land eine starke, grüne Stimme braucht, die sowohl den Mut hat, ambitionierte Reformen anzustoßen, als auch das Fingerspitzengefühl, tragfähige Lösungen im Dialog mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu entwickeln.

Meine politische Vision

Als jemand, der seit vielen Jahren in der regionalen Wirtschaft verwurzelt ist, weiß ich um die Stärken und Potenziale unseres Landes, insbesondere des ländlichen Raumes. Gleichzeitig kenne ich auch die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort – von den Herausforderungen der Energiewende über die Transformation der Wirtschaft bis hin zu bezahlbarem Wohnraum und einer guten medizinischen Versorgung. Ich stehe dafür ein, dass niemand in diesem Wandel zurückgelassen wird und wir unsere Gesellschaft solidarisch und nachhaltig gestalten.

1. Klimaschutz und wirtschaftliche Transformation: Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Wir brauchen konkrete Maßnahmen, um den Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen. Hierzu gehören Investitionen in erneuerbare Energien, eine konsequente Verkehrswende und eine nachhaltige Landwirtschaftspolitik, die Umweltschutz und wirtschaftliche Stabilität in Einklang bringt.

2. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit: Eine gerechte Gesellschaft bedeutet, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf Bildung, Wohlstand und Teilhabe haben. Ich möchte mich für eine



Geburtsdatum:
15.11.1964

Kreisverband:
Diepholz

Themen:
1. Klimaschutz und wirtschaftliche Transformation, 2. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, 3. Stärkung der Demokratie

E-Mail:
thomas@gruene-diepholz.de

gerechtere Steuerpolitik einsetzen, die Vermögende stärker in die Verantwortung nimmt und kleine und mittlere Einkommen entlastet.

3. Stärkung der Demokratie: Die Angriffe auf unsere demokratischen Grundwerte nehmen zu. Ich stehe für eine entschlossene Verteidigung unserer offenen Gesellschaft gegen Populismus, Nationalismus und Hetze. Gleichzeitig müssen wir die politische Teilhabe fördern, indem wir Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einbeziehen und die Demokratie lebendiger gestalten.

Mein Weg und mein Angebot

Seit mehr als 30 Jahren bin ich in der Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung tätig und seit 2021 politisch aktiv bei Bündnis 90/Die Grünen. Als selbstständiger Unternehmer kenne ich die Herausforderungen, denen sich viele mittelständische Betriebe in unserem Land gegenübersehen. Diese Erfahrung möchte ich in den Bundestag einbringen, um praxisnahe und zukunftsweisende Lösungen zu entwickeln. Mein Fokus liegt auf einer Politik, die ökologisch nachhaltig, wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht ist.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit eurer Unterstützung einen echten Unterschied machen können. Unser Land Niedersachsen braucht eine starke grüne Vertretung in Berlin, die unsere Werte mit Leidenschaft und Überzeugung vertritt.

Dafür bitte ich um euer Vertrauen und eure Stimme. Lasst uns diesen Weg gemeinsam gehen – für eine nachhaltige, gerechte und lebenswerte Zukunft!

Mit herzlichen Grüßen

Thomas

Lasst mich noch einmal ganz kurz zusammenfassen:

Ich bin Thomas Heidemann, 1964 in Bad Harzburg geboren, in Vechta aufgewachsen.

Ich lebe seit 2018 in Drebber und bin seit 2022 dort im Gemeinderat.

Ich habe in Passau Betriebswirtschaftslehre studiert.

Ich bin Diplom-Kaufmann.

Ich bin Steuerberater und vereidigter Buchprüfer.

Ich bin Finanz- und Steuerexperte und kenne mich mit wirtschaftlichen Fragestellungen aus.

Also bin ich ein wichtiger Baustein für die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Klimaschutz.

Wenn Ihr euch eine kraftvolle, engagierte Stimme für unser Niedersachsen wünscht, dann gebt mir euer Vertrauen. Wählt mich auf einen aussichtsreichen Listenplatz!

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

Polarisierung und soziale Ungleichheiten spalten unsere Gesellschaft. Immer mehr Menschen fühlen sich in ihren alltäglichen Problemen von der Politik allein gelassen. Vertreter*innen anderer Parteien prophezeien einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen und spinnen die unendliche Geschichte vom entweder oder: ENTWEDER Klimaschutz ODER Wohlstand. Investitionen in die Bahn ODER soziale Sicherheit. Theater ODER Kindergärten... Damit machen sie es sich leicht, schüren Ängste und verspielen unsere Zukunft. Wir Grüne spielen dieses Spiel nicht mit! Wir nehmen uns der Komplexität der Herausforderungen an und arbeiten zielgerichtet an Lösungen. Nicht, um das eigene Ego zu pushen. Sondern aus Verantwortung gegenüber den Menschen und unseren Lebensgrundlagen. Seit 2018 bringe ich mich mit meiner kulturpolitischen Expertise und meinen Erfahrungen im Aufbau von Netzwerken und Beteiligungsmöglichkeiten bei uns Grünen ein. Ich bin fest davon überzeugt, dass vielfältige Möglichkeiten zur Mitgestaltung von Politik der Schlüssel für eine starke, engagierte Partei sind. Deshalb habe ich mich früh genau dafür eingesetzt: sei es als Sprecherin des KV Braunschweig, wo ich z.B. im Vorfeld der Kommunalwahl eine Workshopreihe zur Motivation und dem Empowerment von potentiellen Kandidat*innen aufgebaut habe, als Sprecherin der BAG Kultur, wo ich mich für eine stärkere Vernetzung der LAG-Sprecher*innen stark mache oder auch in der Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen. Seit 2021 lebe ich in Wolfenbüttel und engagiere mich dort in den Vorständen vom Ortsverband und Kreisverband Wolfenbüttel, als Bürgermitglied im Ausschuss für Kultur, Tourismus und Städtepartnerschaften der Stadt Wolfenbüttel und in der Film-AG.

Gleichzeitig kämpfe ich seit fast 10 Jahren im Haupt- und Ehrenamt in zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen für den Schutz der Kunst- und Kulturbranche und für passende Rahmen- und Arbeitsbedingungen für Selbstständige. Ich trage ihre Anliegen ins Bundeskanzleramt, ins BKM, ins BMAS oder auch BMWK, an Finanzämter, den Bundesrechnungshof, Kulturministerien und kommunale Spitzenverbände. Ich habe mir ein umfassendes Netzwerk zu relevanten Stakeholdern der Kultur- und Kreativwirtschaft, zu Gewerkschaften und zu Mittlerorganisationen wie zum Beispiel dem Goethe Institut aufgebaut.

All das möchte ich zukünftig für uns Grüne im Bundestag einsetzen und Ansprechperson und Stimme der Kulturbranche, Selbstständigen und hybrid Erwerbstätigen sein. Mit Unterstützung durch das 3. Frauenvotum der Region Weser-Aller-Harz, bewerbe ich mich für die Landesliste - für sozialen Schutz und Gerechtigkeit, für Kunst und Kultur und für lebenswerte ländliche Räume.



Geburtsdatum:

19.07.1988

Kreisverband:

Wolfenbüttel

Themen:

1. Sozialer Schutz und Gerechtigkeit,
2. Gute Rahmenbedingungen für
Kunst und Kultur, 3. Ländlicher Raum

E-Mail:

lena.krause@gruene-wf.de

Sozialer Schutz und Gerechtigkeit

Jeder Mensch – egal welchen Geschlechts, egal ob angestellt oder selbstständig, egal ob in Teilzeit oder in Vollzeit, egal ob Künstler*in, Ingenieur*in oder Handwerker*in – hat das Recht auf angemessenen sozialen Schutz. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform unserer sozialen Sicherungssysteme. Denn es gibt Menschen, die noch immer durch die Raster unserer sozialen Netze fallen. Warum? Weil sie ihre berufliche Selbstverwirklichung abseits des der sozialversicherungspflichtigen Festanstellung finden. Selbstständige zum Beispiel: Der Mutterschutz greift bei ihnen nicht, sie zahlen zu viele Krankenversicherungsbeiträge und können nicht ohne Weiteres in die freiwillige Arbeitslosenversicherung. Vielen droht Altersarmut.

Es wird höchste Zeit, dass unsere sozialen Sicherungssysteme dem Wandel in der Arbeitswelt gerecht werden. Sie müssen vorurteilsfrei gegenüber den verschiedenen Erwerbs- und Beschäftigungsarten ausgestaltet sein, einem starken, solidarischen Prinzip folgen und Missbrauch verhindern (Schlagwort: Scheinselbstständigkeit).

Ich werde die Verbesserung der sozialen Lage von (Solo)Selbstständigen und hybrid Erwerbstätigen in den Fokus rücken:

- durch die Weiterentwicklung unserer sozialen Netze zu einem Sicherungssystem, in das alle einbezogen werden,
- durch die Umsetzung des Anspruchs auf Mutterschutz für Selbstständige,
- und durch einen vereinfachten Zugang zur Arbeitslosenversicherung.

Ohne die Kultur stirbt unsere Demokratie

Ich wurde durch meine Arbeit in der Kunst- und Kulturbranche politisiert. Kunst- und Kulturschaffende sind für uns enge Verbündete. Sie stellen die unangenehmen Fragen, sind laut gegen Antidemokraten, gegen Hass und Hetze. Sie tragen unsere Ideen als Multiplikator in die Gesellschaft - in die Jugend, Städte und Dörfer. Bis in den letzten Zipfel unserer Bundesrepublik.

Wir GRÜNE dürfen die Kultur- und Medienschaffenden nicht verlieren! Wir müssen sie stärken für den demokratischen Zusammenhalt. Und dafür müssen wir sie noch viel mehr in den Blick nehmen. Wir sehen weltweit wie Künstler*innen in der Abschaffung von Demokratien als erstes zur Zielscheibe werden. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine verfolgt gezielt die Zerstörung der ukrainischen Kultur, Identität und Erinnerung. Kultureinrichtungen und Wahrzeichen werden zerstört, Museen geplündert und Kunstwerke geraubt. Auch bei uns spitzt sich die Lage zu: Brandanschläge und Sachbeschädigung treffen auch unsere Kultureinrichtungen. In Niedersachsen will die AfD der Kultur die Förderung entziehen und Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher der AfD Bundestagsfraktion, freut sich auf die "Entsiffung des Kulturbetriebs". Es geht um nichts weniger als die Aushöhlung unserer Zivilgesellschaft.

Unsere freie demokratische Gesellschaft braucht eine freie Kunst-, Kultur- und Medienlandschaft. Und dafür brauchen sie eine grüne Bundeskulturpolitik, die ihre Bedarfe versteht. Ich stehe mittendrin in der

Kulturbranche. Und ich werde dort anpacken, wo die Sorgen und Nöte von Künstler*innen und Medienschaffenden am größten sind:

- bei der Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage
- bei der Stärkung und Weiterentwicklung der Künstlersozialkasse, z.B. durch die Erweiterung der Abgabepflicht auf digitale Dienste und Plattformen
- beim Schutz der Rechte von Urheber*innen, z.B. durch die Entwicklung von fairen Vergütungsmodellen im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz und Musikstreaming
- bei Stärkung und Ausbau von Anlaufstellen wie der THEMIS Vertrauensstelle - gegen sexuelle Belästigung und Gewalt
- bei der Sicherung von Haushaltsmitteln für die Bundeskulturfonds, Kulturstiftung des Bundes und für Sonderprogramme für regionale Kulturprojekte wie ALLERLAND

Lebenswerter Ländlicher Raum

2018 bin ich erst von Berlin nach Braunschweig und dann nach Wolfenbüttel gezogen. Ich habe die Entscheidung, wieder näher an meine familiären Wurzeln in Niedersachsen zu rücken, sehr bewusst getroffen. Und ich lebe unglaublich gerne hier: wegen der Nähe zur Natur, der kürzeren Wege, der vielfältigen kulturellen Angebote und der Menschen. Gerade deshalb liegt mir die Entwicklung meines Wahlkreises, der von ländlichen Regionen durchzogen und geprägt ist, am Herzen. Denn ich möchte auch in Zukunft gerne hier leben. Und ich möchte auch, dass andere Menschen hier ihre Heimat finden.

Dafür müssen wir uns den Herausforderungen annehmen: die Menschen wünschen sich sichere Arbeitsplätze und Entwicklungen wie bei Volkswagen oder die Gerüchte um die Salzgitter AG verunsichern die Menschen. Das Aussterben von Innenstädten und Dörfern verringert die Lebensqualität und trägt dazu bei, dass Menschen sich abgehängt fühlen und vereinsamen. Und am Ende vielleicht wegziehen.

Ich will mich dafür einsetzen, dass wir alle hier weiterhin gut leben und arbeiten können und wollen. Sei es durch zuverlässige Angebote im ÖPNV, durch gute Radwege-Netze, schnelles Internet, gesicherte Arbeitsplätze, gute Bildungsmöglichkeiten und eine intakte und florierende Natur.

Ich werde mich stark machen für mehr Treffpunkte für Kultur und Gemeinschaft. Denn Lebensqualität vor Ort heißt nicht nur, dass ich gut mit dem Bus von A nach B komme. Lebensqualität heißt auch, dass ich kulturelle Angebote, direkt hier vor Ort habe: vom Theater bis zum Dorffest, vom Sportverein bis zum Musicclub. Orte, wo ich mich mit anderen Menschen treffen und Gemeinschaft erleben kann.

Herzliche Grüße,

Lena

BTW3 Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2025 Karo Otte

Antragsteller*in: Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)

Tagesordnungspunkt: 2.2. Wahl der Listenplätze

Selbstvorstellung

Ihr Lieben,

wenn ich meine Nachbarn in unserem kleinen Dorf im Süden von Niedersachsen frage, wie sie das Aus der Ampelregierung erleben, dann begegnet mir nur Kopfschütteln. Die politischen Streitereien und Machtspiele haben nichts mit ihrer Lebensrealität zu tun.

Der eine Nachbar verliert seinen Arbeitsplatz beim Automobilzulieferer, die andere fragt sich, ob sie noch arbeiten gehen kann, weil die Kita dauernd zu hat, weil Erzieher:innen fehlen und alle bekommen mit, dass das Freibad vor Ort immer wieder vor dem Aus steht, weil die Gemeinde es sich eigentlich nicht leisten kann.

Sie haben das Gefühl, dass die Politik in Berlin keine Ahnung von ihrem Leben und ihren Problemen hat. Am Ende wählen tatsächlich immer mehr von ihnen die AfD. Bei der Europawahl war es in meiner Heimatgemeinde jede sechste Person, die zur Wahl gegangen ist.

Doch geschlossene Kitas, marode Brücken und Angst davor, den Arbeitsplatz zu verlieren - das sind Resultate politischer Entscheidungen und wir als Bündnisgrüne streiten für eine Politik, die sich anders entscheidet.

Demokratie muss beweisen, dass sie die Probleme der Menschen kennt und dass sie diese Probleme lösen kann. Das muss uns gelingen, sonst hören Menschen auf, an Demokratie zu glauben. Wir wissen, dass es in unserer Verantwortung liegt, für die realen Probleme unserer Nachbar:innen gute Lösungen zu finden. Dafür treten wir zusammen mit Robert und unserem neuen Bundesvorstand an. Genau deshalb kämpfen wir in den kommenden Monaten um das Vertrauen der Menschen in unserem Land.

Und deshalb bewerbe ich mich bei euch Grünen in Niedersachsen um einen aussichtsreichen Listenplatz. So möchte ich, auch in den kommenden vier Jahren, für Grüne Politik im Bundestag streiten!

Für ein Land, das vor Ort funktioniert

Sparpolitik war für die GroKo jahrelang eine Rechtfertigung zum Ausruhen und auch Christian Lindner stellte sie ins Zentrum seiner Inszenierung zum Ampel-Aus. Aber als Grüne sind wir klar - Die Schulden, die auf dem Papier nicht auftauchen sollen, sind letztlich Investitionen, die nicht getätigt werden und am Ende riesigen realen Schaden anrichten. Das können wir uns schlichtweg nicht leisten!

Während sich der Staat kaputtspart, besitzt gleichzeitig das reichste Prozent Deutschlands die Hälfte des Vermögens im Land. Mehr als 800.000 Superreiche können allein von den Einnahmen aus ihrem Vermögen leben. Das heißt am Ende nichts anderes, als dass wir mit unserer Miete, unserem Wocheneinkauf und zu niedrigen Löhnen, ihr Leben und ihren Luxus mitfinanzieren. Unanständiger Reichtum in diesem Land wächst auf unsere Kosten, während jedes siebte Kind von Armut bedroht ist.

Das ist eine Ungerechtigkeit, die ich nicht länger hinnehmen will. Reichtum muss seinen fairen Anteil an der Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Als Grüne streiten wir dafür. Denn Schulgebäude, in



Geburtsdatum:
11.09.1996

Kreisverband:
Northeim/Einbeck

Themen:
für solidarische öffentliche Finanzen
und starke Kommunen

E-Mail:
info@karolineotte.net

die jedes Kind gerne geht und eine verlässliche Kita-Betreuung an fünf Tagen die Woche, vier Wochen im Monat, sind kein vermessener Wunsch.

Ein Staat, der vor Ort funktioniert, ist möglich, wenn wir die Schuldenbremse endlich reformieren, unanständigen Reichtum endlich gerecht besteuern und mit voller Kraft in die Investitionsoffensive starten.

Fürs Klima - konsequent und fair

Tun wir das nicht und sparen wir weiter, häufen wir nicht nur mehr Schulden in der Realität an. Wir gefährden auch den solidarischen Zusammenhalt in unserem Land. Viele Menschen leiden immer noch unter den Folgen der Inflation. Der Lebensmitteleinkauf ist deutlich teurer als vor zwei bis drei Jahren und die Inflation hat selbst gute Lohnsteigerungen der letzten Jahre geschluckt. In dieser Zeit nehmen viele Menschen notwendige Bemühungen für den Klimaschutz als Belastung wahr.

Nur wenn wir die soziale Frage beantworten, können wir wieder mehr Menschen hinter konsequentem Klimaschutz versammeln. Das Deutschlandticket ist das beste Beispiel: Wir haben es geschafft, Millionen von Pendler:innen eine klimafreundliche Alternative zum Auto zu bieten, die vor allem bezahlbar ist. Wir lassen uns diesen Erfolg nicht von einem Friedrich Merz kaputt machen. Wir kämpfen für günstige Mobilität, die dich bis ins letzte Dorf bringt und auch wieder abholt. Wir zeigen, wie sozial gerechter Klimaschutz praktisch funktioniert. Dafür haben wir noch viele grüne Lösungen in der Tasche, vom Klimageld, über Sanierungsförderungen und die Schaffung von langfristig günstigem Wohnraum.

Haltung und Herz in turbulenten Zeiten

Politik hat die Aufgabe, Probleme in der Wirklichkeit von den vermeintlichen Problemen zu unterscheiden, die uns rechte Scharfmacher andrehen wollen. Auch wir als Grüne haben es in den letzten drei Jahren nicht immer geschafft, Haltung zu bewahren und haben zu oft dem Druck und dem Scheinlösungsfeuerwerk von Rechts nachgegeben. Einschränkungen beim Asylrecht verpackt als „Sicherheitspaket“ oder die Obergrenze von 50 Euro für Bargeld sind Resultate davon. Diese Maßnahmen schränken die Würde des Menschen ein und nehmen vielen Menschen in schwierigen Lagen schlicht das Existenzminimum. Obendrauf sind sie Gift für unsere solidarische, offene Gesellschaft. Sie schaffen neue bürokratische Hürden, die ein Ankommen in Deutschland verunmöglichen und sie lassen Menschen pauschal wie Kriminelle dastehen, die häufig aus großer Not fliehen mussten. Nichts anderes steckt hinter Unions- und FDP-Papieren, die mit „Brot-Bett-Seife-Minimum“ betitelt sind.

Im kommenden Bundestag möchte ich mich weiter für eine solidarische Gesellschaft einsetzen, die echte Lösungen für eine gelingende Integration in Schulen, Kitas und im Job anbietet, statt Debatten auf dem Rücken von Asylbewerbenden austrägt.

Zukunft wird vor Ort gemacht

Haltung zeigen, Probleme vor Ort anpacken - das machen tausende Grüne Kommunalpolitiker:innen jeden Tag vor Ort - im Kreistag, im Stadt- oder im Gemeinderat.

Unsere Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen sich zeigt, ob wir die Demokratie stärken und den Herausforderungen des Klimawandels begegnen. Vor Ort zeigt sich, wie wir als Gesellschaft zusammenstehen und sichere Netze für die Menschen schaffen – Netze, die auch in unsicheren Zeiten bestehen.

„Zukunft wird vor Ort gemacht“ – so lautete das Motto unseres Kommunalkongresses im März, an dem über 400 engagierte Teilnehmer:innen aus ganz Deutschland teilnahmen. Dieses Motto ist auch Leitsatz meiner Arbeit im Bundestag.

In der Kommunalpolitik im Kreistag in Northeim und als Mitarbeiterin in der Verwaltung beim Landkreis Göttingen habe ich selbst erlebt, wie immer wieder Entscheidungen in Berlin und Hannover an den Realitäten vor Ort vorbeigetroffen wurden.

Auch deshalb habe ich in den letzten drei Jahren aus dem Bundestag heraus den Aufbau der BGKomm, dem Dachverband der grünen kommunalpolitischen Vereinigungen im Bund, begleitet: Als neuer Verband trägt die BGKomm langfristig kommunale Perspektiven und Anliegen in die Bundespolitik. Ob als Vorstandsmitglied der BGKomm oder als Abgeordnete im Bundestag: Auch in den kommenden Jahren möchte ich weiterhin für starke kommunale Kassen, gegen Gewalt an Kommunalpolitiker:innen und für konsequenten Klimaschutz von der Großstadt bis in die kleinste Gemeinde eintreten. Unsere Kommunen können so viel. Was unsere Städte und Gemeinden brauchen, ist das Heft des Handelns in ihren Händen. Es geht nicht nur, aber auf jeden Fall vor allem ums Geld. Für gut ausgestattete kommunale Kassen möchte ich mit ganzer Kraft weiter streiten.

Für starke Kommunen in Berlin

Ich bin Karo, 28 Jahre alt und wohne mit meinem Mann und meinen beiden Kindern im Landkreis Northeim in der Gemeinde Moringen. Mit 14 bin ich zur GRÜNEN JUGEND gekommen. Als 2011 ein Tsunami das japanische Atomkraftwerk Fukushima zerstörte und eine nukleare Katastrophe auslöste, hatte sich unsere Ortsgruppe in Northeim gerade gegründet und Mahnwachen für ein Ende der Atomkraft gehörten zu den ersten politischen Aktionen, die wir gemeinsam organisierten. 2021 bin ich für die GRÜNE JUGEND in den Bundestag eingezogen und im Herbst 2022 konnte ich zusammen mit unserer grünen Landesgruppe Niedersachsen sicherstellen, dass 2023 wirklich Schluss war mit Atomkraftwerken in Deutschland. In den letzten Wochen habe ich mich mit vielen weiteren Menschen dafür eingesetzt, dass die GRÜNE JUGEND politische Heimat für tausende junge Menschen bleiben kann. Denn für viele kleine und große grüne politische Erfolge war, ist und wird die GRÜNE JUGEND der Ort sein, an dem alles begann.

Auch, wenn die letzten Jahre herausfordernd waren, bin ich noch längst nicht fertig. Ich möchte weiter dafür kämpfen, dass Menschen einen funktionierenden Staat vor Ort erleben: Verlässliche Kitas, intakte Brücken und Schienen und gute Arbeitsplätze. Ich will dafür streiten, dass wir Lasten, egal ob Steuern oder Klima, gerecht verteilen.

Dafür trete ich ein. Mit den alltäglichen Sorgen meiner Nachbar:innen im Gepäck will ich wieder nach Berlin fahren und mit Solidarität und Gerechtigkeit als Kompass streiten: Für ein Land, das vor Ort funktioniert – für Dörfer und Städte, in denen wir gerne leben!

Eure Karo

PS.: Meldet euch gerne bei Fragen! Ihr erreicht mich über Social Media oder meine Kandidatinnen-Website - www.karolineotte2025.de - Meine Vita findet ihr hier - www.karolineotte2025.de/ueber-mich/ - Mehr Informationen über meine Arbeit im Bundestag findet ihr hier - www.karolineotte.de -

BTW4 Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2025 Swantje MichaelSEN

Antragsteller*in: Swantje Henrike MichaelSEN (KV Hannover)
Tagesordnungspunkt: 2.2. Wahl der Listenplätze

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

seit drei Jahren darf ich euch im Deutschen Bundestag vertreten. Als ich in den Bundestag eingezogen bin, wollte ich vor allem eins: das Straßenverkehrsrecht reformieren, denn das stammt im Kern noch aus der Kaiserzeit. Denn ich wusste aus den Jahren meines kommunalpolitischen Engagements, dass die Verkehrswende in den Kommunen allzu oft durch dieses Bundesgesetz ausgebremst wird.

Seit 1909 hatte dieses Gesetz nämlich nur ein Ziel: dass der Autoverkehr fließt. Ich habe im Bündnis mit vielen Kommunen, Verbänden und Initiativen dafür gekämpft, dass sich das ändert und seit Juli 2024 stehen neue Ziele im Gesetz. Die Verkehrsplanung kann nun auch an Klima- und Umweltschutz, Gesundheit und städtebaulicher Entwicklung ausgerichtet werden. Damit leiten wir nach über 100 Jahren einen Paradigmenwechsel ein. Mit dem neuen Straßenverkehrsgesetz stärken wir den Klimaschutz, aber auch Verkehrssicherheit und Lebensqualität: für die Dreijährige auf dem Laufrad, den Sechsjährigen auf dem Weg zur Schule und die Seniorin, die sich nur auf einem guten Radweg sicher fühlt.

Mit der neuen StVO, die seit Oktober 2024 gilt, bekommen die Kommunen neue Entscheidungsspielräume, um ihre Verkehrsplanung vor Ort an konkrete Bedarfe anzupassen. Endlich stehen nicht mehr allein Autos im Mittelpunkt. Sondern die Menschen, ihre Mobilität und ihre Sicherheit.

Aus unzähligen Gesprächen mit Kommunalis, Verbänden und Initiativen weiß ich: Verkehrssicherheit, Klimaschutz und Aufenthaltsqualität sind in fast allen Kommunen ein Thema. Überall wollen Eltern, dass ihre Kinder sicher unterwegs sind, wollen Ältere auch ohne Auto mobil sein, wollen Menschen klimafreundlich zur Arbeit, zum Sport oder zum Einkaufen kommen. Meine Veranstaltungen zur StVO-Novelle haben einen riesigen Zulauf, so viele von euch wollen die Verkehrswende voranbringen. Gleichzeitig weiß ich auch: vor Ort ist es oft nicht so einfach. Theoretisch wollen alle mehr Busverbindungen, bessere Radwege und mehr Sicherheit im Verkehr. Aber wenn es konkret wird, wenn ein Parkplatz oder eine Spur umgewandelt oder Gelder anders verteilt werden sollen, fehlen plötzlich die politischen Mehrheiten. Das erleben wir in Hannover und das höre ich von vielen von euch, egal wie groß eure Gemeinde ist.

Deshalb bleibt viel zu tun: wir müssen mutige politische Mehrheiten organisieren, Verwaltungen und Straßenverkehrsbehörden überzeugen, Bündnisse organisieren. Dafür möchte ich meine bundesweite Vernetzung mit der Klimaschutz- und Mobilitätswende-Bewegung weiter einbringen und dafür sorgen, dass in der Verkehrspolitik alle erforderlichen Perspektiven ausreichend berücksichtigt werden. In der Bundespolitik spielt die Frage, wie Menschen sicher, bequem und klimaverträglich von A nach B kommen, nämlich allzu oft keine Rolle. Es ist unser Grünes Verdienst, dass mit dem Deutschlandticket Mobilität zu einem Teil der sozialen Frage wurde. Ich werde die Perspektiven der Verletzlichsten immer wieder einbringen und noch konsequentere Maßnahmen für ihre Sicherheit anmahnen. Ich möchte meine Arbeit fortsetzen für eine Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer*innen im Blick hat, dabei



Geburtsdatum:
04.10.1979

Kreisverband:
Hannover

Themen:
Mobilität & Verkehr, Demokratie,
Feminismus

E-Mail:
swantje.michaelSEN@gruene-
hannover.de

insbesondere die Verletzlichen schützt, Klimaschutz priorisiert und lebenswerte Städte und Gemeinden endlich Realität werden lässt.

Die letzten drei Jahre waren davon geprägt, dass sich die Krisen die Klinke in die Hand gaben, die politische Lüge salonfähig wurde, Hass und Gewalt ständig zunahm und rechtsextreme Kräfte erstarkt sind. Wie viele von uns, mache ich mir große Sorgen um die Zukunft unserer Demokratie. Sie ist nicht (mehr) selbstverständlich, sondern wird angegriffen – von innen und außen. Unser vordringliches Ziel muss sein, die Brandmauer gegen rechts zu stabilisieren. Dazu brauchen wir eine aktive Zivilgesellschaft, die sich in Vereinen oder Initiativen organisiert, die ihre Stimme erhebt, Demonstrationen organisiert, für Minderheitenrechte einsteht und die Menschenwürde verteidigt. Deshalb kämpfen wir im Bund und vor Ort für die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Demokratie verteidigen bedeutet auch, die rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten aus schrecklicher Erfahrung: Faschismus kann nicht allein auf der politischen Bühne bekämpft werden. Deshalb haben sie die Möglichkeit für ein Parteiverbotsverfahren im Grundgesetz verankert. Die AfD macht kein Geheimnis aus ihrer verfassungsfeindlichen Haltung. Sie nutzt die Demokratie und Spielregeln des Parlamentarismus, um beides von innen heraus verächtlich zu machen und zu zersetzen. Im Bundestag erleben wir jede Woche, dass AfD-Abgeordnete demokratische Grundpfeiler wie die Menschenwürde oder das Diskriminierungsverbot offen angreifen. Ich halte es für richtig, dass der Bundestag das Recht, das er hat, nutzt, und unterstützt den Antrag für ein AfD-Verbotsverfahren. Ich möchte den Menschen die Zuversicht geben, dass wir besser leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen sich gleichberechtigt und auf Augenhöhe begegnen. Eine Gesellschaft, die solidarisch ist und die Schwächsten schützt und stärkt. Gemeinsam haben wir viele gute Ideen und können die Krisen und Herausforderungen mit Herz und Verstand meistern.

Dabei bleibt der Erhalt unserer Lebensgrundlagen eine der zentralen Herausforderungen: Temperaturrekorde, Schnee im September und Überschwemmungen, teils von dramatischem Ausmaß, zeigen deutlich, wie sehr die Auswirkungen der Klimakrise auch uns in Deutschland und Europa treffen. Schon jetzt spüren 80 Prozent der Kommunen die Auswirkungen der Klimakrise vor Ort. Auch die Kommunen in Niedersachsen brauchen die verlässliche Unterstützung des Bundes beim Kampf gegen die Klimakrise, bei der Klimafolgenanpassung und beim Naturschutz.

Wir haben in dieser Wahlperiode vieles auf den Weg gebracht: Mit dem Gebäudeenergiegesetz schieben wir die Wärmewende an, das Klimaanpassungsgesetz macht Klimavorsorge verbindlich, der Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt unter anderem durch die Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung in Schwung und das Solarpaket sorgt dafür, dass viel mehr Menschen von der Energiewende profitieren. Trotz aller Herausforderungen bei der Energieversorgung haben wir außerdem den Atomausstieg verteidigt - dafür haben Grüne mit vielen Verbündeten über Jahrzehnte gekämpft! Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz fördern wir Schutz und Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme und verbinden Klima- und Naturschutz. Die Investitionen in die Schiene sind so hoch wie nie und das Deutschlandticket ist eine Revolution im Tarifsystem. Wir sind noch lange nicht fertig und wissen auch, dass das alles noch nicht reicht. Aber wir haben den Klimaschutz deutlich gestärkt und konkrete Maßnahmen für die Klimafolgenanpassung angeschoben. Ich will mich weiter dafür stark machen, dass wir beim Klimaschutz nicht lockerlassen, denn wenn wir es nicht tun, tut es niemand im Bundestag. Ich mache Politik nicht trotz, sondern wegen meiner Kinder. Für sie kämpfe ich, für ihre Sicherheit, ihre Freiheit und ihre Zukunft.

Ich empfinde es als Privileg, im Bundestag für die Verkehrswende kämpfen zu dürfen. Es ist großartig, mit dem Straßenverkehrsrecht und der Förderung des Fuß- und Radverkehrs Themen voranzubringen, die vor Ort sichtbare Auswirkungen haben. Dass mir die Region Hannover mit einem starken 1. Votum das Vertrauen für eine neue Wahlperiode gegeben hat, ist für mich Rückenwind für die Fortsetzung meiner politischen Arbeit und für einen starken Wahlkampf gegen Boris Pistorius im Wahlkreis 42.

Ich bin gut gerüstet für einen motivierten Winterwahlkampf, bei dem wir den Blick positiv in die Zukunft richten. Es braucht unsere starke Stimme im nächsten Bundestag, damit Deutschland sozial und klimagerecht wird und demokratisch bleibt. Ich mache ein Angebot für eine Politik des Vertrauens und des Miteinanders, die sich nicht wegduckt, sondern die Herausforderungen meistern will. Mut für Veränderung, Kraft für Gestaltung, Lust auf Zukunft: das möchte ich auch in der nächsten Wahlperiode im Bundestag einbringen. Dafür bitte ich um euer Vertrauen und eure Stimme für Platz 4 der niedersächsischen Landesliste.

Eure Swantje

www.swantje-michaelSEN.de

Selbstvorstellung

Mein Weg und mein Angebot

Liebe Freund*innen,

mein Name ist Jessica, ich bin 39 Jahre alt, Politikwissenschaftlerin und dreifache Mutter. Seit 2020 bin ich in Garbsen politisch aktiv und setze mich mit großer Leidenschaft für unsere Werte ein. Mein politischer Weg ist geprägt von der Überzeugung, dass wir eine gerechte, nachhaltige und solidarische Gesellschaft schaffen können – wenn wir den Mut haben, die Veränderungen zu gestalten.

Nachdem ich aus Hannovers ins Umland gezogen bin – auch wegen der immensen Mieten in der Stadt – habe ich gelernt, die Vorteile des Lebens im Grünen zu schätzen. Ich genieße die Ruhe und den Raum, den das Leben außerhalb der Stadt bietet, doch dabei sollten wir nicht auf wichtige Infrastrukturen verzichten müssen. Guter ÖPNV, sichere Radwege, wohnortnahe Gesundheitsversorgung, Kitas und Schulen, ein lebendiger kultureller Austausch sowie Einkaufsmöglichkeiten ohne große Wege – all das sind grundlegende Voraussetzungen für Lebensqualität, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Mein Ziel ist es, diese Standards flächendeckend zu stärken, um ein Leben im Umland attraktiv und nachhaltig zu gestalten.

Als Vollzeitangestellte in der IT-Koordinierung habe ich täglich mit der Schnittstelle zwischen rechtlichen Anforderungen und technischen Lösungen zu tun. Diese Arbeit hat mich gelehrt, komplexe Themen strukturiert anzugehen, unterschiedliche Perspektiven zu vereinen und praxisorientierte Lösungen zu entwickeln. Diese Fähigkeiten möchte ich einbringen, um zukunftsfähige Konzepte für unsere Gesellschaft zu gestalten.

Ein besonderes Anliegen ist es mir, die Stimmen von Frauen und Müttern und Familien stärker in den politischen Fokus zu rücken. Wir leben in einer Welt, in der weibliche Perspektiven nach wie vor oft übersehen werden, obwohl sie unverzichtbar für eine gerechte Politik sind. Ich weiß, wie entscheidend es ist, dass unsere Politik Familien stärkt, Chancengerechtigkeit schafft und eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder sichert. Trotz einiger Widrigkeiten engagiere ich mich vor allem wegen meiner Kinder politisch, um mich darum zu kümmern, dass die künftigen Generationen noch ein zu Hause auf diesem Planeten haben können.

Meine politischen Schwerpunkte liegen auf den Themen soziale Gerechtigkeit, Chancengerechtigkeit und der Bekämpfung der Umweltkatastrophe.

Soziale Gerechtigkeit: Ich stehe für ein Steuersystem, das die Schwächsten entlastet und die stärkeren Schultern in die Verantwortung nimmt. Die Einführung einer gerechten Vermögens- und Erbschaftssteuer ist für mich ein wichtiger Schritt, um in Infrastruktur, Schulen, frühkindliche Bildung und soziale Sicherheit zu investieren.

Ich bin fest davon überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit die Grundlage für eine demokratische und solidarische Gesellschaft ist. Ohne Gerechtigkeit fehlt uns der Zusammenhalt, der es ermöglicht,



Geburtsdatum:
02.08.1985

Kreisverband:
KV Hannover

Themen:
Feminismus, soziale Gerechtigkeit,
Chancengerechtigkeit

E-Mail:
jessica.peine@gruene-garbsen.de

gemeinsam Herausforderungen zu meistern und eine starke Demokratie zu leben. Es ist unsere Aufgabe, Strukturen zu schaffen, die niemanden zurücklassen und allen Menschen faire Chancen bieten – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Nur wenn wir solidarisch füreinander eintreten, können wir eine Zukunft gestalten, in der jede*r eine echte Chance hat.

Chancengerechtigkeit:

Meine eigene Bildungsreise hat mir gezeigt, wie schwer es ist, Hürden zu überwinden, wenn die Startbedingungen ungleich sind. Kein Kind sollte aufgrund von Herkunft, Einkommen oder sozialer Situation benachteiligt werden. Dafür möchte ich mich starkmachen – sei es durch den Ausbau kostenfreier Angebote in der frühkindlichen Bildung, mehr Unterstützung für benachteiligte Familien oder den Zugang zu außerschulischen Förderprogrammen. Chancengerechtigkeit bedeutet, jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, sein volles Potenzial zu entfalten, unabhängig von äußeren Umständen. Es ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Bekämpfung der Umweltkatastrophe:

Die Klimakrise erfordert entschlossenes Handeln, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern. Ich stehe für eine Politik, die Ökologie, Wirtschaft und soziale Verantwortung vereint, um eine nachhaltige Zukunft zu schaffen. Dazu gehört der Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung klimafreundlicher Mobilität und der Schutz unserer natürlichen Ressourcen. Gleichzeitig dürfen wir die sozialen Auswirkungen nicht außer Acht lassen: Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft muss gerecht gestaltet werden, damit niemand zurückgelassen wird. Nur so können wir sicherstellen, dass ökologische Verantwortung und soziale Sicherheit Hand in Hand gehen.

Ich bin überzeugt, dass Niedersachsen eine starke grüne Stimme in Berlin braucht – eine Stimme, die nicht nur Mut zur Veränderung hat, sondern auch entschlossen handelt, um diese Veränderungen möglich zu machen.

Dafür bitte ich um euer Vertrauen und eure Stimme. Gemeinsam können wir unsere Werte mit Leidenschaft, Kompetenz und Überzeugung in den Bundestag tragen.

Mit herzlichen Grüßen
Jessica

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

ein Mensch. Ein Wort. Was für ein toller Slogan, denn er drückt kurz und knapp etwas sehr Grundlegendes aus: Alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, oder dem Kontostand, haben das gleiche Recht sich auszudrücken und gehört zu werden. Niemand mehr, niemand weniger. Hier also "mein Wort":

Mein Name ist Michael, ich bin 39 Jahre jung und komme aus Gehrden im Umland von Hannover, wo ich im Vorstand des Ortsverbandes tätig bin. Als promovierter Physiker bin ich in der angewandten Forschung an der Universität Hannover tätig. Meine Familie besteht aus meiner großartigen Frau, zwei tollen Töchtern und einem dickköpfigen Terrier. Weiterhin bin ich Fahrradpendler, Lastenrad-Daddy sowie Mitglied einer veganen SOLAWI und der kommenden Kanzlerpartei.



Geburtsdatum:
08.03.1985

Kreisverband:
Hannover

E-Mail:
steinke@gruene-gehrden.de

Der Weg der letzten Jahre glich einer teils waghalsigen Klettertour. Dazu kamen leider auch noch ein paar Hobbywanderer mit altmodischer Ausrüstung die zuvor mit dem Porsche angereist waren. Waren wir gute Mitglieder der Seilschaft? Ja, aber so was von! Deutschlandticket, Ausbau der Erneuerbaren, Klimaanpassungsgesetz, Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wir sollten also mit maximalem Selbstbewusstsein in diese Bundestagswahl gehen und in allen Wahlkreisen offensiv um beide Stimmen werben. Lasst mich darlegen, welche Schwerpunkte ich im Wahlkampf und im Bundestag vertreten möchte:

Starke Kommunen

Marode Schul- und Verwaltungsgebäude, stagnierender ÖPNV, schlechte bzw. nicht vorhandene Fahrradwege, stockende Digitalisierung, ausgedünnte medizinische Versorgung usw. Viele der Themen die mich umtreiben spielen sich an Schnittstellen kommunaler Daseinsvorsorge und „denen dort in Berlin“ ab. Dabei betreffen sie auch elementare Eckpfeiler unserer (Wunsch)Gesellschaft: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungs- und Generationengerechtigkeit, nachhaltige Selbstverwirklichung etc. Die politische Ausgestaltung vor unseren Haustüren wird maßgeblich zur grünen Transformation beitragen und Studien belegen einen Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit vor-Ort-Infrastruktur und der Tendenz demokratiefeindliche Parteien zu wählen. Ich möchte daher unter anderem auf folgende Punkte hinarbeiten:

- Wir brauchen wirksame Maßnahmen, um den kommunalen Rekord-Investitionsstau von über 180 Mrd. € abzubauen. Dazu gehören niedrigschwellige Förderprogramme, der Bürokratieabbau inklusive schnellerer Verfahren, die Forcierung der Digitalisierung sowie neue Ideen zur Finanzierung z.B. aus dem von Robert vorgeschlagenen Deutschland-Investitionsfonds. Dafür muss endlich auch die Schuldenbremse grundlegend reformiert werden.
- Im Rahmen der Mobilitätswende muss der ÖPNV ausgebaut werden. Die von uns proklamierte Mobilitätsgarantie ist ein wichtiger Schritt zu einer nachhaltigen Mobilität. Auch das Deutschland-Ticket muss langfristig und sicher finanziert werden, um z.B. öfter als Jobticket angeboten zu werden, aber darf nicht zu reduzierten Einnahmen kommunaler Anbieter führen.

- Kommunen brauchen aufgrund der prekären Finanz- und Arbeitsmarktsituation neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit, um z.B. die von uns auf den Weg gebrachten Rahmenbedingungen des Klimaanpassungsgesetzes, des neuen Straßenverkehrsgesetzes und des Wärmeplanungsgesetzes ausfüllen zu können.

Starke kommende Generationen

Wir sind kein Rohstoffland. Unser Wohlstand basiert vor Allem auf einer „made in Germany“ Industrie. Im Bereich der klimafreundlichen Technologien (Elektrifizierung bzw. Elektromobilität, PV und Windkraft, CO₂-neutrale Industrie etc.) kann Deutschland eine führende Rolle spielen - aber nur, wenn wir den kommenden Generationen die dafür notwendigen Werkzeuge mitgeben. Leider sagen uns die bekannten Bildungsstudien, dass wir das besser machen müssen. Wir müssen den kommenden Generationen endlich wieder vermitteln: Ja, wir haben gute Ideen, eure und damit unsere Zukunft positiv zu gestalten! Deshalb möchte ich unter anderem auf folgendes hinarbeiten:

- Den größten Hebel für mehr Chancengerechtigkeit gibt es im vorschulischen Bereich. Mit dem (dritten) Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz haben wir eine gute Grundlage gebildet, die ausgebaut werden muss. Insbesondere bedarf es zusätzlicher Finanzmittel und Programme (z.B. schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse) zur Verbesserung der Personalsituation, um kindgerechte Bildungsarbeit auf lange Sicht verlässlich, d.h. auch im Ganztage, zu gewährleisten.
- Die Digitalisierung ist die zweite große Transformation. Nicht nur deswegen muss sich der Bund endlich zu einer Beteiligung am Digitalpakt 2.0 bekennen. Auch der „Königsteiner Schlüsse“ bzw. die daraus resultierende Ungleichheit im Bildungssektor muss durch spezifischere „Bedarfsschlüssel“ wie wir sie fordern ersetzt werden.
- Nach der Schule kommt die Lehre, die Ausbildung oder das Studium. Dafür bedarf es bezahlbaren Wohnraums bzw. fairer Mieten. Unter anderem mit der eingebrachten Novellierung des Baugesetzbuches sind wir einen ersten Schritt gegangen. Es braucht aber noch mehr: Lücken in der Mietpreisbremse schließen und diese dauerhaft (nach 2028) verankern, Verstärkung des Programms „Junges Wohnen“ für die Schaffung von Wohnheimplätzen etc.

Ihr Lieben, ich will „mein Wort“ bis nach Berlin tragen und es dort mit eurer Unterstützung für die notwendigen Veränderungen einsetzen. Dafür benötige ich euer Vertrauen und eure Stimmen - für starke Kommunen und für starke kommende Generationen! Danke.

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

in diesen herausfordernden Zeiten möchte ich zusammen mit Euch für Zuversicht; Mut und Zusammenhalt in unserem Land werben. Als anpackende Politikerin für Umwelt, Klima (und so vieles mehr) bewerbe ich mich mit Unterstützung des ersten Frauenvotums der Region Elbe-Weser für Platz 3 auf der Landesliste für die kommende Bundestagswahl bei Euch.

Meine Arbeit in der Bundestagsfraktion als leidenschaftliche Kämpferin, begeisterte Teamplayerin und konsequente Verhandlerin möchte ich gerne für Euch fortsetzen.

Fast drei Jahre haben wir Grüne nun im Bund gestaltet - und dank Ausdauer und Hartnäckigkeit haben wir trotz streitbarer Koalition und manchem Gegenwind bündnisgrüne Projekte für die Menschen umsetzen oder auf den Weg bringen können.

Ihr habt mir in den letzten Jahren extrem großes Vertrauen geschenkt. Ihr habt mir die Chance gegeben, an so entscheidender Stelle mitwirken zu können, dass es mich jeden Tag wieder mit großer Verantwortung, Demut und auch Freude erfüllt. Und Eure Rückendeckung, Eure kritischen Fragen und die gemeinsame Ungeduld ist mir weiterhin großer Ansporn, mutig den Herausforderungen die Stirn zu bieten, eine klare Haltung zu haben, und trotzdem verlässlich und verantwortlich mit dem Gegenüber Kompromisse auszuloten.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende für alle "Öko"-Themen (u.a. für Umwelt, Energie, Klima, Verkehr, Landwirtschaft und Wohnen) arbeite ich in der Bundestagsfraktion mit vielen tollen grünen Abgeordneten sowie den zuständigen Minister*innen an Gesetzen, Förderprogrammen und neuen Konzepten. Dazu gehört (neben der Koordination dieses größten Fachbereichs in der Fraktion) auch das nächtliche Verhandeln mit den Koalitionspartnern, das Erklären der Ergebnisse gegenüber den Medien sowie natürlich der Austausch in der Partei, das neugierige Zuhören und Gespräch mit unseren Verbündeten und Wähler*innen.

Ja, Demokratie ist anstrengend, und die Prozesse in der Dreier-Koalition waren (oft unnötig) laut und mühsam, aber wer genau hinschaut, sieht, wieviel wir (trotzdem) vorangebracht haben – und entdeckt mehr grüne Politik als vielleicht vermutet: Endlich nimmt der Ausbau der Erneuerbaren Energien wieder Fahrt auf, wir haben die Weichen für klimaneutrale und bezahlbare Wärme gestellt sowie ein Energieeffizienzgesetz beschlossen. Die Koalition investiert eine Rekordsumme in die Schiene – und erstmalig fließt mehr Geld in die Bahn als in die Straße. Mit dem Deutschlandticket sind jeden Monat fast 14 Millionen Menschen unterwegs. Das spart messbar CO2 und erleichtert das Leben von uns allen im Alltag. Mit dem „Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz“ und seinen Förderprogrammen, z.B. zum klimagerechtem Waldumbau oder zu Mooren fließen Milliarden Euro in die Regionen Deutschlands, um Biodiversität zu sichern und Klimaanpassungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Das alles sind wichtige Schritte in die richtige Richtung und zugleich: wir sind noch nicht fertig, es braucht mehr und dafür will ich mich mit meiner Erfahrung einsetzen.



Geburtsdatum:

18.01.1979

Kreisverband:

Lüneburg

Themen:

Klimagerechtigkeit, Artenschutz, bezahlbares Wohnen, sichere Mobilität für alle, gutes Essen, Investitionen ermöglichen

E-Mail:

julia.verlinden@bundestag.de

Viele Menschen sorgen sich um die aktuelle politische Lage, die jedes Jahr weiter eskalierende Klima- und Biodiversitätskrise, die Kriege u.a. in der Ukraine und im Nahen Osten, die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft und den Versuch einer Diskursverschiebung nach rechts. Das politische Klima erscheint rauer, die Populist*innen lauter, die Gesellschaft genervt von mühsamen demokratischen Prozessen.

Lasst uns überall unerschrocken und mit Zuversicht in die Debatten reingehen – beim Verwandtenbesuch, im Kolleg*innen-Kreis oder in der Nachbarschaft. Es braucht unsere starke Grüne Stimme - überall.

Mit Euch möchte ich für grüne Ideen und viele Stimmen in Niedersachsen mobilisieren: Für eine Bahn, die einfach funktioniert, indem in die Schienen-Infrastruktur investiert wird (anstatt in unnötige, teure und klimaschädliche neue Autobahnen). Für Radwege, die auch Kinder sicher zur Schule bringen. Für funktionierende Ökosysteme in unseren Wäldern und Flüssen. Für klimaresiliente Städte und Ortschaften – die mit Hitze und Starkregen umgehen können. Für Investitionen in eine klimagerechte Wärmeversorgung für alle. Für eine resiliente Landwirtschaft und bäuerliche Betriebe, die von ihrer Arbeit gut leben können.

Ich will mich weiter dafür einsetzen, dass diejenigen, die den Planeten plündern, dafür zahlen müssen und zur Rechenschaft gezogen werden. Für Steuergerechtigkeit. Für bezahlbare Mieten. Für die Selbstbestimmung von Frauen.

Der Wahlkampf wird ein herausfordernder Sprint - mit Höhen und Tiefen. Es braucht dafür Entschlossenheit und ein Team: alle Grünen. Denn es geht um viel, das ist uns allen klar. Wir wollen wieder eine starke niedersächsische Landesgruppe in den Bundestag entsenden. Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten. Whatever it takes. Als Grüne haben wir in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass wir Ausdauer haben, um unsere Ziele zu erreichen. (Denkt nur einmal daran, wie lange wir für den Atomausstieg gekämpft haben! Ohne uns Grüne wären die Atomkraftwerke noch heute in Betrieb und würden strahlenden Müll produzieren.)

Und als Partei wachsen wir – ganz besonders in den letzten Wochen. Es ist großartig, dass viele im Team Grün den Populist*innen etwas entgegensetzen wollen. Gemeinsam können wir einen echten Unterschied machen. Jeden Tag zeigen, dass wir für eine enkeltaugliche Zukunft eintreten – und wie mutig wir sind. Dass wir uns gegenseitig unterstützen, selbst, wenn wir mal müde und wütend sind. Denn „wir haben nichts zu verlieren – außer unserer Angst“.

Lasst uns gemeinsam loslaufen, ich bin soweit – und freue mich auf die kommenden Wochen mit Euch.

Herzliche Grüße, Julia

Dr. Julia Verlinden, mehr zu mir/ Kontakt: www.julia-verlinden.de

- Umweltwissenschaftlerin (Uni Lüneburg), war sieben Jahre tätig im Umweltbundesamt
- Bundestagsabgeordnete für Lüchow-Dannenberg/Lüneburg & stellvertretende Fraktionsvorsitzende, auch Kommunalpolitikerin
- begeisterte Infostand- und Haustür-Wahlkämpferin
- „draußen zu Hause“-Mensch (Garten, Wald, Elbe, Holz hacken, Horizont...)
- große Schwester und 6-fache Tante
- überzeugte Bürgerenergie-, Gemüse-, Bank- und Wohn-Genossin

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir leben in einer Welt, die uns aktuell in ziemlich jeder Hinsicht herausfordert. Durch Kriege und Krisen, durch Polarisierung und Verunsicherung von ganzen Gesellschaften und durch zunehmende soziale Schieflagen. Bei all diesen Herausforderung scheint Klima-, Arten- und Naturschutz zunehmend in den Hintergrund zu rücken.

Gezielte Desinformation als Teil der hybriden Kriegsführung Putins und der Wahlsieg Donald Trumps tun da ihr übriges. Und hier in Deutschland kommt in einer solche Situation der Bruch der Regierungskoalition dazu.

Diese Zeiten verlangen von Politik Entschlossenheit und einen klaren Kompass. Eine Orientierung in die Zukunft und nicht nur in die nächsten 4 Jahre einer Legislaturperiode.

Ich selbst sehe diese Orientierung und vor allem eine Zuversicht - wie die mittlerweile über 150'000 Mitglieder - bei Bündnis 90/ Die Grünen.

In diese Partei bin ich eingetreten, um Farbe zu bekennen gegen Demokratie- und Menschenfeinde, ich habe mich in meinem Kreisverband und unserer Region engagiert, um Menschen zu gewinnen für Grüne Ideen und ich möchte jetzt in den Bundestag, weil ich nicht bereit bin angesichts der Krisen auf dieser Welt den Kopf in den Sand zu stecken, sondern will aktiv die Zukunft mitgestalten, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder eine Welt vorfinden, die lebenswert ist und bleibt.

Dazu sind aus meiner Sicht einige Punkte von zentraler Bedeutung

Der Schutz unserer Erde ist die Grundlage allen (guten) Lebens

Wir alle brauchen diesen Planeten. Wir brauchen ihn als unsere Lebensgrundlage. Weite unbewohnbare Teile auf der Welt können und dürfen wir uns nicht leisten.

Die Klimakrise bedroht uns als Menschen, aber auch unseren Wohlstand, wie uns die Wirtschaftsforschung vorrechnet, aber auch unsere Sicherheit, weshalb sich auch die NATO mit der Erderwärmung beschäftigt.

Das heißt ganz klar: Kein einziges Problem, das wir aktuell haben, wird auch nur annähernd gelöst, wenn wir in Sachen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung Abstriche machen.

Unsere Aufgabe als Grüne Fraktion wird im nächsten Bundestag deshalb sein - und da ist völlig egal, wie gut das Ergebnis am 23. Februar sein wird - genau darauf immer wieder hinzuweisen und in den eigenen Positionen sehr klar zu sein.

Wir müssen klar und deutlich kommunizieren, dass wir nicht irgendwann „wieder“ in einer Welt leben, die es ohnehin nie gab. Die Welt ist ständig im Wandel und das bedeutet Zumutungen. Es erfordert zum einen Mut das auszusprechen, zum anderen erfolgt daraus für die Politik aber auch Verantwortung, dem zu begegnen.



Geburtsdatum:
30.04.1992

Kreisverband:
Stade

Themen:
Soziale Klimapolitik, Soziale Gerechtigkeit, Bildungs- und Jugendpolitik

E-Mail:
j.fuchs@gruene-stade.de

Verantwortung vor allem den Menschen gegenüber, für die CO₂-Preis oder der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien besondere finanzielle Herausforderungen bedeutet.

Maßnahmen wie ein sozial gerechtes Klimageld, die dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets, die Einführung eines Sozialtickets und ausreichend finanzielle Förderung sind hier dringend geboten.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt erfordert Gerechtigkeit

Für mich bedeutet eine lebenswerte Zukunft aber auch eine gerechte Zukunft. Und das beginnt bei den Kleinsten in unserer Gesellschaft.

Dass wir in Sachen Chancengleichheit über 20 Jahre nach dem „PISA-Schock“ immer noch kaum Fortschritte gemacht haben, dass in einem Land wie unserem, jedes 5. Kind von Armut betroffen ist, dass wir es immer noch nicht geschafft haben, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, macht mich jeden Tag aufs Neue fassungslos!

Die Umsetzung der Kindergrundsicherung, eine Ausweitung des Startchancenprogramms und die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Dass unsere Gesellschaft in vielen Bereichen droht auseinander zu brechen, ist angesichts maroder Brücken, Schienen, Schulen, Kitas oder Jugendeinrichtungen nicht verwunderlich. Ein Festhalten an der Schuldenbremse, die längst zur Investitionsbremse geworden ist, hat absolut nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun, sondern hinterlässt den zukünftigen Generationen einen gewaltigen Berg an Problemen, die sie noch viel teurer bezahlen werden müssen.

Hier sind Reformen genauso wichtig, wie eine Reform der Erbschaftssteuer. Die Hälfte des Vermögens in Deutschland entsteht durch Erbschaften. Einkommen, das in weiten Teilen fast steuerfrei zustande kommt, während Einkommen aus Arbeit mit hohen Steuern belegt ist.

Statt Bürgergeldempfänger:innen gegen Menschen im Niedriglohnsektor auszuspielen, müssen wir dafür sorgen, dass sich Menschen mit großen Vermögen nicht aus ihrer Verantwortung für die Gesellschaft „freikaufen“ können.

Europa garantiert unsere Sicherheit

Die Europäische Idee basiert auf der Überzeugung, dass nur gemeinsames Handeln dauerhaft Frieden sichern kann. Offene Grenzen, gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Handels-, Klima-, aber auch Sozialpolitik sind hier von zentraler Bedeutung und dürfen nicht durch angstgeleitete nationalistische Interessen gefährdet werden.

Die Abgabe von Souveränität und eine konstruktive Zusammenarbeit sind die Garantie der Sicherheit in Europa. Das galt nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Grundlagen für die Europäische Union gelegt wurden und das gilt zukünftig.

Mit meiner Bewerbung mache ich ein Angebot, für all diese Schwerpunkte im Wahlkampf, in unserem Landesverband und nach Möglichkeit auch nach dem 23. Februar in Berlin zu kämpfen.

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

nachdem ich im Januar aufgrund des Mandatsverzichts von Jürgen Trittin in den Bundestag nachgerückt war, konnte ich in dem knappen Jahr als entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion erfolgreich an meine Arbeit der vorherigen Wahlperiode anknüpfen. Menschen, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, darunter auch viele ehrenamtlich, Friedensinitiativen und -organisationen und unzählige Mitbürger:innen aus der Diaspora: Sie alle eint, dass sie außergewöhnlich engagiert sind und dankbar sind für jede politische Unterstützung aus dem Bundestag.

Gerade die Entwicklungspolitik und die Friedenspolitik haben in diesem Jahr einen ziemlichen Gegenwind zu spüren bekommen – eine der vielen großen Herausforderungen unserer Zeit.

Zwar hatte jedes der letzten Jahrzehnte seine ganz eigene Krise. Doch der aggressive Imperialismus Russlands, der mitten in Europa, in der Ukraine, unendliches Leid und Zerstörung mit sich bringt und das Erstarken einer rechtsradikalen Macht in Deutschland, die unsere grundgesetzlich garantierte Freiheit und die Pluralität unserer Gesellschaft angreift, sind zwei Bedrohungen, die eine ganz besondere Qualität aufweisen. Dass obendrein in den USA Donald Trump zu einer zweiten Amtszeit gewählt wurde, macht die Sache nicht gerade einfacher.

Und so finden wir uns wieder in einer Welt, die geprägt ist von Kriegen und Krisen. Russland nutzt gezielte Desinformation als Teil einer hybriden Kriegsführung, um unsere Gesellschaft zu spalten und zu polarisieren. Und nicht nur politische Kräfte am rechten und linken Rand des politischen Spektrums mischen hierbei kräftig mit. Die Desinformationskampagne zum Gebäudeenergiegesetz, die die BILD-Zeitung unter dem Namen Habecks Heizgesetz startete, sowie FDP, CDU und CSU, die auf diese Kampagne aufsprangen, zeigen, dass auch die Mitte des politischen Spektrums nicht vor unlauteren Methoden zurückschreckt.

Sicher geglaubte Errungenschaften einer freiheitlichen Demokratie werden massiv angegriffen. Dies verunsichert Menschen. Vor allem jungen Menschen. Ich war in den letzten Wochen im Wahlkreis in vielen Schulen im Politikunterricht. Dort habe ich die Gelegenheit genutzt, die jungen Leute danach zu fragen, warum aus deren Sicht bei vielen Jugendlichen die AfD so beliebt ist. Natürlich spielten die Auftritte und Versprechungen in den sozialen Medien hierbei eine Rolle. Aber dahinter liegt etwas anderes: Das Gefühl junger Menschen, vergessen worden zu sein. Sie mussten in der Corona-Krise vieles Hergeben und haben das Gefühl, dafür nichts zurück bekommen zu haben. Stattdessen gibt es Diskussionen über die Rentenreform mit Mehrbelastung für jüngere Generationen, Diskussionen über eine Wehrpflicht oder über den Fortbestand des Deutschlandtickets.

Die Bedürfnisse der jungen Menschen gehören dringend auf die Tagesordnung. Klimaschutz, echte Beteiligungsformen, finanzielle Unterstützung bei der Ausbildung, Förderung des Ehrenamts statt Wehrpflicht. Das ist das, was wir brauchen.

Es geht am Ende darum, dass die Menschen spüren, dass wir in der Krise an ihrer Seite sind: An der Seite der vielen Menschen, die den Wandel im Privaten mitgestalten, ob mit einem Elektroauto, einer



Geburtsdatum:
27.09.1961

Kreisverband:
Hildesheim

Themen:
1. Globale Gerechtigkeit, 2.
Internationale Zusammenarbeit, 3.
Außenpolitik, 4. Friedenspolitik

Solaranlage oder durch einen bewussten, ökologischen und nachhaltigen Lebensstil. Und an der Seite der Unternehmen, die sich auf den Weg zu mehr nachhaltigem Wirtschaftens machen.

Übrigens, zu einer nachhaltigen Wirtschaft gehört auch die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in den Lieferketten. In meiner Funktion als Entwicklungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion habe ich viele Unternehmen kennen gelernt, die von sich aus zunehmend darauf achten, dass es in den Lieferketten ihrer Zulieferer sauber zugeht. Sie haben keine Probleme mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (umgangssprachlich: Lieferkettengesetz). Im Gegenteil: Sie fordern die Umsetzung des Gesetzes, damit nicht gerade sie einen Wettbewerbsnachteil denen gegenüber haben, die die Sorgfalt nicht walten lassen.

Auch wenn jedes Jahrzehnt seine eigenen Krisen hat, so zieht sich die Klimakrise mittlerweile durch mehrere Jahrzehnte. Uns Grünen wird gern der Vorwurf gemacht, dass wir glaubten, mit Klimaschutz in Deutschland die globale Klimakrise allein lösen zu können. Abgesehen davon, dass wir das nicht behaupten, ist es vor allem falsch. Die weltweite Klimakrise können wir nur gemeinsam mit Partnerländern lösen.

Gleich mehrfach hat unsere Außenministerin Annalena Baerbock jüngst im Bundestag darauf hingewiesen, dass die Klimakrise mittlerweile nicht nur die größte Sicherheitskatastrophe auf dieser Welt ist, sondern auch ein Treiber für Konflikte weltweit. Es ist im Interesse aller, auch in unserem Interesse, dass wir mit Entwicklungszusammenarbeit globale Partnerschaften ausbauen, um gemeinsam diese globalen Herausforderungen angehen zu können. Es ist ein Irrglaube, dass Gelder zur Stärkung internationaler Partnerschaften rausgeschmissenes Geld seien.

Mit Nachdruck habe ich mich daher in den wenigen Monaten, die ich seit Jahresbeginn im Bundestag sein konnte, für eine Neuorientierung der Entwicklungspolitik eingesetzt. Entwicklungszusammenarbeit ist nicht mehr nur karikativ. Sie dient auch unseren eigenen Interessen. Nur aus einer selbstbewussten Haltung heraus, ein globales Interesse an Klimaschutz und umfassender Sicherheit zu haben, bewegen wir uns auf Augenhöhe mit unseren Partnern in der Welt.

Ich möchte als euer Abgeordneter im Bundestag dazu beitragen, dass dies weiterhin gelingt.

Hierzu bitte ich um eure Unterstützung für einen aussichtsreichen Listenplatz zur Bundestagswahl 2025.

Euer Ottmar

Kurzer Lebenslauf

- Geboren am 27. September 1961 in Gobabis, Namibia, geschieden, 2 erwachsene Kinder.
- 1982/83 Studium für Bachelor of Commerce an der Universität Stellenbosch, Südafrika, (ohne Abschluss).
- 1984 bis 1988, Studium an der Universität Hannover; mit dem Abschluss Diplom-Ökonom.
- 1988 Statistik-Dozent an der University of Namibia in Windhoek.
- 1989 bis 2005 Referent und Referatsleiter im Niedersächsischen Landesamt für Statistik,
- 2005 bis 2013 Referent im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium.
- 2013 bis 2017 Mitglied des Niedersächsischen Landtags: Hochschulpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion
- 2017 bis 2021 Mitglied des Bundestages: Vorsitzender des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention und Berichterstatter für Globale Gesundheit, Wasser, Abwasser, Sanitärversorgung und für Bildung in der Entwicklungspolitik
- 2022 bis 2023 Rückkehr als Referent im Niedersächsischen Wirtschaftsministerium.
- 2023 Referatsleiter Haushalt im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium.
- Seit Januar 2024 Rückkehr in den Bundestag als Nachrücker für Jürgen Trittin: Entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion

Was Ihr noch wissen solltet

Politisch sozialisiert wurde ich im Apartheid-geprägten Namibia. Ich habe erlebt, was es bedeutet, in einem Land mit staatlich verordnetem Rassismus zu leben. Ein staatsgetragener Rassismus, wie ihn die AfD in unserem Land einführen will, ist widerlich. Das ist hochgefährlich und weckt persönlich in mir Gefühle, anhand derer ich nur erahnen kann, welche Ängste Betroffene Menschen in diesem Land vor der AfD haben müssen.

1988, während meiner Zeit als Dozent an der University of Namibia, habe ich mich aktiv an anti-Apartheidsaktivitäten beteiligt, u.a. als Gründungsmitglied der ersten linken namibischen Lehrgewerkschaft (NANTU). Da ich nicht an der Seite der südafrikanischen Armee gegen die namibische Befreiungsbewegung kämpfen wollte, habe ich 1989 den Einzugsbefehl ignoriert und bin nach Deutschland ausgewandert. Hier habe ich in Hannover in der sog. Dritten-Welt-Arbeit engagiert, u.a. in der Afrika-Initiative in Hannover und habe 1985 mit einigen Jugendlichen die "Grün-Alternative Jugend Hannover" gegründet, Vorläufer der Grünen Jugend.

Auf Landesebene habe ich bei den Grünen viele Jahre als stellvertretender Sprecher in der LAG Schule mitgewirkt und war bzw. bin noch Mitglied der LAG'en Migration & Flucht sowie Europa & Internationales.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Bundestag 2021 war ich für zwei Jahre Sprecher der BAG Frieden & Internationales sowie Mitglied im Sprecher:innenrat der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Mitgliedschaften in Vereinen und Initiativen

- Mitglied bei ver.di, beim Niedersächsischen Flüchtlingsrat, beim Niedersächsischen Netzwerk für Traumatisierte Flüchtlinge, bei Asyl e.V. (Hildesheim)
- Vorstandsmitglied bei Help e.V. (Verein zur humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit)
- Vorstandsmitglied bei Brücke der Kulturen e.V. (Hildesheim)

Social Media, E-Mail

Instagram: OWvonHoltz / LinkedIn: ottmar-von-holtz / E-Mail: vonholtz@posteo.de / Homepage:
www.vonholtz.de

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

ich habe einen Wunsch: Die Welt handelt gemeinsam und solidarisch gegen die gewaltigen Bedrohungen der Erderwärmung und des Artensterbens. Leider kennen wir die Realität: Selten war die Welt zerstrittener als heute.

Der Angriffskrieg wird auch in Europa wieder zum Mittel der Politik und demokratische Gesellschaftssysteme werden unter Druck gesetzt. Jetzt auch durch die neue US-Regierung mit Trump, Vance und Musk. Die Gegner der Freiheit leugnen den Klimawandel, verdienen an der Umweltzerstörung, vergrößern die Kluft zwischen Arm und Reich und propagieren Nationalismus und Rassismus als Heilmittel gegen gesellschaftliche Krisen. Die Gegner der Freiheit und Profiteure von Kriegen und Umweltzerstörung haben uns GRÜNE zum Hauptfeind auserkoren. Sie wollen unseren Einfluss in der deutschen und europäischen Politik reduzieren. Im Europaparlament ist ihnen das bereits gelungen.

Wir müssen bei der Wahl am 23. Februar 2025 dafür kämpfen, dass es ihnen nicht auch im Bundestag gelingt. Deshalb bewerbe ich mich als ehemalige Europaabgeordnete bei euch um einen aussichtsreichen Platz auf der Landesliste. Wer mich wählt, bekommt eine engagierte Europäerin, die lieber auf dem Lande als in der Stadt lebt.

Wir müssen das freie Europa verteidigen

In den nächsten vier Jahren wird Europapolitik nicht mehr nur ein Thema unter vielen sein. Die Regierungen, Parlamente, Institutionen und letztlich allen Menschen in der Europäischen Union stehen vor der härtesten Bewährungsprobe ihrer Geschichte. Ich will meine Erfahrung als Europaabgeordnete im Bundestag einbringen und auch bei den Wähler:innen für eine Politik der Freiheit und des friedlichen Zusammenlebens werben. Wir sollten keinen Zweifel daran lassen, dass wir lieber heute als morgen das Sterben auf den Schlachtfeldern der Ukraine in den Städten hinter der Front beenden wollen. Ebenso haben es die Menschen in Georgien verdient in Freiheit zu leben und die Bürger:innen in Syrien sehnen sich einer friedlichen Zukunft entgegen.

Die GRÜNEN sind in Deutschland auch aus der Friedensbewegung der 1970er Jahre entstanden, wir lassen uns die Definition des "Friedensbegriffs" nicht stehlen. Schon gar nicht von Parteien und Gruppierungen, die Putins aggressive Politik direkt oder indirekt unterstützen und die Bedrohung durch Russland ignorieren. Auf meine Tätigkeit als Europaabgeordnete war ich durch meine früheren Auslandsaufenthalte in England, Russland, Estland, Belarus und der Ukraine gut vorbereitet. Folglich habe ich mich im Europaparlament auf die Außen-, Sicherheits- und Erweiterungspolitik konzentriert. Mit etwas Stolz kann ich darauf verweisen, dass niemand aus meiner Fraktion mehr Plenarreden gehalten hat und ich von allen deutschen EP-Mitgliedern die meisten Berichte und Resolutionen mit verfasst habe. Es ging häufig um den Kampf gegen Desinformation, gegen Korruption, für eine



Geburtsdatum:
23.03.1970

Kreisverband:
Göttingen

Themen:
Außenpolitik, Osteuropa, EU,
Ländliche Räume und Sport

E-Mail:
cramon_green@yahoo.de

Viola von Cramon

ruslandunabhängige Energieversorgung und nicht zuletzt (leider) häufiger um die Verteidigung der Rechte von queeren Menschen in Osteuropa.

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine änderte sich auch mein Abgeordnetenleben. Meine nun mehr 11 Besuche (seit der Vollinvasion) in verschiedenen Regionen der Ukraine haben geholfen, diesen Krieg, die Haltung der Menschen und die Notwendigkeit der Unterstützung besser einschätzen zu können. Als Berichterstatterin des EP für Teile des Westbalkans war ich in der Region bei vielen Menschen geschätzt und einigen Akteuren gefürchtet. Denn wer Korruption und Machtmissbrauch thematisiert, macht sich auch „Feinde“. Meine vielfältigen Erfahrungen, die politischen Verbindungen und persönlichen Kontakte will ich für eine starke, grüne Europapolitik im Bundestag einbringen.

Wir dürfen die ländlichen Räume nicht verlieren

Rund die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland lebt im ländlichen Raum. Ich gehöre dazu. Seit 1998 wohne ich mit meiner Familie in Waake, einem Dorf im Landkreis Göttingen. Dieser Ort ist auch während meiner Tätigkeit als Abgeordnete im Europaparlament und im Bundestag mein Lebensmittelpunkt geblieben. Hier habe ich meine vier Kinder großgezogen; hier fühle ich mich heimisch und treffe regelmäßig auf Nachbar:innen und Freund:innen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Über viele familiäre, freundschaftliche und politische Kontakte sind mir die ländlichen Regionen in Niedersachsen bestens vertraut.

Wir GRÜNEN verfügen über ein gutes Programm zur Stärkung des ländlichen Raumes. Es reicht von der Nutzung der Energiewende als Wirtschaftsmotor bis zu innovativen Verkehrskonzepten. Wir stehen für ökologische Landwirtschaft und für neue Tourismusangebote. Gleichwohl haben wir GRÜNEN in der letzten Zeit an Zuspruch insbesondere in den ländlichen Teilen Deutschlands verloren.

Damit dürfen wir uns nicht abfinden. Wir können nur dann erfolgreich Politik machen, wenn wir sowohl die urbanen als auch die ländlichen Räume im Blick haben.

Meine Verwurzelung im ländlichen Raum und meine Expertise als Agrarökonomin will ich dafür einsetzen, um Menschen aus der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Tourismus wieder - oder neu - für eine klima- und umweltfreundliche Politik zu gewinnen. Auch in Zeiten der heftigen „Grünen-Kritik“ habe ich persönlich viel positives Feedback erhalten. In Duderstadt (einer CDU-Hochburg im katholisch geprägten Eichsfeld) haben mir im Jahr 2014 knapp 40 Prozent der Wähler:innen ihre Stimme gegeben. Ich bewerbe mich ausdrücklich als eine Kandidatin, die auch im ländlichen Raum für GRÜNE Stimmen gewinnen will.

Wir müssen ein Angebot an alle Wähler:innen machen

In Zeiten der Krise neigen Menschen und Institutionen zum Rückzug in die vertraute Nische. Im bevorstehenden Wahlkampf wäre dies ein großer Fehler. Die Bedrohungen für die Unternehmen gleich welcher Größe und die privaten Existenzängste von Bürger:innen müssen wir ernst nehmen.

Aller Voraussicht sind wir die einzige Partei in diesem Wahlkampf, die nicht mit den Rezepten von gestern die aktuellen Probleme lösen will.

Unser Kurs erfordert Standfestigkeit in der Argumentation, aber auch Empathie in der Kommunikation. Ich will Mehrheiten gewinnen. Ich freue mich auf einen Austausch über meine Ziele und stehe gern für Fragen zur Verfügung. Für weitere Informationen besucht meine Website, meine Auftritte in den sozialen Medien oder kontaktiert mich direkt.

Mit grünen Grüßen,

Eure Viola

www.violavoncramon.eu

Lebenslauf

1989 Abitur in Bielefeld

1997 Dipl.-Ing. agr. an Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn

1992-1996 Erasmus-Semester England, Studienaufenthalte Russland, Estland, Deutsche Beratergruppe bei der Ukrainischen Regierung Kyjiw, Schulungen mit Goethe Institut in Belarus

1998-2019 Selbstständig, Organisation verschiedener Fort- und Weiterbildungsprojekte für Personen aus Osteuropa

2006-2007 Aufenthalt in Ithaca, NY, USA

Ehrenamt

1991-2002 Gründung APOLLO e.V. (Arbeitsgemeinschaft für Projekte in Ökologie, Landwirtschaft und Landesentwicklung in Osteuropa), ehrenamtliche Tätigkeit als Regionalbetreuerin und im Vorstand

2002 Gründung Hort an der Grundschule Waake

Seit 2009 Fachbeirat Europa/Transatlantik Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Seit 2010 Kuratorium Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau, Berlin

2014-2024 Vorsitzende Sonnenberg-Kreis e.V. (Internationales Haus Sonnenberg, Oberharz)

Seit 2023 Menschenrechtsbeirat Deutscher Olympischer Sportbund e.V. (DOSB), Frankfurt

Politik

2001-2006 Samtgemeinderat Radolfshausen, Nachrücken Kreistag Göttingen

2002-2006 u.a. Kreisvorstand Göttingen, Sprecherin LAG Landwirtschaft, Ernährung, Forsten sowie Sprecherin LAG Europa & Internationales

2009-2013 Abgeordnete Deutscher Bundestag

2016-2019 Samtgemeinderat Radolfshausen

2017-2019 Sprecherin KV Göttingen

2019-2024 Abgeordnete Europaparlament

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

in diesen herausfordernden Zeiten, in denen Demokratie, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit unter Druck stehen, ist es mir ein Herzensanliegen, Verantwortung zu übernehmen. Mein Antrieb ist klar: Unsere gemeinsame Zukunft für alle Menschen gerecht und lebenswert zu gestalten – hier in Niedersachsen und weit darüber hinaus. Dafür bewerbe ich mich für Platz 2 der Landesliste.

Es ist wahrhaft viel passiert in den letzten Wochen: die Wahlerfolge von AfD und BSW bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland (bei gleichzeitig grünen Niederlagen), der Sieg von Donald Trump bei den US-Wahlen, das Ende der Ampelkoalition in Deutschland. Russland führt seinen Krieg gegen die ukrainische Zivilbevölkerung nun sogar mit aktiver Unterstützung aus Nordkorea fort. Die Klimakrise macht ebenso wenig eine Pause wie die Bedrohungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit. Die soziale Spaltung nimmt bei uns immer weiter zu. Große Industrieunternehmen wie der VW-Konzern kündigen Stellenstreichungen an. Der Präsident Südkoreas versucht einen Staatsstreich von oben. Ich glaube vielen von uns fällt es angesichts dessen und noch mehr schwer, optimistisch zu bleiben.

Aber es gibt Anlass zu Optimismus. Wir stehen alldem nicht hilflos gegenüber. Wir haben Handlungsmacht. Was geschieht, wird durch uns beeinflusst. Und das können und müssen wir nutzen. Kaum jemand hat das so eindrucksvoll gezeigt, wie die demokratische Opposition in Südkorea, die mutigen Parlamentarier*innen und die Zivilgesellschaft, die sich den Panzern und Polizeieinheiten friedlich widersetzen und dem Staatsstreich nach wenigen Stunden ein Ende setzten. Und auch wenn wir nicht wissen, wie Syriens Zukunft aussieht: Dass der brutale Diktator Assad gestürzt wurde und es zumindest eine Perspektive für einen demokratischen friedlichen Neuanfang gibt ist eine sehr gute Nachricht!

Und handlungsfähig sind wir auch an anderer Stelle. Natürlich ist die Regierung Trump eine Bedrohung. Aber sie muss für uns Anlass sein, nur noch vehementer die europäische Einigung zu stärken und auszubauen. Der Kampf gegen die Klimakrise, die soziale Spaltung und den drohenden Arbeitsplatzverlust in der Industrie sind keine isoliert voneinander stehenden Themen. Die Auswege aus diesen Krisen sind bekannt und gehen Hand in Hand. Niedersachsen ist nicht nur unser aller Zuhause, sondern auch ein Bundesland mit enormem Potenzial für die sozial-ökologische Transformation. Hier haben wir gezeigt, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien Arbeitsplätze schafft und Klimaschutz mit wirtschaftlichem Fortschritt verbinden kann. Wir können und müssen in ganz Deutschland unsere Wirtschaftsweise in jeder Hinsicht so schnell wie möglich auf eine klimaneutrale Wirtschaft umstellen. Das bedeutet gleichzeitig, dass wir unabhängig werden von Öl und Gasimporten aus autokratischen Staaten. Im Mobilitätssektor brauchen wir neben dem Ausbau der Bahn und des ÖPNV einen schnelleren Umstieg auf E-Autos und Fahrradverkehr. Der Volkswagenkonzern muss diesen Wandel aktiv, gemeinsam mit den Beschäftigten und dem Betriebsrat, gestalten, um zukunftsfähig zu sein. Im Gebäudesektor führt kein vernünftiger Weg an einem schnellen Ausbau von Wärmepumpen vorbei. Hier sind wir technologisch führend. Es liegt an uns, dass zukünftig gute Arbeitsplätze im Wärmepumpenbau in Niedersachsen und Deutschland erhalten bleiben und neu entstehen. Nicht zuletzt haben wir in



Geburtsdatum:
25.10.1982

Kreisverband:
Holzminden

Themen:
Bürger*innenrechte, Queerpolitik,
Recht, Innen, Sicherheit, soziale
Gerechtigkeit, Familie

E-Mail:
helge.limburg@bundestag.de

Niedersachsen dank der gemeinsamen Anstrengung unserer Landesregierung und der Bundesregierung mit Robert Habeck einen Rekordzuwachs an Erneuerbaren Energien. Klimaschutz ist nicht nur wichtig für unser Überleben auf diesem Planeten, er schafft auch gute Arbeitsplätze. Auch deshalb brauchen wir kein Rollback in der Energiepolitik, sondern einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren in ganz Deutschland.

Grüne Regieren!

Was in dem Durcheinander der letzten Wochen nicht untergehen darf: Wir Grüne sind erstmals seit 2005 wieder an einer Bundesregierung beteiligt und konnten viele unserer Vorhaben im Koalitionsvertrag und im Regierungshandeln verankern. Wir haben den Kohleausstieg vorgezogen und den Ausbau Erneuerbarer Energien durch Abbau bürokratischer Hürden massiv beschleunigt. Wir haben den Paragraf 219a StGB gestrichen, der Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bestrafte und eine neue Diskussion über Paragraf 218 StGB initiiert. Wir haben den Mindestlohn und das Kindergeld erhöht und das Deutschlandticket eingeführt. Wir haben durch die Einführung des Bürgergeldes Hartz-IV beendet und Einbürgerungen erleichtert. Wir haben das Wahlalter bei Europawahlen auf 16 gesenkt und das Völkerstrafgesetzbuch zur Ahndung von Menschenrechtsverbrechen modernisiert. Wir haben es geschafft von russischem Öl und Gas unabhängig zu werden. Und vieles weitere mehr.

Obwohl wir in der Koalition in wahrhaft krisenhaften Zeiten viel erreicht haben, bleiben wir in einigen Bereichen hinter den politischen Notwendigkeiten zurück. Die Klimakrise wartet nicht, bis Deutschland und die Europäische Union sich nach und nach zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft gewandelt haben. Die soziale Spaltung grenzt JETZT Menschen aus und raubt vielen Kindern ihre Chancen. Demokratie und Rechtsstaat stehen JETZT unter Druck, insbesondere durch Wahlerfolge der AfD. Die Ukraine, die für Freiheit und Selbstbestimmung ihrer Bevölkerung kämpft, kann nicht warten mit ihrer Verteidigung! Wir Grüne können selbstbewusst auf die Erfolge der Regierungsarbeit blicken, aber wir müssen deutlich machen, wo uns die bisherige Koalition gebremst hat, wo wir über die bisherigen Kompromisse hinausdenken. Es muss uns wieder gelingen, breite gesellschaftliche Bündnisse zu schließen: Mit wertkonservativen Menschen, die sich Sorgen um die Zukunft der Umwelt machen, mit progressiv denkenden Menschen, die für eine Gesellschaft eintreten, in der alle einfach nur so leben können wie sie sind und sich im ländlichen Raum nicht mehr verstecken wollen. Mit Geflüchteten, die hier Arbeit und Zuhause gefunden haben und denen die Migrationsdebatten ebenso Angst machen wie die Erfolge der AfD, mit Unternehmer*innen, die händeringend Arbeitskräfte suchen und auch Geflüchtete einstellen wollen, wenn das alles nur nicht so bürokratisch wäre. Mit Klimaaktivist*innen, denen unser Klimaschutzkurs nicht radikal genug ist, und mit dem VW-Konzern und seinen Beschäftigten, die angesichts der Transformation aktuell um ihre Jobs bangen und die wir bei wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Wegen in der Automobilindustrie unterstützen müssen.

Deshalb möchte ich erneut in den Deutschen Bundestag: Um Demokratie und Rechtsstaat, Sozialstaat und Europäische Einigung und Freiheit zu verteidigen. Um unsere Natur und unsere Umwelt zu schützen, damit wir und unsere Kinder und Enkel auf diesem Planeten noch gut leben können. Dafür bitte ich um Eure Unterstützung.

Einiges Europa!

Die Europäische Einigung ist der wahr gewordene Traum vieler Generationen auf unserem Kontinent. Von der Atlantikküste bis zum Schwarzen Meer, von Lappland bis Zypern können Menschen frei reisen, studieren und arbeiten. Sie besitzen eine gemeinsame Unionsbürgerschaft, wählen ein gemeinsames Parlament und nutzen zum Großteil dieselbe Währung. Das ist der Erfolg jahrelanger Arbeit von vielen.

Doch dieser Erfolg ist in Gefahr: Zum einen durch Wahlerfolge rechtsextremer, verfassungs- und europafeindlicher Parteien, aber auch durch kurzfristige populistische Maßnahmen, wie Grenzkontrollen, ohne Absprache mit unseren europäischen Nachbarn, durch die Bundesinnenministerin. Durch solche teuren und unwirksamen Aktionen wird das Europäische Projekt

leichtfertig gefährdet. Wir werden nicht aufhören, uns für offene Binnengrenzen und für ein Europa, dass die Menschenrechte schützt, einzusetzen.

Demokratischer Rechtsstaat!

Als rechtspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion habe ich mich für die Abschaffung des §219a StGB eingesetzt und unterstütze eine Reform des §218 StGB. Ich habe mich für eine stärkere Digitalisierung der Justiz, einen resilienten Rechtsstaat und eine Verbesserung des Völkerstrafrechts zur Ahndung von Kriegsverbrechen weltweit eingesetzt. Das sind wichtige Erfolge, aber wir müssen mehr tun: Die Umsetzung eines Demokratiefördergesetzes bleibt gerade jetzt elementar, um die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich unter härtesten Bedingungen für unsere Demokratie engagieren, endlich dauerhaft und verlässlich zu unterstützen. Wir müssen stärker als bisher gegen Hass, Hetze und Desinformation im Internet vorgehen. Wir haben es hier mit Kampagnen zu tun, die nicht nur von deutschen Rechtsextremen, sondern von autokratischen Staaten wie Russland und China mit dem Ziel betrieben werden, die Demokratie in Deutschland zu schwächen. Dem müssen wir mit harten Maßnahmen auch gegen untätige Internetplattformen entgegentreten.

Im Inland wird derweil mit der AfD eine Partei immer stärker, die in weiten Teilen offen verfassungsfeindlich ist. Massendeportationspläne, mutmaßliche Spionage für Russland und China, Verächtlichmachung politischer Gegner und von Minderheiten, Angriffe auf Medien und Justiz, das Agieren rund um die Konstituierung des Landtages in Thüringen, dies alles und viele weitere Beispiele zeigen deutlich: Die AfD hat sich längst von jeglichem demokratischen Anstand und Konsens verabschiedet. Für solche Parteien hat das Grundgesetz in Art. 21 die Möglichkeit eines Parteiverbotsverfahrens ausdrücklich vorgesehen. Und ich finde, es ist an der Zeit, dass unsere Demokratie ihre Wehrhaftigkeit zeigt: Ich habe den Gruppenantrag zur Prüfung eines AfD-Verbots unterzeichnet. Unser Ziel ist es, ihn noch in dieser Wahlperiode zur Abstimmung zu stellen. Der Kampf gegen die Demokratiefeinde der AfD muss einhergehen mit schärferen Vereinsverboten gegen ihre Vorfeldorganisationen, einer Durchsetzung des verschärften Waffenrechts und einer Förderung demokratischer Kulturprojekte und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Wir dürfen gerade die Menschen, die sich im ländlichen Raum in oftmals schwierigen Situationen für eine demokratische Gesellschaft engagieren nicht im Stich lassen.

Sozialer Zusammenhalt!

Das Sozialstaatsprinzip hat bei uns Verfassungsrang. Unsere Aufgabe ist es, dem gerecht zu werden. Jeder Mensch muss am Wohlstand teilhaben können, niemand darf abgehängt werden. Das Ausmaß an Kinderarmut ist und bleibt ein Skandal, mit dem wir uns nicht abfinden dürfen! Deshalb kämpfen wir weiter für eine Kindergrundsicherung, die Kinder und Familien aus der Armut holt und echte Teilhabe ermöglicht. Deshalb werden wir nicht aufhören, gegen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen anzukämpfen und für auskömmliche Mindestlöhne für alle. Und deshalb werden wir nicht aufhören, für eine gerechte Besteuerung großer Vermögen und Einkommen zu kämpfen. „Eigentum verpflichtet“. Dieser Satz aus dem Grundgesetz muss mit Leben gefüllt werden! Der ökologische Umbau unserer Gesellschaft wird nur gelingen, wenn er mit einer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verbunden ist die dafür sorgt, dass sich alle Menschen diesen Wandel leisten können. Niemand darf wirtschaftlich abgehängt werden. Auch dafür stehen wir Grüne.

Liebe Freund*innen,

wir haben auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden in großer Einigkeit Robert Habeck ein überwältigendes Votum für den Bundestagswahlkampf gegeben. In diesem Sinne von Gemeinschaft und Einigkeit möchte ich mit euch gemeinsam Wahlkampf in Niedersachsen machen. Gemeinsam können wir viele erreichen. Und damit viel erreichen. Ich zähle auf euch.

Herzliche Grüße, Euer Helge

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

ich bin überzeugt, dass grüne Politik die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit hat. Als Direktkandidatin im Wahlkreis Braunschweig und mit dem 2. Frauen-Votum der Regionskonferenz Weser-Aller-Harz trete ich an für sichere Arbeitsplätze und eine Verkehrswende, die ihren Namen verdient. Dabei setze ich auf das, was uns als Gesellschaft vereint und nicht auf das, was uns trennt.

MOBILITÄT, FREIHEIT UND VERANTWORTUNG

Gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe gibt es nur, wenn alle Menschen mobil sein können. Dies zu gewährleisten ist Kernaufgabe von Verkehrspolitik, denn Mobilität ist untrennbar mit individueller Freiheit verbunden.

Wir Grünen stehen jedoch nicht nur für Freiheit, sondern erkennen an, dass Freiheit auch Verantwortung bedeutet. Zum Beispiel Verantwortung für einkommensschwache Menschen, die sich kein eigenes Auto leisten können und gleichzeitig überproportional von dem Lärm und den Schadstoffemissionen des wachsenden Autoverkehrs betroffen sind. Oder die Verantwortung für Hunderttausende Arbeitsplätze, die von der notwendigen Transformation des Verkehrssektors betroffen sind.

Volkswagen, der größte Arbeitgeber unserer Region, befindet sich in einer historischen Krise. Jahrzehntlang galt in der Zusammenarbeit zwischen VW, den Beschäftigten und der Politik der Grundsatz, dass die soziale Stabilität und der wirtschaftliche Erfolg gleichberechtigte Unternehmensziele seien. Mit der Kündigung der Tarifverträge und der Androhung von Werksschließungen hat VW diesen Grundsatz aufgegeben. Dabei steht VW beispielhaft für eine Industrie, die droht, die Kosten der Transformation auf den Rücken der Beschäftigten abzuwälzen, während die Rendite der Aktionär*innen in Milliardenhöhe bleibt.

Sichere Arbeitsplätze und faire Löhne sind kein Privileg, sondern sollten der Standard sein. Die Automobilindustrie muss darin unterstützt werden, die richtigen Investitionen zu tätigen, damit die Transformation zu einem wichtigen Akteur für nachhaltige Mobilität gelingt. Unsere nationalen und europäischen Klimaziele bilden dafür den Rahmen. Dieser darf jedoch nicht zum politischen Spielball werden, denn die Industrie und die Arbeitsplätze, die an ihr hängen, brauchen Verlässlichkeit und klare Aussagen. Es bleibt dabei: ab 2035 wird es keine Zulassung für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr geben. Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie ist vollelektrisch, effizient und multimodal.

Das Rückgrat der Verkehrswende ist ein leistungsfähiger ÖPNV. Er gehört untrennbar zur öffentlichen Daseinsvorsorge und ermöglicht allen Menschen preiswerte, sichere und nachhaltige Mobilität. Dafür muss er zuverlässiger werden. Das gelingt, in dem wir allen Ländern und Kommunen Investitionen in Bus und Bahn ermöglichen, den Deutschlandtakt konsequent umsetzen, Zugangsbarrieren beseitigen und durch Streckenreaktivierungen, -sanierungen und den Neubau von Strecken die Kapazität auf der Schiene erhöhen.



Geburtsdatum:
24.07.1997

Kreisverband:
KV Braunschweig

Themen:
Verkehrspolitik, Automobilindustrie,
Wohnungspolitik

E-Mail:
lisa-marie.jalyschko@gruene-
braunschweig.de

Lisa-Marie

ZUVERSICHT GEBEN

Viele Menschen erfahren in Angesicht globaler Umbrüche eine tiefe Verunsicherung. Wenn ich sehe, wie Russland, das Herkunftsland meiner Eltern, autokratisch umgebaut wird und mit einem Angriffskrieg gegen die Ukraine versucht, seinen Herrschaftsanspruch in Osteuropa brutal durchzusetzen, dann spüre auch ich, dass eine Rückkehr zum „Normalzustand“ nicht möglich ist. Rechte und radikal-konservative Akteure versuchen, unsere Gesellschaft zu destabilisieren. Aufgabe von Politik ist es jedoch nicht, Ängste zu schüren, sondern Zuversicht zu geben.

In einer Zeit, in der eine Krise die nächste zu jagen scheint, braucht es einen politischen Kurs, der Orientierung bietet. Ein Kurs, der seinen Werten treu bleibt und auf den die Menschen sich verlassen können. Dabei gilt es, rechtspopulistischen Erzählungen nicht auf den Leim zu gehen, sondern klar bei dem zu bleiben, wofür grüne Politik seit jeher steht: Mut und Klarheit.

WARUM MIT MIR?

Das Braunschweiger Land ist mein Zuhause. Ich bin aufgewachsen in Goslar und im Landkreis Gifhorn, bei Volkswagen in Wolfsburg habe ich gelernt und gearbeitet, ich habe in Salzgitter studiert. Seit 8 Jahren mache ich grüne Verkehrs- und Planungspolitik in und für Braunschweig. Mit eurer Unterstützung will ich Niedersachsen und meine Region im Bundestag vertreten und dafür Sorge tragen, dass jede*r, ob in der Stadt auf dem Dorf, auch in Zukunft in Niedersachsen zuhause sein kann. Mit guten Arbeitsplätzen, mit einer soliden Infrastruktur und mit Zuversicht für eine bessere Zukunft.

Alles Liebe

Eure Lisa-Marie

ÜBER MICH

POLITISCH

seit 2014: Mitglied bei GRÜNE JUGEND

seit 2016: Mitglied im Rat der Stadt Braunschweig

seit 2017: Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

seit 2021: Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Braunschweig

2021/2022: Teilnahme am Empowerment-Programm des LVs Niedersachsen

PRIVAT

liert, 1 Kind (*2022)

2019: Abschluss Duales Studium der Logistik (B.A.), Volkswagen AG, Wolfsburg

2023: Abschluss Verkehrsingenieurwesen (B.Sc.), TU Braunschweig

seit 2023: Verkehrsingenieurwesen (M.Sc.), TU Braunschweig

KONTAKT

Instagram: @lisa.jalyschko

TikTok: @lisa.jalyschko

Web: jalyschko.de

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

Elektrisierend – so lassen sich die letzten Wochen für unsere Partei beschreiben: Masseneintritte, beste Winterwahlkampf-Stimmung und stetig steigende Umfragewerte für uns GRÜNE und unseren Spitzenkandidaten Robert Habeck. Währenddessen arbeiten wir im Bundestag bis zur letzten Minute daran, Mehrheiten für wichtige Gesetze zu sichern: Die Streichung des §218 aus dem Strafgesetzbuch, den Antrag zum AfD-Verbotsverfahren und die Rettung der Mietpreisbremse.

Seit über drei Jahren darf ich euch im Deutschen Bundestag vertreten – eine Aufgabe, die mich mit Stolz und Energie erfüllt. Als Sprecherin für Wohnen, Bauen, Stadtentwicklung und Kommunen habe ich das Vertrauen meiner Fraktion, die politischen Geschicke in diesen Bereichen mit der Regierung, den Ländern und innerhalb unserer Fraktion zu koordinieren. 17 verabschiedete Gesetze durfte ich erfolgreich verhandeln oder koordinieren. Dazu gehören unter anderem die Reform des Wohngeldes, Planungsrecht für Erneuerbare Energien, zwei Gebäudeenergiegesetze, die Tierhaltungsnovelle für mehr Platz, Licht und Luft sowie die Wiedereinführung der Neuen Wohngemeinnützigkeit.

Wir sorgen für bezahlbare Mieten und die Sanierung der Häuser, die wir lieben

Der Gebäudesektor ist einer der großen, bisher unzureichend gelösten Bereiche im Klimaschutz – und fällt in meinen Verantwortungsbereich. Die gute Nachricht: In den letzten drei Jahren konnten wir die Klimaschutzlücke in diesem Sektor um rund 80 Prozent schließen.

Als einzige Partei setzen wir uns gleichzeitig für die Interessen von Mieter*innen und Eigentümer*innen ein. Mit dem Faire-Mieten-Gesetz haben wir ein soziales Mietrecht entwickelt, das dort greift, wo Wohnungsmärkte und die aktuelle Gesetzgebung schlicht versagen. Denn explodierende Mieten gehören zu den größten Sorgen der Menschen in unserem Land – und wir GRÜNE wollen ihnen Sicherheit geben. Zum ersten Mal gibt es eine einkommensgestaffelte Förderung für Eigentümer*innen, die gezielt entlastet und gleichzeitig Anreize zur energetischen Sanierung schafft.

Doch wir wissen: Das allein reicht nicht aus. Um die Sanierungsquote deutlich zu erhöhen, brauchen wir gezielte Investitionen in die Sanierung und Aktivierung unseres Gebäudebestandes. Damit schaffen wir nicht nur dringend benötigten Wohnraum im Bestand, sorgen für bezahlbare Nebenkosten, sondern sichern auch den Wert der Häuser, die für viele Menschen ein zentraler Baustein ihrer Altersvorsorge ist.

Die Natur ist unsere Verbündete

Technische Lösungen im Gebäudesektor, in der Mobilität oder bei der Dekarbonisierung unserer Industrie allein reichen für den Klimaschutz nicht aus. Wir müssen unsere Wälder, Moore, Meere und Auen stärken. Ohne funktionierende Klimasenken, intakte Biodiversität und umfassenden Naturschutz zerstören wir unsere Lebensgrundlagen und werden die Klimaziele nicht erreichen.



Geburtsdatum:

06.12.1983

Kreisverband:

Wesermarsch

Themen:

Wohnen, Bauen, Landwirtschaft, Stadtentwicklung, Ländliche Räume, Erneuerbare Energien, Planungsrecht

E-Mail:

cjschroeder@gmx.de

Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz haben wir nicht nur Milliarden an Fördermitteln für Städte, ländliche Regionen, Moore, Auen, Gewässer und Wälder bereitgestellt, sondern schaffen auch klare Perspektiven für die Moorregionen in Niedersachsen. Regelmäßig stehe ich im Austausch mit den Menschen in den Moorregionen, Landwirtschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Naturschutzverbänden, der Baustoffbranche und den Kommunen um an Lösungen für unsere Moore zu arbeiten. Ein Beispiel, das zeigt, wie Innovation, nasse Landwirtschaft und Klimaschutz Hand in Hand funktionieren: Ein Gebäudebestand, der mit regionalen, nachwachsenden Rohstoffen aus dem Moor gedämmt wird – it's a match!

Ein bezahlbares Leben für die Menschen bedeutet Gerechtigkeitslücken zu schließen. Nach Jahren des Stillstands haben wir die Erneuerbaren massiv ausgebaut. Jetzt sorgen wir dafür, dass Strom und erneuerbare Wärme noch billiger werden. Neue Einnahmen aus dem Ausbau der Erneuerbaren Energien erhalten Kommunen direkt: Schwimmbäder, Skateparks oder Kulturstätten können so erhalten, saniert oder neu geschaffen werden.

Doch es bleibt ein drängendes Gerechtigkeitsproblem: Fläche ist eine endliche Ressource. Besonders ihr im ländlichen Raum spürt zunehmende Konflikte um die Nutzung der verbliebenen Flächen – sei es für Landwirtschaft, Naturschutz, Wohnraum, sinnige und viele unsinnige Infrastrukturprojekte. Deshalb setzen wir auf eine konsequente Beteiligung der Menschen vor Ort. Wir machen an jeder Stelle deutlich: Der ländliche Raum ist nicht Randgebiet, sondern ein zentraler Bestandteil unserer GRÜNEN Politik!

Finanzieren könnten wir das alles schon jetzt – durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen, gezielte Investitionen in unsere Kommunen und die Schaffung eines gerechten Steuersystems. Dazu gehören im Bereich Immobilien klar:

- Das Ende von Share Deals, bei denen Immobilienkonzerne Steuern umgehen.
- Eine Erbschaftssteuer, die besonders Vermögende gerecht besteuert: Wer ein Mietshaus in Göttingen erbt, zahlt Erbschaftssteuer, wer aber 300 Wohneinheiten erhält, tut das nicht.
- Die Abschaffung der Steuerfreiheit für Gewinne aus spekulativen Immobilienverkäufen.
- Die Beendigung der Gewerbesteuerfreiheit von vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaften im Immobilienbereich. Sie lockt stark renditegetriebene Investitionen in die Wohnungswirtschaft und treibt die Mieten.

Für ein Land, in dem Schulen nicht verfallen, Brücken nicht einstürzen und Menschen vor den Folgen des Klimawandels geschützt sind, brauchen wir jedoch mehr: Nachhaltige Investitionen, eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und eine Reform der Schuldenbremse. Denn nur so schaffen wir eine Zukunft, die sozial gerecht und ökologisch verantwortungsvoll ist.

Um die 2021 begonnen Pfade im Deutschen Bundestag weiter zu prägen bitte ich erneut um euer Vertrauen für einen sicheren Listenplatz.

Eure Christina-Johanne (CJ)

Ein paar Infos zu mir:

- Funktion im Bundestag: Ich bin Sprecherin und AG-Leiterin für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen in unserer Bundestagsfraktion sowie Mitglied im erweiterten Fraktionsvorstand.
- Ausschusstätigkeit: Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft setze ich mich für Klimaschutz, erneuerbare Energien und den Umbau der Tierhaltung ein – als Sprecherin der AG WSBK bin ich natürlich auch im Ausschuss.
- Erfahrung: Seit 2011 engagiere ich mich in der Kommunalpolitik. Bevor ich in den Bundestag gewählt wurde, habe ich als Referentin für Wohnen und Bauen in der Niedersächsischen Landtagsfraktion gearbeitet, dabei auch Elternzeitvertretungen im Bereich Landwirtschaft, Tierschutz und Kommunen übernommen, ein MdL-Büro geleitet und war zuvor längere Zeit selbstständige Einzelhandelskauffrau. 2017 habt ihr mich auf Listenplatz 7 gewählt. 2021 durfte ich auf Listenplatz 3 antreten.
- LAGen: Durch euer Wissen wird meine inhaltliche Arbeit im Bundestag bereichert. Danke an die LAGen Planen, Bauen, Wohnen; Landwirtschaft, Forst & Ländliche Räume; Energie & Atom sowie Natur, Umwelt und Verbraucherschutz.
- Grundüberzeugung: Ich bin überzeugt, dass ökologische Politik sozial ist – weil sie unsere Lebensgrundlagen schützt. Einen speziellen Fokus braucht es auf die schützenswertesten in unserem Land: Unsere Kinder.

Und sonst?

Als Heimwerkerin weiß ich, wie Sanierung praktisch funktioniert und welche bürokratischen Hürden es noch gibt, um den Gebäudebestand zu ertüchtigen. In meiner Freizeit baue ich Gemüse an, koche für meine Freunde, gehe auf Konzerte und streichle meine beiden Katzen.

Mitgliedschaften

ver.di, Klagefonds gegen die A20, NABU, Rotes Kreuz Wesermarsch, Frauen beraten - Donum Vitae Wesermarsch, Sanierungsbeirat Berne, Bürgerrundfunk Wesermarsch und Arbeitskreis Zwergbuntbarsche und noch viele mehr.

Bleibt in Kontakt!

Ich bin auf vielen sozialen Medien aktiv wie Instagram, LinkedIn, TikTok, BlueSky, Threads und X. Mehr über meine Arbeit im Bundestag und für Niedersachsen erfahrt ihr auf meiner Homepage:

www.cjschroeder.de.

Habt ihr Gedanken, Anregungen oder Fragen? Meldet euch gerne – ich freue mich, von euch zu hören!

Selbstvorstellung

Bewerbung für Platz 1 der Landesliste zur Wahl des Deutschen Bundestages 2025

Liebe Freundinnen und Freunde,
ja, wir stehen vor der vielleicht wichtigsten Wahl unserer Zeit. Unser Land hat die Chance eine in die zukunftsgerichtete Politik zu wählen oder den role back ins fossile Zeitalter. Die Herausforderungen sind enorm. Der Wahlkampf wird kein Spaziergang in Zeiten zunehmender Desinformation und der Bedrohung unserer Demokratie von innen und außen. Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen, den Menschen Zuversicht zu geben.

Ich bin Direktkandidatin für den Wahlkreis 38 Osnabrück-Land, mein zu Hause. Es ist nach wie vor ein großes Privileg für mich, unser Bundesland im Deutschen Bundestag zu vertreten. Wir sind ein Bundesland voller Stärken und Chancen. Deutschland haben wir im globalen Wettbewerb positioniert: Als Vorreiter des Klimaschutzes und mit dem Ausstieg aus der Atomenergie. Das sichert die Arbeitsplätze von morgen. Nicht nur als Volkswirtin, sondern gerade als Innenpolitikerin sage ich: das alte Wirtschaftsmodell basierend auf den Fossilen hat nicht nur ausgedient, sondern ist schon längst ein Thema der inneren Sicherheit.

In diesen Zeiten des Umbruchs politische Verantwortung zu übernehmen, ist für mich als erfahrene Politikerin weiterhin ein großer Ansporn.

„Anpacken für den Klimaschutz“ wird das Thema auch der kommenden Bundesregierung sein müssen. Das gilt vor allem für den Verkehrsbereich: Mehr Mobilität und weniger Verkehrsbelastungen für alle, mehr Lebensqualität, weniger Lärm, Dreck und Stau. Zwei Drittel aller geplanten Autobahnen sind unwirtschaftlich. Unser „Nein“ zu den Autobahnprojekten ist für mich weiterhin Auftrag und Verpflichtung zugleich. Meine Wurzeln sind in der Umweltbewegung, deshalb ist und bleibt für mich die Natur die wichtigste Verbündete: sauberes Wasser, gesunde Böden und gute Luft sind unsere Existenzgrundlage.

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich stehe als Migrationspolitikerin, aber auch persönlich mit meiner Biografie, für eine vielfältige und feministische Gesellschaft. Mein Ziel ist und bleibt eine inklusive, eine wertschätzende Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit ihren Unterschieden selbstbestimmt beteiligen und frei entfalten können.

Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes in meiner Verantwortung haben wir mehr als 20 Jahre nach der unsäglichen „Doppelpass-Kampagne“ endlich die Einbürgerung für Alle unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit ermöglicht. Dies sind Meilensteine in der Einbürgerungspolitik, die endlich den Lebensrealitäten vieler Menschen in unserem Land gerecht wird.

Und es geht in Zeiten von Kriegen und Krisen um einen starken Sozialstaat, der sich wehrhaft zeigt vor allem gegenüber Rassist*innen, Antifeminist*innen, und Terrorist*innen. Denn eines haben diese Menschen gemeinsam, sie schüren Ängste, Hass und sie spalten unsere offene Gesellschaft. Auch eine Politik auf den Rücken von Arbeitssuchenden oder Geflüchteten ist ein Konjunkturprogramm für Demokratiefeinde. Meine Antwort darauf sind Investitionen: in die Sicherung der sozialen Infrastruktur,



Geburtsdatum:
11.07.1978

Kreisverband:
Osnabrück-Land

Themen:
Migration/Flucht/Integration,
(nationale Minderheiten,
Menschenrechte, Antirassismus,
globale und soziale Gerechtigkeit

E-Mail:
Filiz.polat.mdb@bundestag.de

in gute Bildung, Pflege und eine hochwertige gesundheitliche Versorgung. Das ist das Fundament für eine resiliente Demokratie.

Das treibt mich an: Der unermüdliche Einsatz für unsere demokratische Gesellschaft. Gerechtigkeit ist dabei ein zentraler Grundsatz für mich.

Ich bitte um Eure Stimme und Euer Vertrauen als Spitzenkandidatin für den Landesverband Niedersachsen anzutreten.

Eure Filiz

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

In meiner Kindheit habe ich erlebt, was Gerechtigkeit bedeutet: Ich bin mit zwei Brüdern aufgewachsen, da weiß man früh, worauf es ankommt: Die Gummibärchen werden genau abgezählt und im Auto dürfen alle abwechselnd vorne sitzen. Doch viel entscheidender: Man erfährt auch als Kind, was ungerecht ist. Wenn die Mitschüler*innen keine Hilfe bei ihren Hausaufgaben bekommen, deren Eltern selbst keinen Schulabschluss haben, wenn diejenigen nicht mitkommen können auf Klassenfahrt, deren Mutter alleinerziehend ist. Oder auch wenn die, die auf dem Land leben, unbedingt einen Führerschein brauchen, um am Wochenende Freundinnen besuchen zu können.

Die meiste Zeit meines Lebens regierte mit Merkel als Kanzlerin ohne große Lust auf Veränderung in einer Ära des Stillstands. Doch ich bin nicht bereit, mich mit alldem abzufinden. Ich will eine gute Zukunft und echte Gerechtigkeit für die Generationen von Morgen.

Einwanderung für ein funktionierendes Land

Ich arbeite bei einem Verein für Migrationsberatung und sehe jeden Tag, was zu tun ist: Anpacken statt Panikmache. Wenn ich in der Aufnahmeeinrichtung bin, treffe ich Zahnärzte, Pflegerinnen und Handwerker. Sie alle wollen eins: arbeiten. Gleichzeitig erzählt mir eine Freundin, die in der Pflege beschäftigt ist, meine Mutter, die in einer Kita arbeitet oder der Handwerksbetrieb bei uns, der jedes Jahr junge Menschen ausbilden will: "Es fehlen Arbeitskräfte." Und wir merken den Personalmangel ja alle selbst, wenn wir monatelang auf einen Termin im Bürgeramt warten müssen oder beim Hausarzt nur den Anrufbeantworter erreichen. Wir brauchen einfache Wege in den Arbeitsmarkt, mehr Angebote für Sprachkurse und echte Bleibeperspektiven für die Menschen, die herkommen. So funktioniert unser Land dann auch noch, wenn die Boomer in Rente gehen.

Klimaschutz sichert unseren Wohlstand

Nehmen wir die Sorgen der jungen, meiner Generation vor dem Klimawandel ernst, kümmern wir uns jetzt – und zwar nicht nur um die Fachkräfte. Der Klimawandel ist die dringendste Herausforderung und größte Bedrohung für eine gute Zukunft. Und die Lösungen sind bekannt: Ein Zurück zum Verbrenner rettet weder das Klima noch die Arbeitsplätze derer, die sie bauen, sondern im Gegenteil. Effektiver Klimaschutz sichert Wohlstand, sorgt dafür, dass wir auch in Zukunft bezahlbar und klimaneutral heizen können und dass wir auch ohne Auto in den nächsten Ort kommen. Machen wir Klimaschutz so, dass alle profitieren und die kommenden Generationen ein sicheres Zuhause auf diesem Planeten haben!

Das Handwerkszeug für die Modernisierung dieses Landes haben wir: Anpacken, Investitionen in Schulen, Stromnetze, Gesundheitszentren und die Reaktivierung von Bahntrassen. Das alles kostet Geld, klar. Aber am Ende profitieren wir alle von Investitionen in eine gute Zukunft. Die Reform der Schuldenbremse ermöglicht dabei dringend notwendige Spielräume. Aber damit es wirklich gerecht zugehen kann, müssen wir starke Schultern mehr belasten.



Geburtsdatum:
24.02.1996

Kreisverband:
KV Osnabrück-Stadt

Themen:
Generationengerechtigkeit,
Feminismus, Migration

E-Mail:
wirkus@gruene-os.de

Eine wirksame Erbschaftssteuer für eine gerechte Zukunft

Echte Lösungen für eine gerechte Gesellschaft gibt es nur, wenn wir Reichtum umverteilen und dauerhaft starke Schultern mehr belasten. Wenn die reichsten 10% der Menschen für 50% des CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind und mehr als die Hälfte des Vermögens in Deutschland inzwischen vererbt wird, dann heißt die Antwort Umverteilung. Es ist genug für alle da, verteilen wir's gerecht!

Ich will, dass wir die Zukunft als Chance und nicht als Bedrohung sehen können. Unaufgeregte Migrationspolitik, effektiver Klimaschutz, gerechte Verteilung von Reichtum, ein Ende der Armut. Trauen wir uns echte Lösungen zu.

Ich bin 2019 zu den GRÜNEN gekommen, weil ich mich mit der ungerechten Gesellschaft nicht abfinden wollte – und ich bewerbe mich nun für den Bundestag, weil ich dort dafür kämpfen will, dass die gerechte Welt Realität wird: Damit die Klassenfahrt nicht im Geldbeutel der Eltern entschieden wird, wir keine Autos mehr brauchen, um Freunde im Nachbarort zu besuchen und die Arztpraxis für Oma weiterhin um die Ecke ist.

Liebe Freund*innen,

die Lage ist vielleicht nicht einfach. Wie ihr schaue ich manchmal mit Sorgen auf die aktuelle Situation oder die Zukunft. Aber ich bin nicht bereit, mich damit abzufinden. Wir sind mit einer Fortschrittskoalition gestartet, doch am Ende haben nur noch wir GRÜNEN in der Ampel für Verbesserung gesorgt. Ich bin davon überzeugt, dass es besser geht, dass wir weder die kleinen Erfolge noch die große Utopie aufgeben müssen. Genau dafür will ich mich in Berlin für euch einsetzen und bitte euch um euer Vertrauen bei dieser Wahl. Trauen wir's uns zu!

Politisches

seit 2019 Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen und der Grünen Jugend

2020-24 Beisitzerin im KV-Vorstand

seit 2024 Sprecherin im KV-Vorstand Osnabrück

bis 2024 in verschiedenen Rollen in der Grünen Jugend, unter anderem als Schatzmeisterin im Landesvorstand aktiv; dann bei #WirBleiben

Biografisches

Studium der Europäischen Studien & Politikwissenschaften

Arbeit als Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bei Exil e.V.

Mitglied bei Verdi

Hobbies: Zeit verbringen mit Freund*innen, meinem Gravelrad, Musik, Büchern & der Familien-Katze

Kontakt

Instagram: @lucathewirkus

Mail: wirkus@gruene-os.de

Website: www.gruene-os.de/wirkus

Selbstvorstellung

Bewerbung für einen Listenplatz zur Bundestagswahl 2025

Liebe Freund*innen,

2014 bin ich in die Grüne Partei eingetreten. Seitdem habe ich meine Entscheidung nie bereut, denn bei Euch habe ich ein Zuhause gefunden. Hätte ich meine Heimat nicht verlassen müssen, hätte ich ganz sicher gemeinsam mit meinen Freund*innen in Syrien eine Grüne Partei gegründet.

Als Direktkandidat des Wahlkreises 27 (Oldenburg-Ammerland) mit dem ersten offenen Votum der Region Weser-Ems und dem Votum von BuntGrün Niedersachsen bewerbe ich mich bei Euch, um einen Listenplatz. Mit großer Leidenschaft und Hingabe möchte ich mich aktiv für die grünen Interessen der Menschen in Niedersachsen einsetzen.

Ich bin 2012 nach Deutschland gekommen, um die Energiewende zu studieren. Ich habe ein Masterstudium im Bereich Erneuerbare Energien begonnen und habe anschließend in meiner Promotion untersucht, wie die Integration lokaler erneuerbarer Energien durch den Einsatz verfügbarer Flexibilitätsoptionen wie Speichersysteme in städtischen Energiesystemen optimiert werden kann. Eines der zentralen Ergebnisse meiner Doktorarbeit ist das Modell [FlexiGIS](#), das inzwischen weltweit in akademischen Kreisen genutzt und weiterentwickelt wird.

Zusätzlich habe ich zahlreiche wissenschaftliche Publikationen¹ in diesem Fachgebiet veröffentlicht. Trotz dieser Erfolge habe ich festgestellt, dass meine wissenschaftliche Arbeit nur wenig Einfluss auf die Menschen in den Städten und Kommunen hatte. Daher habe ich beschlossen, mich stärker in die Kommunalpolitik einzubringen, um direkt vor Ort Veränderungen zu bewirken.

Zu meiner Person

In meiner Funktion als Landesvorsitzender habe ich gelernt, dass gute Führung darin besteht, zentrale menschliche Eigenschaften wie Geduld, Mut, eine klare Meinung, Demut, fundiertes Wissen und die Fähigkeit zur Moderation zu vereinen. Diese Eigenschaften sind für mich unerlässlich, um eine erfolgreiche und nachhaltige Politik zu gestalten. Diese Werte leiten mein Handeln. Meine Erfahrungen haben meine Überzeugung gefestigt, dass Führung nicht nur führen bedeutet, sondern vor allem, meiner Partei zu dienen und unsere gemeinsamen Grundwerte zu schützen und zu stärken. Ein Beitrag meiner Arbeit ist es, eine friedliche Koexistenz in unserer Gesellschaft zu ermöglichen – basierend auf Respekt, Solidarität, Antirassismus und Feminismus. Diese Prinzipien prägen nicht nur meine politische Tätigkeit, sondern auch mein tägliches Leben. Dafür stehe ich, und diese Werte lebe ich.

Als grüner Kommunalpolitiker gehöre ich der stärksten Fraktion im Stadtrat Oldenburg an. Als promovierter Ingenieur bin ich seit mehr als 20 Jahren in Bereich der Energie tätig. Mich treiben nach wie vor die Neugier und Analyse, ich suche immer nach neuen Herausforderungen, innovativen Ansätzen und Lösungen.



Geburtsdatum:
17.04.1984

Kreisverband:
Oldenburg-Stadt

Themen:
Energie, Europa, MENA Region,
Vielfalt, Grüner Wasserstoff,
Kommunalpolitik

E-Mail:
alaa.alhamwi@gruene-
niedersachsen.de

Die aktuellen Krisen – allen voran der Klimawandel, Rechtsextremismus, Kriege und die fossile Energiekrise – zwingen uns zu einer offenen und ehrlichen Debatte darüber, wie wir die notwendigen Mittel mobilisieren können, um in einer zunehmend unvorhersehbaren Welt unsere Energieversorgung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherheit zu gewährleisten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Energiewende vor Ort ein echter Gamechanger ist, insbesondere in ländlichen Regionen. Mit meiner Initiative „[Grüne Energiewende vor Ort](#)“ möchte ich dazu beitragen, diesen Wandel aktiv zu gestalten. Dafür habe ich ein grünes Netzwerk aufgebaut, das Kommunalpolitikerinnen, Fachpolitikerinnen aus dem Energiebereich und weitere Stakeholder zusammenbringt. Gemeinsam tauschen wir Wissen und Erfahrungen aus, um die grüne Politik auf kommunaler Ebene voranzutreiben.

Im Rahmen meiner Energieaktion habe ich auf einer Energietour durch Niedersachsen viele Kreisverbände besucht. Dabei wurde deutlich, dass Niedersachsen eine Schlüsselrolle in der deutschen Energiewende, besonders den Nordwesten spielt. Mit ihren weitläufigen Küstengebieten und den optimalen Voraussetzungen für Windkraft – insbesondere für Offshore-Windparks – trägt Niedersachsen erheblich zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bei.

Darüber hinaus wird in Niedersachsen die Entwicklung von Solarenergie, Biomasse und innovativen Technologien wie der Wasserstoffproduktion gezielt gefördert. Dank eines gut vernetzten Ökosystems aus Forschungseinrichtungen und Unternehmen verfügt Niedersachsen über ein enormes Potenzial, den Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung weiter voranzutreiben. Niedersachsen kann somit nicht nur Vorreiter in Deutschland, sondern auch ein Vorbild für andere Regionen in Europa werden.

Ich möchte euer Bundestagskandidat werden, weil ich

- Mich als politisch denkender und arbeitender Mensch, bei der Heinrich-Böll-Stiftung politisch ausgebildet, nun voll und ganz in den Dienst dieser Gesellschaft und unserer grünen Werte stellen möchte.
- als Migrant, der seit ca. 12 Jahren in Oldenburg wohnt, einen Beitrag zur Realisierung unseres Vielfaltstatuts leisten möchte. Das Vielfaltstatut unserer Partei ist eine Errungenschaft und eine Verantwortung, die mit Leben gefüllt werden soll.
- als Politiker, kommunal Ehrenamtlicher und Familienvater für eine familienfreundliche Politikultur kämpfen will. Politik, Ehrenamt und Familie müssen besser vereinbar werden. Die hunderttausenden Ehrenamtlichen in dieser Gesellschaft sollten nicht mehr belastet, sondern mehr belohnt und wertgeschätzt werden;
- mich als Energiewissenschaftler für das Thema Energiewende und besonders für den Bereich grünen Wasserstoff einsetzen möchte.

Ich habe großes Interesse, viel Lust und Energie mich einzubringen und einen wichtigen politischen Beitrag zu leisten. Dafür setze ich mich ein. Dafür bitte ich um euer Vertrauen!

Noch ein bisschen über mich:

- Verheiratet, zwei Jungs, und Hobby-Imker
- Bachelor Maschinenbau, Aleppo Universität
- Master Erneuerbare Energien und Energieeffizienz für EU-MENA Region, Uni Kassel
- Promotion urbane Energiesysteme, Universität Oldenburg
- Kommunalpolitiker Stadtrat Oldenburg
- Landesvorsitzender der Grünen in Niedersachsen
- Wissenschaftler im Bereich Energie beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt
- Vorsitzender des Umweltausschusses
- EU-Gemeinderat
- Aufsichtsrat Technologie und Gründungszentrum Oldenburg
- Mitglied der Auswahlkommission der Heinrich-Böll-Stiftung
- Vorstandmitglied der Europa Union Oldenburg

[1https://www.researchgate.net/profile/Alaa-Alhamwi-2](https://www.researchgate.net/profile/Alaa-Alhamwi-2)

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

Der Kern der Demokratie sind die Kommunen. Hier entscheidet sich die Lebenswirklichkeit der Menschen, ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit. Und die Lebenszufriedenheit ist entscheidend, ob die Menschen für faschistische Propaganda offen sind. Das propagiert - von mir verkürzt- die Ökonomin Isabella Weber in ihrem Plädoyer für eine antifaschistische Wirtschaftspolitik (taz 9.11.24). Nur: Bund und Land statten die Gesetzesvorgaben, die die Landkreise und Städte umsetzen müssen, nicht mit genügend Geld aus. Die Landkreise und Städte häufen von Jahr zu Jahr Defizite auf. Z.B. die sozialen Ausgaben in meinem Landkreis, alles Umsetzung übergeordneter Aufgaben: von 120 Mio. € Gesamtkosten bleibt der Landkreis auf 20 Mio. € alleine sitzen. Das Geld für Guten Nahverkehr, Gute Kitas, Gute Schulen. Insbesondere die Landkreise können nicht immer von den goodwill-Förderprogrammen von Bund und Land abhängen. Immer weitere Gewerbegebiete und Flächenversiegelung als DIE Einnahmegarantie für die ländliche Kommunen kann auch nicht die Lösung angesichts der planetaren Grenzen sein. Kommunale Finanzierung muss neu und nachhaltig anders gedacht werden.

Mein zweites Thema ist die Mobilitätswende.

Grundsätzlich braucht es einen Bundesmobilitätsplan, der vom klimaneutralen Ende her denkt. Bis dahin könnte das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in seiner jetzigen Form den Schienenverkehr auch im ländlichen Raum reaktivieren, wenn die Länder mutiger Reaktivierungsprojekte anmelden würden. Die Schiene brauchen wir als Rückgrat und Knotenpunkte für Bus- und On-Demand-Verkehre sowie für Sharing-Angebote vor Ort. Und wir brauchen die Schiene für nachhaltige Reisetätigkeit. Wir können keinen nachhaltigen Tourismus an der Küste, im Weserbergland oder Harz machen, wenn Menschen nicht mit möglichst wenigen Umstiegen ihr Reiseziel erreichen können. Der Bundesmobilitätsplan muss von den Bedürfnissen der Bevölkerung her gedacht werden, auch der Bevölkerung des ländlichen Raums. Verkehrswende heißt auch hier nicht nur E-Individualverkehr und Ladesäulen, sondern auch Bus, on-demand-Verkehre und /oder gepaart mit einem Freiticket für E-Sharingangebote . Z.B. so wie in Tartu in Estland für E-Bikes. Die Menschen wollen ihr Deutschlandticket im ganzen Land nutzen können, das zeigt das aktuelle Mobilitätsbarometer von der Allianz-pro-Schiene. V.a. Jugendliche brauchen eine Taktung bis abends und auch an schulfreien Tagen, auch um in Städten Kulturangebote nutzen zu können.

Der Ländliche Raum muss im Verkehrsausschuss stark, erfahren und qualifiziert vertreten sein.

Ich bitte um euer Vertauen, um auf der Grünen Landesliste Niedersachsen für den nächsten Bundestag kandidieren zu dürfen.

Ulli Maus

Meine politischen Erfolge nur als Schlaglichter:



Geburtsdatum:
19.04.1961

Kreisverband:
Wittmund

Themen:
Mobilität, Gutes Leben im
Ländlichen Raum,
Nachteilsausgleich Energiewende

E-Mail:
ulli.maus@t-online.de

*nach langem CDU geführtem GroKo Stillstand im LK Wittmund habe ich zwei Mehrheitsgruppen „rot-grün-plus“ erfolgreich mit-initiiert und verhandelt, die beide viel Gutes umgesetzt haben und weiterhin umsetzen (Klimacheck, Energiewende, Geothermie- und Solarkataster, Wärmeplanungskonzept, infrastrukturelle Schulbegleitung, Beschluss für eine Gewaltberatungsstelle v.a.m.)!

*vor 12 Jahren haben wir Grüne aus dem KV Wittmund heraus die Grüne Mobilitätskonferenz Ostfriesland ins Leben gerufen. Das Ergebnis: Die VEJ wird 2026 zum Mobilitätsverbund, 5 von 7 Aufgabenträgern sind auf gemeinwirtschaftliche Verkehre umgestiegen. Im LK Wittmund geht 2026 das erste Linienbündel als gemeinwirtschaftlicher Verkehr live: zuverlässige, getaktete Busverkehre von morgens bis abends an 365 Tagen im Jahr mit transparenten Preisen, modernen Linienbussen und komfortablen, barrierefreien Haltestellen werden Wirklichkeit.

Was habe ich politisch bisher gemacht?

Politisiert bin ich schon seit der Schulzeit: Anti-Apartheid, Antifaschismus, Atomkraft Nein Danke. Und parallel zum Studium in Münster und Bonn: Frauenpolitik und Hochschulpolitik

Seit 2003 bin ich Grüne, eingetreten kurz nach der Bundestagswahl 2002.

Von 2009-2016 war ich KV-Sprecherin (KV Wittmund).

Seit 2011 bin ich Ratsmitglied im Samtgemeinderat Esens, da bin ich Fraktionssprecherin gewesen von 2016 – 2021.

Seit 2016 im Gemeinderat Moorweg.

seit 2016 im Kreistag WTM, Fraktionssprecherin seit 2021.

2016 wurde ich für den LK Wittmund gewählt in die Gesellschafterversammlung Verkehrsverbund Ems-Jade, in die Gesellschafterversammlung EWE-Verband (bis heute), als Beirätin der KVHS Friesland-Wittmund (2016 - 2021), und delegiert zum Masterplan Weser-Ems (Bereich Mobilität).

Seit 2023 bin ich für die Gemeinde Moorweg in der Energiegesellschaft Samtgemeinde Esens.

So gut und wichtig die parlamentarische Arbeit ist, mindestens so wichtig finde ich Aktionen. Deshalb meine Mitarbeit in der Bürger:inneninitiative „Bahn free vör'd Küstenbahn“ (BI für die Reaktivierung der Bahnstecke Norden - Esens) und im Bürger*innenforum gegen Rechtsextremismus.

Und persönlich?

Seit 35 Jahren lebe ich zusammen mit meinem Mann, 3 Pferden und Stallkatzen auf einem Resthof in Moorweg in Ostfriesland. Ich bin Psychologische Psychotherapeutin (Dipl.-Psych.) mit einer Praxis in Esens. Als Langstreckenschwimmerin und Reiterin halte ich mich fit.

Ulli Maus

Geburtsdatum: 19.04.1961

Kreisverband: Wittmund

Themen:

- 23. Mobilitätswende
- 23. Ländlicher Raum
- 23. Frauenpolitik
- 23. Naturschutz
- 23. Antifaschismus
- 23. Vielfalt
- 23. Kommunalfinanzen
- 23. Schule und Inklusion

E-Mail:

ulli.maus@t-online.de

Instagram:[ullimaus.wk26](https://www.instagram.com/ullimaus.wk26)

BTW18 Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2025 Sven Frings-Michalek

Antragsteller*in: Sven Marcell Frings-Michalek (KV Schaumburg)

Tagesordnungspunkt: 2.2. Wahl der Listenplätze

Selbstvorstellung

MEINE BEWERBUNG FÜR EINEN LISTENPLATZ AUF DER LDK AM 14.12.2024

Die aktuelle politische Lage und auch der Punkt, an dem unsere Partei zurzeit steht, haben mich, nach gründlichen Abwägungen, dazu gebracht für den Bundestag zu kandidieren. Gemeinsam mit Euch möchte ich jetzt dafür sorgen, dass ich mit einem guten Listenplatz meine Themen und die drängenden Fragen unseres Bundeslandes und meines Wahlkreises im deutschen Bundestag bearbeiten kann.

Mein Name ist Sven Frings-Michalek und ich lebe in Bückeburg. Ich habe das Votum der Kreisverbände Nienburg und Schaumburg als Direktkandidat des Wahlkreises 40 Nienburg II-Schaumburg.

Mit aktuell 47 Jahren lebe ich mit meiner Frau jetzt schon seit 7 Jahren in einer modernen und bunten Patchworkfamilie.

Aufgewachsen bin ich in Koblenz und wurde von meiner alleinerziehenden Mutter, sowie meiner älteren Schwester aufgezogen. Leider sind beide viel zu früh verstorben, meine Mutter, als ich mich im Teenager-Alter befand. Somit musste ich schnell lernen, auf eigenen Beinen zu stehen. Ich genoss eine Erziehung, in der die Gleichberechtigung der Geschlechter großgeschrieben und Zusammenhalt gelebt wurde.

Was treibt mich an?

Der Partei Bündnis 90/ Die Grünen bin ich beigetreten, da mir der Kampf gegen den Klimawandel und der Erhalt einer gesunden Demokratie am Herzen liegen. Gerade der aktuelle politische Rechtsruck treibt mich an, aktiv für eine bunte, gleichberechtigte und demokratische Politik einzustehen. Zum Beispiel war es mir eine Herzensangelegenheit im Europawahlkampf 2024 die Grünen in Schwerin zu unterstützen, da es mir wichtig ist, solidarisch unsere Grünen Themen zu verbreiten.

Durch meine Zeit bei der Bundeswehr und den Erfahrungen eines Auslandseinsatzes auf dem Balkan zum Schutz der OSZE-Beobachter wurde mir bewusst, was es bedeutet, wenn ein Staat scheitert, und die Bürger*innen alles verlieren. Ich habe Kampfhandlungen in vielen Fassetten erleben müssen und weiß, wie sich Krieg anfühlt. Diesen Blickwinkel habe ich nie verloren und der Erhalt von Frieden ist eines meiner größten Anliegen. Ich stehe für die Unterstützung der Ukraine mit allen Mitteln die nötig sind, um den Aggressor Russland im Rahmen des Völkerrechts in seine Schranken zu weisen. Ich unterstütze das Verteidigungsrecht Israels im Nahen Osten, auch wenn ich die humanitäre Katastrophe in Gaza und der Region schwer verurteile. Selbstverständlich müssen in Kriegen und Konflikten Friedensverhandlungen an erster Stelle stehen. Hierfür müssen Grundvoraussetzungen geschaffen werden. Ein diktiert Frieden ist kein echter Frieden und nie von langer Dauer.



Geburtsdatum:
17.03.1977

Kreisverband:
KV Schaumburg

Themen:
Mehr Klima- und Artenschutz, mehr Investitionen in natürlichen Klimaschutz, mehr Investitionen in erneuerbare Energien, mehr Investitionen in unsere Verteidigung, Gestärkte Frauen für eine starke Gesellschaft

E-Mail:
svenfm@gruene-schaumburg.de

Ich habe durch diese Erfahrungen früh verstanden, weshalb Menschen ihr Land verlassen müssen und welche Strapazen sie auf sich nehmen um in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben zu können. Mir ist eine Asylpolitik wichtig, in der der Mensch im Vordergrund steht. Der Gedanke, dass jeden Tag Menschen im Mittelmehr ertrinken, um nach Europa zu gelangen treibt mich an, Lösungen für diese Unmenschlichkeiten zu finden. Es ist mir völlig unverständlich, wie Retter von ertrinkenden Geflüchteten kriminalisiert werden, wie Schlauchboot abgedrängt werden oder welche Zustände in Flüchtlingslagern herrschen.

Durch meine Ausbildung zum Forstwirt, und später zum Forstdiplomingenieur (FH), sind klimatische und naturschutzfachliche Zusammenhänge meine berufliche Basis. Dieses Wissen teile ich heute im Rahmen des Bundeslehrteam für Naturschutz des Deutschen Alpenvereins in deren Trainerausbildungen. Mein Ziel ist es Menschen für naturschutzfachliche Belange zu sensibilisieren und zu gewinnen. Durch meine Nebentätigkeit als Bergsteiger, Klettertrainer, Kajak- und Skilehrer werden mir die klimatischen Auswirkungen in den Alpen immer wieder deutlich vor Augen geführt.

Das Wissen, das ich durch meine Tätigkeiten in diesem Bereich immer wieder erweitere, möchte ich auch politisch einsetzen.

Privat versuchen meine Familie und ich unseren CO₂-Fußabdruck so klein wie möglich zu halten, um unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen (erhalten). Die Energiewende haben wir in unserem Altbau mit Sanierungen, Wärmepumpe und PV schon umsetzen können. Ebenso bin ich begeisterter E-Mobilist und Bahnfahrer und wir versuchen durch eine pflanzliche, regionale Ernährung unseren Fußabdruck noch weiter zu minimieren. Diese Erfahrungen möchte ich den Menschen näherbringen und ihnen so Lust auf den Wandel machen.

Die Tätigkeit als Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen im Bereich Sport gab mir viele Einblicke in unser Bildungssystem und in das Berufsbild unserer Lehrkräfte. Ich vertrete die Meinung, das Kurzzeitfächer wie Musik, Erdkunde, Kunst und Sport für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unerlässlich sind, und für die körperliche- und geistige Balance einen wichtigen Beitrag leisten.

In der IG Klettern Niedersachsen, die mit Blick auf Naturschutz und Sport für den Erhalt der Kletterfelsen in Niedersachsen steht, bin ich Mitglied und stärke damit einen guten Austausch zwischen Naturschutz und Nutzung des Naturraums.

Im OV-Bückeberg und im KV-Schaumburg engagiere ich mich lokal in unserer Parteiarbeit. Aktuell mit Fokus auf verkehrspolitische Themen. Zum Beispiel habe ich dieses Jahr ein Bürgerbegehren für eine Zone 30 in Bückeberg initiiert. Ebenso habe ich kürzlich Kontakt zur örtlichen Islamischen Gemeinde aufgenommen, um diese mehr in unser Stadtgeschehen einzubinden.

In der Steuerungsgruppe Fair-Trade-Town Bückeberg unterstütze ich die Stadt das Fair-City Label zu erlangen.

Die hier beschriebenen Themen sind mir wichtig und ich bin froh, dass ich diese in der Partei DNA unserer Partei Bündnis 90/ Die Grünen wiederfinde.

Dies ist meine Motivation, mich für einen Listenplatz auf der LDK am 14.12.24 in Hannover zu bewerben. Von unserem Regionalverband Weser-Aller-Harz habe ich das Votum für den 3. offenen Platz erhalten.

Ich würde mich freuen, Eure Stimmen für einen Listenplatz im mittleren 10er Bereich zu bekommen.

Es grüßt aus Bückeberg

Euer Sven

LEBENSLAUF

SVEN FRINGS- MICHALEK

ALLGEMEIN

Geboren 17.03.1977 in Wiesbaden

Verheiratet; 3 Kinder (Finn, geboren 2005, Pepe, geboren 2007, Anne geboren 2007)

Telefon 0171 1788907

Mail : svenfm@gruene-schaumburg.de

Instagram: sven_frings_michalek

Web: www.frings-michalek.de

BERUFSERFAHRUNG

BETRIEBSLEITER BETA BOULDERHALLE HANNOVER NOV 2021 - HEUTE

Aufgabenbereiche:

Koordination, Überprüfung und Verbesserung aller Arbeitsabläufe

Personalführung und -verwaltung

Koordination Einkauf

Marketing und Kundenpflege

Finanzverantwortung

Eventplanung

VERTRIEB NORD/WEST EDELRID & RED CHILI JULI 2019 – NOV 2021

Aufgabenbereiche:

Kundenpflege -verwaltung

Selbstständige Planung der Verkäufe und Zielvorgaben

Selbstständige Planung und Durchführung von Eventveranstaltungen

Entwicklung von neuen Produkten

BETRIEBSLEITER ROXX-KLETTERZENTRUM – 2006 - JULI 2019

Aufgabenbereiche:

Betriebliche Steuerung

Personalleitung und -verwaltung

Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden im Bereich Sportklettern und Routenbau

Sicherheitsmanagement

Organisation sowie Konzeption des Kurs- und Ausbildungsbereiches

Koordination und Ausbildung des Routenbauteams

Routenbau

Organisation und Planungen von Wettkämpfen und Veranstaltungen

Organisation des Empfangs- und Bistrobereiches

Materialeinkauf und Logistik

LEHRAUFTRÄGE AN DER GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT – 2006 - JULI 2019

Lehre und Ausbildung für das Institut für Sportwissenschaften der Georg-August-Universität, sowie der Zentralen Einrichtung Hochschulsport in den Bereichen Sportklettern, Wildwasser und Schneesport.

AUSBILDER IM LEHRTEAM KLETTERN IM SCHULSPORT NIEDERSACHEN - 2006 - HEUTE

Ausbildung von Lehrkräften im Bereich Klettern im Schulsport

AUSBILDER IM BUNDESLEHRTEAM NATURSCHUTZ DES DAV – 2009 - HEUTE

Lehrauftrag im Bundeslehrteam des Deutschen Alpenvereins im Bereich Naturschutz in den Trainer:innenausbildungen Sportklettern und Schneesport. Der Deutsche Alpenverein ist der größte Fachverband für Bergsport und gleichzeitig größter Naturschutzverein. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt hier in der Schaffung des Verständnisses naturschutzfachlicher Inhalte, sowie der Bildung von Multiplikatoren im Bergsport.

INHABER ONSIGHT-KLETTERSCHULE – 2008 - 2012

Durch den Ausbau des RoXx-Kletterzentrums und das Aufstocken des dortigen Vertrages wurde der Betrieb der Onsight-Kletterschule eingestellt.

HONORARKRAFT IN DER M3 TEAM AG – 2008 - 2018

Langjährige Honoratätigkeit im Bereich der Personalentwicklung, Coaching und Changemanagement. Die schwerpunktmäßige Tätigkeit lag hier in der Personalentwicklung. Kunden waren Volkswagen und mittelständige Unternehmen.

HAWK-GÖTTINGEN – DIPL. FORSTINGENIEUR (FH) - ABSCHLUSS 2005

Abschlussnote: 2,1.

Diplomthema: Pilotstudie zur Erprobung einer Traktionshilfe an einem Forwarder im Steilhang. Wurde 2006 umgesetzt und die entwickelte Maschine gebaut.

FORSTAMT IDAR-OBERSTEIN – STAATLICH GEPRÜFTER FORSTWIRT - ABSCHLUSS 2001

BUNDESWEHR 1997 - 1999

Gebirgsjägerbat. 233 in Mittenwald

1 Auslandseinsatz.

SCHULABSCHLUSS

ABITUR AM HILDA-GYMNASIUM KOBLENZ 1997

EHRENÄMTER

MITGLIED BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN SEIT 2019

MITGLIED DER IG KLETTERN NIEDERSACHEN SEIT 2002

MITGLIED DER STEUERUNGSGRUPPE FAIR-TRADE-TOWN BÜCKEBURG

WEITERE KENNTNISSE

IHK - ZULASSUNG ZUM BETRIEBLICHEN AUSBILDER

SKILEHRER

KLETTERTRAINER

KAJAKLEHRER - TRAINER C WILDWASSER

SACHKUNDIGER FÜR PSA GEGEN ABSTURZ MIT ZQ PSA SPORT

JAGDSCHEIN

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

„Die Scham muss die Seite wechseln“, sagt die mutige Gisèle Pelicot, die in Frankreich öffentlich in einem historischen Gerichtsprozess aussagt, damit alle Welt hinschaut. Die Scham für sexualisierte Gewalt gehört nicht auf die Seite der Opfer, sie gehört auf die Seite der Täter.

Das Bundeslagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2023“ des Bundeskriminalamtes ist alarmierend: Die Zahl der politisch motivierten frauenfeindlichen Straftaten stieg im Jahr 2023 um mehr als 50% an. Frauen sollen gezielt aus dem politischen Diskurs gedrängt werden - und wenn man die Aussage eines CDU-Politikers ernst nimmt, besser direkt das Wahlrecht entzogen bekommen. Rechtsextreme Straftaten haben seit ihrer Erfassung 2023 ein neues Rekordhoch erreicht. Was mit Hassparolen in sozialen Netzwerken begann, prägt heute die Realität von Angriffen, Einschüchterungen und Terror gegen all jene, die für eine offene und demokratische Gesellschaft stehen. Vor allem FINTA* Personen. Ob durch Anschläge auf Wahlkreisbüros, Angriffe auf Angehörige von Minderheiten oder Gewalt gegen Geflüchtete.

Und mitten in dieser Lage hat uns die Verantwortungslosigkeit der FDP mit Lichtgeschwindigkeit in den Wahlkampfmodus gebracht.

Politik muss aber auf die Krisen der Zeit eine Antwort geben: Indem sie Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, den Schutz von Minderheiten ernst nimmt, tatsächlich Verantwortung übernimmt und sich nicht von populistischen Forderungen treiben lässt.

Und unser Hauptinstrumente als Partei, um eine gerechtere Welt zu schaffen, sind Gesetze. Ich habe als Juristin den nüchternen Umgang mit Gesetzestexten gelernt. Aber ich habe mir immer bewahrt, die menschlichen Konsequenzen in den Vordergrund zu stellen. Gemeinsam will ich mit euch dafür streiten, das Leben für alle Menschen besser zu machen:

- Fast jeden Tag versucht in Deutschland ein Mann eine Frau zu töten. Der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt mache ich zur politischen Priorität. Wir brauchen endlich genug Schutzunterkünfte, Anlaufstellen für Betroffene und eine zügige Umsetzung der EU-Gewaltschutzrichtlinie.
- Too big to jail? Wirtschaftskriminalität verursacht allein in Deutschland jährlich einen Schaden von mehr als zwei Milliarden Euro. Wir müssen unser Strafrecht ins 21. Jahrhundert transformieren und Wirtschaftskriminalität endlich entschieden bekämpfen, unsere Strafverfolgungsbehörden stärken und das Strafgesetzbuch reformieren. Gleichzeitig müssen Bagatelldelikte aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden - niemand sollte ins Gefängnis müssen, weil das Geld nicht für eine Fahrkarte reicht.
- Unsere Gesetze müssen diejenigen besonders schützen, die von Ungleichheit am stärksten betroffen sind: Dazu müssen wir Betroffenen von Rassismus, Ableismus und Sexismus endlich Instrumente in die



Geburtsdatum:
10.12.1992

Kreisverband:
Verden

Themen:
Feministische Rechtspolitik,
Antidiskriminierung und Strafrecht

E-Mail:
lena.gumnior@gruene-kv-verden.de

Hand geben, mit denen sie sich gegen Diskriminierung besser wehren können. Deshalb setze ich mich für ein Bundesantidiskriminierungsgesetz ein.

● Wir Grüne wissen es schon lange, aber das Hochwasser in Lilienthal und Verden hat noch einmal gezeigt, dass unser Land krisenfester werden muss. Wir müssen den Katastrophenschutz stärken. Das Klimaanpassungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zugleich dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, was die Ursache ist: Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, braucht es mehr als nur Risikovorsorge.

Als promovierte Strafrechtlerin und Anwältin und setze mich derzeit noch außerparlamentarisch für eine feministische Rechtspolitik ein.

Ich kenne die politischen Debatten als frauen- und genderpolitische Sprecherin der Grünen in Niedersachsen, als Co-Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Flucht und Migration und Teil des Koordinierungskreises der Regionalkonferenz Elbe-Weser, sowohl auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.

Aber auch als Mitglied der Strafrechtskommission des Deutschen Juristinnenbundes weiß ich aus eigener Erfahrung, wie wichtig es ist gehört zu werden - gerade als Organisation, die sich gezielt für die Rechte von marginalisierten Gruppen einsetzt. Es macht einen Unterschied, wer mit am Tisch sitzt. Und ich will im kommenden Bundestag für eine gerechtere und solidarischere Welt und für eine feministische Rechtspolitik mitentscheiden.

Die Zeit ist eine andere als 2021. Der Gegenwind der uns als Grüne entgegenschlägt ist so viel stärker geworden. Das wird uns aber niemals dazu bewegen unsere Grundüberzeugungen über Board zu werden. Wir sind die Partei der Menschenrechte.

Vielleicht war es nie so wichtig wie heute, gemeinsam für unsere Demokratie einzustehen.

Eure Lena

Direktkandidatin im Wahlkreis 34 Osterholz - Verden

Votenträgerin der LAG Demokratie und Recht

Votenträgerin 2. quotiertes Votum der Regionalkonferenz Weser-Elbe

Instagram: @lena_gumnior

Mail: lena.gumnior@gruene-kv-verden.de

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin Danny Prieske und trete bei der anstehenden Bundestagswahl als Direktkandidat im Wahlkreis Gifhorn-Peine an. Nun werbe ich um einen Platz auf der Landesliste und um Euer Vertrauen.

Ich bin 27 Jahre alt, Diplom-Jurist und geboren, aufgewachsen und wohnhaft im Landkreis Peine. Derzeit schreibe ich an meiner Doktorarbeit zum europäischen Klimaschutzrecht und Grund- und Menschenrechtsschutz. Daneben arbeite ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einer Rechtsanwaltskanzlei und im Rahmen eines Projekts an der Uni Hannover.

Weil ich in einem Land mit einer funktionierenden Wirtschaft leben möchte, in dem es gerecht zugeht und das dabei seine natürlichen Lebensgrundlagen schützt, engagiere ich mich seit 2018 bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreisverband Peine. Hier habe ich mich bisher unter anderem im Kreisvorstand eingebracht. Und jetzt möchte ich mich für diese Anliegen im Deutschen Bundestag einsetzen.

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammendenken.

Als Mitglied des Bundestages möchte ich daran mitwirken, dass die Modernisierung der Wirtschaft gelingt und die Politik die Rahmenbedingungen dafür setzt, dass dies sozial gerecht erfolgt. Um unsere Gesundheit, unseren Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu fördern, müssen unsere natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden. Für mich schließt sich das nicht aus, sondern ist zusammen zu denken.

Ich bin überzeugter Europäer. Ich halte es für wichtig, dass wir als Gesellschaft die Bedeutung der Europäischen Union als beispielloses Friedensprojekt wieder stärker in den Vordergrund rücken. Dass wir mit der EU außerdem einen starken Staatenverbund haben, der Bemühungen des Klimaschutzes koordinieren und fördern kann, sollten wir unbedingt weiterhin nutzen. Versuche, gemachte Fortschritte auf EU-Ebene rückabzuwickeln, dürfen deshalb nicht gelingen.

Für ein klimafreundliches und lebenswertes Land.

Die Modernisierung des Landes kann für uns alle eine Bereicherung sein. Ich will mich dafür einsetzen, dass die Belange des ländlichen Raumes dabei nicht aus dem Blick geraten und der Wandel sozial gerecht gestaltet wird.

Vom Ausbau erneuerbarer Energien profitieren viele Menschen ganz direkt. Für ländliche Räume ist die Tötigung dringend nötiger Investitionen in ÖPNV und Radwegeausbau ein unmittelbarer Gewinn. Perspektivisch führt auf dem Land dennoch kein Weg am Auto vorbei. Deshalb muss der Umstieg auf die E-Mobilität gerade auch für Menschen mit kleinerem Budget mit gezielter Förderung erschwinglich gemacht werden. Wo besondere Belastungen auf sie zukommen, wie etwa beim Austausch der Heizung, bedürfen gerade Menschen mit wenig Geld kräftiger Unterstützung.

Zu sozialem Ausgleich im Wandel trägt zudem die Einführung des Klimageldes bei, das in der nächsten Legislaturperiode endlich kommen muss. Ich setze mich außerdem für eine Steuerreform ein, die es



Geburtsdatum:
30.08.1997

Kreisverband:
Peine

E-Mail:
danny.prieske@gruene-peine.de

ermöglicht, Menschen mit geringem Einkommen zu entlasten und so das Land ein Stück gerechter zu machen.

Für Chancengerechtigkeit. Und Arbeit, von der alle Menschen gut leben können.

Ich möchte, dass in unserem Land wieder mehr sozialer Zusammenhalt herrscht.

Das fängt bei gleichwertigen Bildungsmöglichkeiten an. Ich bin der erste in meiner Familie mit Abitur und Hochschulabschluss und habe deshalb eine Vorstellung davon, wie unterschiedlich die Hürden sind, die Menschen auf ihrem Weg zu überwinden haben. Bildung und Wohlstand dürfen nicht vom Geldbeutel oder Bildungsstand der Eltern abhängen. Hier haben wir noch einen weiten Weg zu gehen und müssen insbesondere mehr in Kitas, Schulen, Berufsschulen, Universitäten und eine bessere Ausbildungsförderung für junge Menschen mit wenig Geld investieren.

Arbeitende Menschen haben unabhängig vom Berufsbild oder formalen Bildungsabschluss gute Löhne und Anerkennung verdient. Ich setze mich deshalb insbesondere für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes und für eine Stärkung der Tarifbindung ein.

Schulden bremsen. Nicht das Land.

Wir müssen zukunftsfähige Industriearbeitsplätze in Deutschland sichern. Sie tragen zu einem guten Lebensstandard vieler Menschen bei, die etwa in der Stahl- oder Automobilindustrie beschäftigt sind. Auch kleinere Unternehmen sind oftmals besonders von Strukturproblemen betroffen und dürfen nicht aus dem Blick verloren werden. In unseren turbulenten Zeiten setze ich mich für eine Wirtschaftspolitik ein, die anpackt, statt auszusetzen, und die das gibt, was Unternehmen berechtigterweise fordern: Investitionen, Planungssicherheit, Entlastung von Bürokratie und hohen Energiekosten sowie eine Politik, die zur Behebung des Arbeitskräftemangels beiträgt.

Investitionen in unsere Infrastruktur und Wirtschaft, handlungsfähige Kommunen und gute Bildung sind dringend notwendig. Für mich steht dabei fest: Sie dürfen nicht gegen funktionierende Pflege, ein verlässliches Gesundheitssystem, sichere Renten oder einen Sozialstaat, der diesen Namen verdient, ausgespielt werden. Deshalb mache ich mich für eine Reform der Schuldenbremse stark.

Dafür werbe ich um Eure Stimme

Als junger Mensch mit klaren politischen Vorstellungen, der mit beiden Beinen im Leben steht und lokal fest verwurzelt ist, möchte ich meinen Beitrag leisten, das Leben in unserem Land ein Stück weit zu verbessern. Ich möchte mich für unsere Themen und Überzeugungen auch im Bundestag starkmachen und würde mich deshalb sehr über Eure Unterstützung freuen!

Euer

Danny

Selbstvorstellung

Bewerbung für Platz 6 der Landesliste

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Gesellschaft, in der wir leben, ist verdammt ungerecht: Gerade einmal fünf Familien besitzen mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Vermögen und Einkommen sind in Deutschland ungleich verteilt – und damit Chancen auf ein würdevolles, gutes und gerechtes Leben.

Die soziale Ungleichheit und Ausbeutung ist der Nährboden der Rechten und die Klimakrise wird diese ungerechten Verhältnisse nur weiter zementieren. Ich will diese Verhältnisse ändern - hin zu einer gerechten Gesellschaft. Lasst uns gemeinsam den vielen Krisen mit Mut und Zuversicht entgegen treten. Dafür will ich mich als Sozialpolitiker im Bundestag einsetzen!

Für bezahlbare Mieten!

Geboren wurde ich in der Grafschaft Bentheim. Aufgewachsen in der Wesermarsch. Abitur in Delmenhorst. Und seit zehn Jahren lebe ich in Hannover. Hier kandidiere ich im Wahlkreis Hannover Stadt I. Ich kenne Niedersachsen - und erlebe, wie überall die Mieten explodieren.

In den letzten Wochen war ich wieder einmal auf der Suche nach einem WG-Zimmer. Wie Millionen andere Menschen zahle auch ich seit Jahren ungefähr die Hälfte meines Einkommens nur für die Miete. Die Suche nach einem schönen Zuhause ist längst zum teuren Stressfaktor geworden. Und es betrifft schon lange nicht mehr nur die größeren Städte - sondern auch kleine Städte und Orte wie Garbsen, Nordhorn oder Nienburg.

Wir Grünen setzen uns seit Jahren konsequent für mehr Wohnungsbau ein. Wir bauen im ganzen Bundesland etliche Wohnungen, aber das reicht noch nicht. Wir haben ein strukturelles Problem, kein kommunales. Steigende Mieten und knapper Wohnraum sind nicht das Ergebnis von Naturgesetzen, sondern von falscher Politik.

Wir brauchen eine Regulierung von Mietpreisen auf Bundesebene, mehr günstigen und sozialen Wohnungsbau und mehr gefördertes, gemeinschaftliches Wohnen. Damit alle ein bezahlbares und schönes Zuhause haben.

Für echte Umverteilung!

Wir haben nicht zu wenig Geld, es ist nur falsch verteilt. Und weil das so ist, stürzen Brücken ein, fallen Züge aus oder Sanierungen von Schwimmbäder werden lange verschoben. So muss es aber nicht sein. Wir müssen jetzt in unsere Infrastruktur, in gute Arbeitsplätze, in und für die Menschen investieren.

Für sozialgerechten Klimaschutz!

Ich bin überzeugt, dass wir hinter diesen Ideen politische Mehrheiten versammeln können. Politik muss den Alltag der Menschen als Ausgangspunkt ihres Handelns verstehen. So werden wir auch parlamentarische Mehrheiten für den Klimaschutz gewinnen. Denn die Klimakrise bedroht unsere



Geburtsdatum:
25.05.1996

Kreisverband:
Hannover

Themen:
bezahlbare Mieten, soziale
Gerechtigkeit, höhere Löhne

E-Mail:
Timon.Dzienus@gruene-
hannover.de

Existenz und unsere Fähigkeit zu handeln hängt direkt damit zusammen, dass Menschen spüren, wie Klimaschutz ihr Leben verbessert: Beispielsweise durch sichere Radwege, verlässliche Busse und bezahlbare Zugtickets.

Für die Beschäftigten!

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie und weiß daher: Arbeit muss gerechter organisiert werden. Wir müssen mit den Gewerkschaften und Beschäftigten Seite an Seite für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und Arbeitssicherheit kämpfen - gerade in Zeiten der Krise. Ob VW oder Pflegedienst: Wir bleiben solidarisch mit den Beschäftigten!

Für ein solidarisches Niedersachsen!

Wir zeigen schon jetzt, dass es anders laufen kann. Wir kämpfen für mehr Bus und Bahn, für Bildungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit. Wir stehen für eine solidarische Politik!

Seit 15 Jahren engagiere ich mich in der Grünen Partei. So vieles konnte ich in dieser Zeit bewegen, erleben und lernen. In der Wesermarsch habe ich mit 13 Jahren einen Grünen Ortsverband mitgegründet. Ich kenne die Perspektive vom Land und aus der Stadt. Bündnispolitik ist mir dabei ein Herzensanliegen - egal ob 2011 für das Jugendzentrum bei mir im Dorf oder 2018 gegen das niedersächsische Polizeigesetz mit Tausenden auf der Straße.

All diese Erfahrungen - als Bundessprecher der Grünen Jugend, als Politikwissenschaftler oder als Gewerkschafter - möchte ich für euch, für uns und vor allem für die Menschen in den Bundestag tragen.

Gemeinsam mit euch möchte ich eine motivierende, begeisternde und frische Kampagne auf die Marktplätze, in die Wohnzimmer und an die Küchentische bringen. Lasst uns mit den Menschen ins Gespräch kommen und für unsere positive Vision einer besseren, solidarischen und gerechten Welt streiten.

Mit dem 1. Votum der Region Hannover bitte ich um euer Vertrauen und eure Unterstützung für Platz 6 der Landesliste.

Euer Timon

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

die letzten drei Jahre waren politisch eine Achterbahnfahrt: Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die fortschreitende Vernachlässigung dringender Themen wie der Klimawandel. Inmitten dieser Krisen haben wir Verantwortung übernommen und gezeigt, dass wir als Partei in schwierigen Zeiten das Wohl unseres Landes über parteipolitische Interessen stellen. Doch genau diese Kompromisse waren nicht immer unumstritten. Die nächsten Jahre werden nicht weniger herausfordernd: Themen wie soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, der Investitionsstau und die Modernisierung der Infrastruktur sind noch längst nicht gelöst. Es gibt noch viel zu tun!

Seit meinem 15. Lebensjahr kämpfe ich für eine gerechte Klimapolitik. Zuerst als Teil von Fridays for Future, wo ich mich für eine lebenswerte Zukunft eingesetzt habe, und später als politisch aktiver Mensch, der versteht, dass Veränderungen auch durch einen einzelnen Menschen ausgelöst werden können. Mit diesem Mut und der Entschlossenheit, für eine gerechte Zukunft zu kämpfen, wurde ich 2021 in den Kreistag Cuxhaven gewählt. Dort haben wir als Landkreis entschieden, bis 2035 klimaneutral zu werden – ein Schritt, der mir gezeigt hat, wie wichtig es ist, niemals aufzugeben. Gemeinsam haben wir viel für eine sozial-ökologisch gerechte Zukunft getan.

Ein besonders drängendes Thema ist der Küsten- und Meeresschutz. Unsere Küsten und Ozeane sind nicht nur Lebensräume für Millionen von Arten, sondern auch wichtige Regulierer des Klimas und der Wasserversorgung. Sie spielen eine entscheidende Rolle in der Luft- und Wasserqualität, doch sie werden zunehmend durch menschliches Handeln zerstört. Um die biologische Vielfalt zu schützen und die Regeneration von Ökosystemen zu fördern, sollten wir dringend mehr Meere unter Schutz stellen. Parallel dazu muss die Verschmutzung durch Plastik und gefährliche Chemikalien durch internationale Abkommen und gezielte Maßnahmen in der Abfallentsorgung und im Recycling verringert werden. Der Küstenschutz muss durch Investitionen in Deiche, Dämme und die Wiederherstellung natürlicher Barrieren verstärkt werden, um Küsten vor Erosion und Überschwemmungen zu schützen. Um den Meeresspiegelanstieg zu bekämpfen, brauchen wir entschlossene Klimaschutzmaßnahmen und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien.

Ein weiteres zentrales Thema sind die kommunalen Finanzen. Die Schuldenbremse stellt für die Kommunen ein enormes Hindernis dar, wenn es darum geht, dringend notwendige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Als Verwaltungswirt, der täglich mit den finanziellen Herausforderungen auf kommunaler Ebene arbeitet, sehe ich, wie diese Regelung die Handlungsfähigkeit der Kommunen massiv einschränkt. Besonders wenn es um die Sanierung maroder Schulen, die Förderung von Sozialprojekten oder die Modernisierung der Infrastruktur geht, werden Kommunen gezwungen, Projekte zu verschieben und wichtige Ausgaben zu streichen. Diese starren Haushaltsvorgaben blockieren den Fortschritt und verhindern dringend benötigte Investitionen. Es ist nicht länger



Geburtsdatum:
01.05.2003

Kreisverband:
Cuxhaven

Themen:
Küsten- und Meeresschutz,
Kommunale Finanzen, Klimaschutz

E-Mail:
christopher.jesse@cuxhaven-
gruene.de

hinnehmbar, dass Kommunen aufgrund dieser Regelung ihre Zukunft nicht gestalten können. Die Schuldenbremse muss dringend reformiert werden, um den Kommunen den nötigen finanziellen Spielraum zu geben, in Bildung, soziale Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen zu investieren. Nur so können wir den Investitionsstau abbauen und langfristig die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden sichern.

Schließlich steht der Klimaschutz als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit im Mittelpunkt. Die Erderwärmung, Naturkatastrophen und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sind bereits Realität und wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Der Umstieg auf erneuerbare Energien wie Windkraft, Solarenergie und Wasserkraft muss massiv beschleunigt werden, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu beenden und den CO₂-Ausstoß signifikant zu senken. Energieeffizienz und die Dezentralisierung der Energieversorgung sind von zentraler Bedeutung, um eine nachhaltige Zukunft zu sichern. Gleichzeitig muss der Verkehr umgestellt werden. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Förderung von Elektromobilität und die Schaffung besserer Radinfrastrukturen sind unerlässlich, um den CO₂-Ausstoß zu verringern und die Luftqualität zu verbessern. Doch Klimaschutz geht über Technik hinaus: Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, denn die Menschen mit wenig Geld sind oft am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Lasten gerecht verteilt werden.

Die nächsten Jahre werden entscheidend sein. Wir haben viel erreicht, aber es gibt noch so viel mehr zu tun. Wir müssen jetzt handeln. Es ist Zeit, eine gerechte, nachhaltige Zukunft zu gestalten – für alle.

Euer Christopher

Direktkandidat Cuxhaven – Stade II

Votenträger 1. offenes Votum der Regionalkonferenz Weser-Elbe

Mein bisheriger Weg:

- Verwaltungswirt
- Angehender Verwaltungsfachwirt
- Leidenschaftlicher Wassersportler
- Familienmensch

(politisch)

- Mitglied in der Grüne Jugend
 - Seit 2021 Kreistagsabgeordneter
- Mitglied im Personalausschuss
- Mitglied im Ordnungsausschuss
- Mitglied im Hochbauausschuss
- stellv. Fraktionsvorsitzender

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

es ist dieser Hass, die Ausgrenzung und der offene Angriff auf geflüchtete Menschen, der mir seit vielen Jahren keine Ruhe lässt.

Als ich das erste Mal auf dem Mittelmeer auf einem Seenotrettungsschiff stand, wollte ich einfach nur helfen und habe das als eher unpolitisch verstanden. Aber ich habe gesehen, was Politik anrichten kann, zu welchem Leid die Mechanismen der Ausgrenzung und Entrechtung führen können. Dieser tödliche Hass, den ich auf dem Mittelmeer gesehen habe, treibt mich an.

In Deutschland fühlt sich heute ein Viertel der Menschen mit Migrationsgeschichte unsicher und überlegt auszuwandern. Das sind Ärzt*innen, Lagerist*innen, Schüler*innen oder Pfleger*innen. Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind und Menschen, die erst im Laufe ihres Lebens nach Deutschland kamen. Die Ausgrenzung und der Hass, der ihnen entgegenschlägt, sind ein Gift, das immer tiefer in die Gesellschaft eingesickert ist.

Mit Haltung gegen Hass

Seit drei Jahren stelle ich mich diesem Angriff von Konservativen und Rechtsextremisten im Deutschen Bundestag entgegen - im Innenausschuss, Europaausschuss und im Europarat.

Ich habe für eine bessere Kontrolle von Frontex auch aus den Mitgliedstaaten gestritten, für die in Europa einzigartige Finanzierung der zivilen Seenotrettung aus dem Bundeshaushalt und für die Aufnahme von gefährdeten Menschen aus Afghanistan.

Der Europarat hat meinen europaweit ersten politischen Vorschlag beschlossen, wie mit auf der Flucht verstorbenen und verschwundenen Menschen umgegangen werden soll.

Damit Familien per DNA-Probe Gewissheit über den Tod ihrer Angehörigen erhalten. Damit niemand in unmarkierten Gräbern verscharrt wird. Damit wir Familien durch die Erteilung von Visa nach Europa überhaupt Zugang zu den sterblichen Überresten ihrer Familienmitglieder verschaffen.

Nach allem, was ich auf dem Mittelmeer erlebt habe, ist mir die Wahrung der Menschenwürde auch über den Tod hinaus ein tiefes persönliches Anliegen.

In Bewegungen bleiben

Das gesellschaftliche Klima ist rau- aber wir sind Viele. Die Omas gegen Rechts, die Seebrücken-Demonstrationen und die Klima-Bewegung sind für uns Antrieb und Auftrag. Wir sind nur stark, wenn wir mit den progressiven Bewegungen zusammen Politik machen.

Als Nazis in Potsdam ihre Deportationspläne schmiedeten, sind Anfang des Jahres gegen den Hass und für Menschlichkeit millionen Menschen auf die Straße gegangen. Das fordert uns auf, das Prüfverfahren für ein AfD-Verbot zu beschließen. Wir sind gegen die Feinde der Demokratie wehrhaft. Deswegen unterstütze ich im Bundestag den Antrag auf ein AfD-Prüfverfahren.

Diese Aufgabe, Bewegungen zuzuhören, geben mir auch die Proteste auf Borkum und am Festland gegen die geplante Gasförderung bei uns in Ostfriesland. Der Kampf von so vielen Engagierten gegen



Geburtsdatum:
15.10.1991

Kreisverband:
Leer (Ostfriesland)

Themen:
Flucht und Migration, Innenpolitik,
Menschenrechte, Klima- und
Küstenschutz

E-Mail:
info@julianpahlke.de

fossile Förderung ist Aufforderung, dafür politisch zu streiten. Die Gasförderung bedroht das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer, eine ganze touristische Region, in der viele von uns Erholung und Ruhe suchen- all das, obwohl das Gas überhaupt nicht mehr benötigt wird. Für den Schutz des Wattenmeeres vor den Profitinteressen eines Unternehmens möchte ich mit euch streiten.

Und auch die Warnstreiks der VW-Beschäftigten gegen den Stellenabbau bei Volkswagen in Emden und anderswo müssen von uns an den politischen Verhandlungstisch gebracht werden. Während die Merz-CDU Zweifel über E-Mobilität streut, gilt unsere Solidarität den Beschäftigten im Kampf für sichere und gerechte Arbeitsplätze.

Politische Veränderung erkämpfen wir aber nicht nur auf der Straße. Wir müssen sie von dort auch ins Parlament tragen und in politische Taten übersetzen.

Es lässt mir keine Ruhe

Für diese enorme Kraft auf Straße möchte ich eine Brücke in das Parlament sein, um weiter für die Rechte von Menschen auf der Flucht, für den Schutz des Wattenmeeres und die offene, vielfältige und respektvolle Gesellschaft zu streiten.

Weil es mir um jede*n Einzelne*n geht. Zeiten der Haltlosigkeit erfordern Haltung.

Es wäre in diesen Zeiten einfacher wegzuschauen. Aber ich will von all dem nicht meine Ruhe. Weil es mir keine Ruhe lässt.

Ich bewerbe mich deshalb auf einen chancenreichen Platz auf der Landesliste und bitte euch um eure Unterstützung.

Herzlich,

Euer Julian

2. offenes Votum Weser-Ems

Direktkandidat im Wahlkreis Unterems

BTW24 Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2025 Canina Ruzicka

Tagesordnungspunkt: 2.2. Wahl der Listenplätze

Selbstvorstellung

Moin liebe Delegierte!

Mein Name ist Canina Ruzicka – klingt erstmal etwas ungewöhnlich, aber keine Sorge, meine Eltern hatten einen Plan! Der Name setzt sich aus dem türkischen Namen "Can" und dem deutschen Namen "Nina" zusammen. Jetzt wisst ihr auch gleich, wie meine Eltern heißen, und vielleicht spiegelt dieser Name auch ein Stück von mir wider: eine Mischung aus unterschiedlichen Wurzeln und Kulturen, die zusammenkommen.

Ich bin 21 Jahre jung und aktives Mitglied im OV Scheeßel. Zudem führe ich den TikTok-Account des KV Rotenburg (Wümme). Was hat mich motiviert, politisch aktiv zu werden und schon so jung zur Bundestagswahl anzutreten? Mit meiner Politik möchte ich den Minderheiten, denen ich angehöre, eine Stimme geben und ihre Anliegen in den Bundestag tragen. Als queere, junge Frau mit Migrationshintergrund habe ich viele Hindernisse erlebt, doch genau diese Erfahrungen motivieren mich, den Weg für andere zu ebnen.

Als meine Partnerin und ich letztes Jahr in einem Club in Bremen körperlich angegriffen wurden, prägte uns das so sehr, dass wir zögerten, die Hilfe von zwei uns Fremden anzunehmen, die uns anboten, das Sofa in unser Wohnzimmer zu tragen.

Der Grund? Wir haben eine Regenbogenflagge an der Wand hängen und wussten nicht, wie sie reagieren könnten.

Diversitätspolitik

Hier auf dem Land fehlt mir die Sichtbarkeit der LGBTQ+ Community. Die Leute sind kaum mit dem Thema konfrontiert und das merken meine Freundin und ich am eigenen Leib, wenn wir erneut komischen Blicken und blöden Kommentaren ausgesetzt sind, sobald wir händchenhaltend durch die Stadt laufen.

Deswegen möchte ich mich für queere Menschen und die Herausforderungen, vor denen besonders sie stehen, einsetzen. Mit Sven Kielau, Co-Sprecher des KV Rotenburg (Wümme), mache ich mir deshalb Gedanken zur Gestaltung unserer Region, um mehr Sichtbarkeit für die LGBTQ+ Community zu erreichen. Dabei planen wir den ersten CSD der Stadt. Ich setze mich also primär für die Gleichstellung von Gleichgeschlechtlichen Paaren auf gesellschaftlicher, aber auch rechtlicher Ebene ein.

Eins der wichtigsten Anliegen ist dabei die Erweiterung des Grundgesetzes, Artikel 3 Absatz 3, welcher Diskriminierung aufgrund von Merkmalen wie dem Geschlecht, der Herkunft oder der Religion verbietet, aber nicht explizit die sexuelle Orientierung aufgreift. Die Erfolge die wir in den letzten Jahren feiern durften könnten wir so auch zusätzlich absichern. Das ist etwas, was unter anderem auch unser Queer-Bbeauftragter Sven Lehmann fordert und worauf wir einen klaren Fokus legen sollten.

Wir haben so viel erreicht, jetzt gilt es das auch zu schützen.

Wirtschaft

Doch neben diesen sozialen Themen liegt mir noch ein weiteres Thema besonders am Herzen.



Geburtsdatum:
16.05.2003

Kreisverband:
Rotenburg Wümme

Themen:
Diversitätspolitik & Ökologische Transformation

E-Mail:
caninaruzicka2003@gmail.com

Als angehende Wirtschaftswissenschaftlerin möchte ich auch hier ein Umdenken anstoßen. In meinem Studium habe ich meinen Schwerpunkt auf die Bioökonomie gelegt, also wie man eine Wirtschaft nachhaltiger gestalten kann. Dabei möchte ich innovative Ideen auch auf lokaler Ebene stärker etablieren. Beispiele hierfür wären das Carsharing oder die App „too good to go“. Diese Themen spreche ich auch bei Gelegenheit auf unserem TikTok-Kanal an, denn Aufklärung ist der erste Schritt, um Fortschritt zu erreichen.

Jetzt, wo ihr meine Beweggründe und Motivation kennt, hoffe ich auf eure Unterstützung. In gespannter Erwartung auf das, was kommt,

Eure Canina

BTW25 Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl 2025 Frerk Meyer

Tagesordnungspunkt: 2.2. Wahl der Listenplätze

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

am 26. November 2022 wurde ich zum Direktkandidaten für den Wahlkreis Harburg-Land gewählt. Mit meinen beruflichen Spezialkenntnissen und meiner langjährigen, politischen Erfahrung in der Kommunalpolitik bewerbe ich mich auch um einen Listenplatz für die Bundestagswahl 2025 auf der niedersächsischen Landesliste.

Zur meiner Person

Ich bin 58 Jahre alt, in Hamburg geboren, von Beruf Informatiker, Vater von zwei erwachsenen Kindern, verwitwet und wohne seit 25 Jahren in Buchholz. Ich bin im Schwabenland zur Schule gegangen, habe in Karlsruhe studiert und an der Humboldt-Universität zu Berlin 6 Jahre als Assistent in den Erziehungswissenschaften gearbeitet.

Ich wähle die Grünen seit ich wählen darf, bin Mitglied seit 2010, im Stadtrat tätig seit 2011, davon die letzten 5 Jahre als Fraktionssprecher. Meine Herzenthemen sind seit langem die Verkehrswende, die Energiewende und die Digitalpolitik.

Verkehrswende

Ich setze mich speziell für den sicheren Radverkehr ein. Jeden Tag stirbt mindestens ein Radfahrer auf unseren Straßen, 5-mal mehr werden verletzt. Und die Gesellschaft nimmt das nur als Randnotiz zur Kenntnis, das ist ein Skandal! Polizei, Justiz und Presse verharmlosen die Taten und entschuldigen die Täter. $\frac{3}{4}$ der Unfallopfer waren laut StVO im Recht, und damit nicht selber schuld. Trotzdem versucht man ihnen eine Mitschuld anzudichten.

Radfahren ist nicht gefährlich! Radfahren in der Nähe von Autos ist gefährlich! Das muss sich ändern!

Während meines Studiums war ich deshalb aktives Mitglied im VCD. Seit 2021 bin ich Mitglied im ADFC. Ich war die letzten Jahre im Orga-Team des Stadtradelns Buchholz aktiv. Im Stadtrat habe ich durch meine Anträge die Sicherheit von Velorouten und Schulwegen verbessert.

Die StVO muss noch weiter Richtung #VisionZero verbessert werden, und dass geht nur auf Bundesebene.



Geburtsdatum:
24.06.1966

Kreisverband:
Harburg-Land

Themen:
Digitalpolitik, Bürgerrechte,
Verkehrswende, Energiewende,
äußere Sicherheit

E-Mail:
frerk.meyer@gruene-buchholz.de

Meine Ziele sind unter anderem:

- #VisionZero: sichere Mobilität für Fußgänger und Radfahrer, speziell die Schulwege
- Halterprinzip statt Fahrerprinzip wie überall in Europa
- Fahrer-TÜV: regelmäßige Führerscheinnachprüfungen und medizinische Tests im Alter, so wie bei Berufsfahrern üblich.
- Tempolimit 130/80/30 (130 zum Einstieg wie im BDK Beschluss)
- Raser: Drastische Erhöhung von Bußgeldern, Haftstrafen und die Möglichkeit Autos einzuziehen und zu versteigern oder zu verschrotten wie in der Schweiz, Österreich, Dänemark, Italien und Polen!
- Deutsche Bahn wieder fit machen, Schienennetz sanieren und trennen, Bahnstrecken reaktivieren, Bahnnetz ausbauen.

Energiewende

Robert Habeck hat in 3 Jahren Ampel die Energiewende auf Kurs gebracht und die selbstgesetzten Ausbauziele sogar übertroffen. Jetzt kommt Friedrich Merz daher und möchte die Energiewende abwürgen, so wie sie die deutsche Solarindustrie und die deutsche Windenergiebranche bekämpft und zerstört haben. „Deindustrialisierung“ hat einen Namen, und der heißt: CDU!

Das darf nicht passieren. Für Klimaschutz und einen nachhaltige Wirtschaft muss der eingeschlagene Kurs verteidigt und fortgeführt werden.

Meine Ziele sind:

- Fortführung und Verteidigung der erreichten Energiewende unter Robert Habeck
- Rahmenbedingungen für Speicher schaffen, um von 60% auf 100% EE Strom zu kommen
- Wärmewende durch Wärmepumpen und Fernwärmenetze, Solarthermie und Geothermie
- dynamische Stromtarife durch Smartmeter
- Ausbau der Übertragungskapazitäten, vor allem Nord-Süd.
- Grüner Wasserstoff für Spezialanwendungen, nicht Privat-PKW
- Agrar-PV ausweiten
- PV-Pflichten wie in Frankreich für Parkplätze
- Kein Zurück zu Atomkraft oder Fossilen Energien. Atomkraft ist zu teuer und unsicher. Sie wird nicht gebraucht und kommt für das Klima zu spät. Kernfusion ist Träumerei.

In unserer Kommune habe ich die Energie-AG mitbegründet, in der nicht nur Mitglieder sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch über Solar-PV, E-Autos und Wärmepumpen treffen.

Digitalpolitik

Ich bin Computer- und Internetpionier:

- 1982 hatte ich meinen ersten Computer
- 1987 meine erste Mailadresse
- 1993 meine erste Website.

Ich bin seit 30 Jahren Diplom-Informatiker in der freien Wirtschaft mit den Spezialgebieten Internet und IT-Sicherheit und möchte meine Expertise in der grünen Digitalpolitik einbringen.

Ich habe 1996 die Initiative „Schulen ans Netz“ mitbegründet, bin Mitglied im Chaos-Computer-Club und im Verein Netzbegründung e.V. der Grünen. Und ich engagiere mich in der LAG Digitales und Medien Niedersachsen. Ich verwalte die Mailing-Listen und arbeite mit an der Website und soziale Medienauftritten unserer Fraktion und unseres Ortsverbands.

Wir tragen „Bündnis 90“ im Namen. Das waren Bürgerrechtler der DDR, die sich u.a. gegen die Überwachung durch die Stasi zur Wehr gesetzt und demonstriert haben. In dieser Tradition gehört es zur grünen DNA sich gegen ausufernde Überwachungsmaßnahmen staatlicher Dienst zur Wehr zu setzen und auf die Einhaltung unserer Grundrechte auch im digitalen Raum zu achten.

Die Einführung von Open-Source-Software und Open Data in der Verwaltung sorgt für Transparenz, Innovation und spart Kosten. So können wir demokratische Prozesse stärken und bürgernahe Lösungen schaffen.

Die Ablehnung der Chatkontrolle und der Vorratsdatenspeicherung sind essenziell, um die Privatsphäre und Freiheit unserer Bürger zu schützen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Grundrechte im Namen der Sicherheit ausgehöhlt werden.

Europa muss sich von der Abhängigkeit amerikanischer IT-Konzerne lösen. Eine eigene digitale Infrastruktur schafft Unabhängigkeit und schützt unsere Daten und Interessen.

Flüchtlinge, Ukraine, und äußere Sicherheit

Ich beherberge seit 2022 eine ukrainische Familie aus Odessa in meinem Haus und spende regelmäßig für die Ukraine. Ich habe die Mühen der Integration hautnah miterlebt und noch nie in meinem Leben so viele Formulare ausgefüllt. Ich halte mich täglich über den Fortgang des Krieges auf dem Laufendem. Seit der Wahl von Trump ist noch wesentlich dringender geworden, dass sich Europa, mit Deutschland an der Spitze, gegen diesen Angriff auf unsere westlichen, liberalen Demokratien wehren muss, mehr als das zur Zeit getan wird. Putin ist will die Ukraine zerstören, um jeden Preis. Ein Frieden in Freiheit ist mit ihm nicht möglich. Es ist billiger die Ukraine jetzt zu unterstützen als sie verlieren zu lassen.

Zu meiner Kandidatur

Ich möchte meine frischen Ideen zur Verkehrswende, und meine Fachkenntnisse in der Energiewende und besonders der Digitalpolitik in die Bundespolitik mit einbringen, weil ich in der Kommunalpolitik gelernt habe, das wir oft an Grenzen stoßen, die nur auf Bundesebene überwunden werden können.

Als starkes, grünes Team mit dem neuem Bundesvorstand und unserem Spitzenkandidat Robert Habeck sind wir momentan im Aufwind und können ein super Ergebnis erreichen! Dafür bitte ich Euch um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung.

Vielen Dank,
Euer Frerk

Selbstvorstellung

Liebe Freund:innen,

unsere Region Helmstedt-Wolfsburg steht vor bedeutenden Herausforderungen, die tatkräftiges Handeln erfordern. Soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft sind keine abstrakten Begriffe – es sind dringende Aufgaben, die in unserer Region und im ganzen Land bewältigt werden müssen. Diese Themen betreffen uns alle. Sie entscheiden darüber, ob wir eine gerechte, lebenswerte Zukunft gestalten können..

Als Kind einer ostdeutschen Arbeiterfamilie haben Solidarität und Chancengleichheit meinen Weg geprägt. Berufliche Stationen vom Kochberuf über die Arbeit als Radioredakteur bis hin zur Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär:in und berufsbegleitendes Studium haben mir gezeigt, welche konkreten Maßnahmen notwendig sind, um Arbeitsbedingungen zu verbessern und Barrieren in der Arbeitswelt abzubauen.

In der Partei arbeite ich aktiv daran, diese Themen auf allen Ebenen voranzutreiben. In der LAG Soziales engagiere ich mich für soziale Gerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen. Als Sprecher:in der Niedersächsischen GewerkschaftsGrünen bringe ich die Perspektive der Beschäftigten in die politische Arbeit ein und bin als Delegierte:r in der BAG Arbeit, Soziales und Gesundheit bundesweit aktiv.

Drei zentrale Schwerpunkte stehen im Fokus:

1. Tarifbindung stärken und Arbeitsbedingungen verbessern: Tarifverträge sichern faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Angesichts der Tatsache, dass weniger als die Hälfte der Beschäftigten unter Tarifvertrag arbeiten, müssen öffentliche Aufträge nur noch an tarifreue Unternehmen vergeben werden. Die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro ist ebenso notwendig wie die Weiterentwicklung von Gesetzen, die gleiche Chancen für alle Beschäftigten gewährleisten.
2. Die sozial-ökologische Transformation gestalten: Die wirtschaftlichen Veränderungen betreffen viele Branchen, insbesondere in unserer Region, die stark von der Automobilindustrie geprägt ist. Aktuell steht Volkswagen in Wolfsburg vor erheblichen Herausforderungen, darunter Diskussionen über Werksschließungen und Stellenabbau. Laut aktuellen Berichten plant VW die Schließung von mindestens drei Werken in Deutschland, was zu großer Unruhe in der Belegschaft führt. Gleichzeitig steht der Konzern unter hohem Wettbewerbs- und Preisdruck. Durch Weiterbildung, Mitbestimmung und Investitionen in neue Technologien können



Geburtsdatum:
13.11.1982

Kreisverband:
Braunschweig

Themen:
soziale Gerechtigkeit, Transformation der Wirtschaft, Inklusion

E-Mail:
marcel.richter@gruene-
braunschweig.de

Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass niemand im Wandel zurückgelassen wird.

3. Inklusion und Chancengleichheit fördern: Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist wirtschaftlich notwendig und sozial gerecht. Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete und Langzeitarbeitslose dürfen nicht übersehen werden. Ein stabiles Rentenniveau und gerechte Bedingungen für Frauen und Familien sind zentrale Bausteine für soziale Sicherheit und Teilhabe.

Liebe Freund:innen,

unsere Region Helmstedt-Wolfsburg verdient eine starke Stimme im Bundestag, die für soziale Gerechtigkeit, Inklusion und nachhaltige Wirtschaft einsetzt. Diese Stimme möchte ich sein. Mit meiner Erfahrung aus der Gewerkschaftsarbeit, meinem Engagement in der Partei und meiner Überzeugung, dass eine gerechte Gesellschaft möglich ist, werde ich mich mit aller Kraft für diese Ziele einsetzen. Gemeinsam können wir konkrete Verbesserungen für alle erreichen. Für diese Aufgaben bringe ich meine Erfahrung und meinen Einsatz ein – und dafür bitte ich um eure Unterstützung.

Viele Grüße

Marcel

Kurzer Lebenslauf

Marcel Richter

(keine Pronomen)

*13.11.1982 in Aschersleben

- Absolvent:in Europäische Akademie der Arbeit in der Goethe Universität Frankfurt am Main
- Gewerkschaftssekretär:in für kollektive Betriebs- und Tarifarbeit in Energiewirtschaft und Gesamtschwerbehindertenvertretung, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- seit 2021 Mitglied bei B90/GRÜNE
- seit 2021 Sprecher:in, GewerkschaftsGrün Niedersachsen
- seit 2021 Stadtbezirksrät:in, Westliches Ringgebiet der Stadt Braunschweig (Fraktionsvorsitz)
- 2024 Absolvent:in des Empowerment-Programm, B90/GRÜNE Landesverband Niedersachsen
- 2024 Delegierte der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Soziales und Gesundheit

Mitgliedschaften in Vereinen und Initiativen

- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Kommunalpolitischen Vereinigung GRÜNE Niedersachsen
- Freunde und Förderer der Europäischen Akademie der Arbeit e.V.
- Mach' meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Rassismus e.V.
- Förderverein Bündnis gegen Rechts Braunschweig e.V.

Selbstvorstellung

Liebe Grüne aus Niedersachsen,

mein Name ist Daniel Beer, und ich wurde vor kurzem als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis Celle und Uelzen gewählt. Geboren 1984 in Potsdam, habe ich meine Wurzeln in Ostdeutschland, wo ich früh gelernt habe, wie wertvoll Zusammenhalt, Mut und der Glaube an eine bessere Zukunft sind. Heute lebe ich mit meiner Frau, meinen beiden Kindern und unserer Husky-Mix Dame Elli in Celle. Beruflich bin ich Offizier bei der Bundeswehr und bringe aus dieser Tätigkeit vor allem eines mit: Verantwortung zu übernehmen, auch in schwierigen Momenten.

Meine Kandidatur steht unter dem Motto:

„Für eine sichere, solidarische und nachhaltige Zukunft.“

Innere und äußere Sicherheit liegen mir besonders am Herzen. Als Soldat weiß ich, dass Sicherheit nicht nur Verteidigung bedeutet, sondern auch Vertrauen: in unseren Rechtsstaat, in unsere Demokratie und in eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt. Das ist keine Aufgabe von oben herab, sondern ein Versprechen, das wir uns gegenseitig geben – durch Zusammenhalt und den festen Willen, Extremismus und Spaltung entgegenzutreten.

Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Daseinsvorsorge. Sie bildet das Fundament für ein starkes und stabiles Leben – für uns alle und für unsere Wirtschaft. Funktionierende Busverbindungen, gut ausgestattete Schulen und verlässliche Gesundheitsversorgung sind nicht nur essenziell für die Lebensqualität, sondern auch ein Standortvorteil. Unternehmen siedeln sich dort an, wo es eine starke Infrastruktur gibt. Fachkräfte bleiben dort, wo ihre Kinder in gute Schulen gehen können und die Lebensqualität stimmt. Eine leistungsfähige Daseinsvorsorge schafft Arbeitsplätze direkt und indirekt – vom Handwerk bis zum Dienstleistungssektor – und sie stärkt den lokalen Handel und die regionale Wirtschaft.

Natürlich geht es auch um die großen Fragen unserer Zeit. Die Klimakrise betrifft uns alle. Mein Ziel ist es, den Wandel als Chance zu begreifen: für neue Arbeitsplätze, für grüne Technologien und für eine Landwirtschaft, die unser Land stärkt. Ich möchte meinem Sohn und meiner Tochter eines Tages sagen können: „Wir haben alles getan, um eure Zukunft zu sichern.“

Als Vater, Ehemann, Soldat und Bürger unseres Landes möchte ich nicht nur reden, sondern machen. Politik ist für mich kein Selbstzweck, sondern ein Dienst an der Gemeinschaft. Dabei ist es mir wichtig, alle Menschen mitzunehmen, zuzuhören und gemeinsam Lösungen zu finden.

Gemeinsam können wir die Zukunft unseres Landes gestalten. Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und Eure Stimme, damit ich unsere gemeinsamen Werte und Anliegen mit Nachdruck im Bundestag vertreten kann.

Herzliche Grüße, Daniel



Geburtsdatum:
09.02.1984

Kreisverband:
Celle

Themen:
Innere und Äußere Sicherheit,
Daseinsvorsorge, Umweltschutz

E-Mail:
daniel.beer@gruene-celle.de